

PASSTSCHO



HERZLICH WILLKOMMEN –
WER IMMER DU BIST.



INTERKULTURELLE WOCHE
2012

INHALT

1 GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

- 1 Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2012
Herzlich willkommen – wer immer Du bist.

3 HERZLICH WILLKOMMEN – WER IMMER DU BIST.

- 3 Herzlich willkommen – wer immer Du bist.
Gedanken, Fragen und Anregungen zur Entfaltung des Mottos
zur Interkulturellen Woche 2012
*Gabriele Erpenbeck, Andreas Lipsch,
Günter Burkhardt, Friederike Ekol*

- 6 »Willkommenskultur« als Element der Integrationspolitik
Bischof Norbert Trelle

Rassismus und Rechtsextremismus entgegnetreten

- 7 Vorurteile unter Christen: Analyse und Handlungsmöglichkeiten
Generalsuperintendentin Heilgard Asmus
- 9 Morde aufklären, Opfer unterstützen, Rassismus bekämpfen
Erklärung zivilgesellschaftlicher Organisationen
- 11 Ein »Zeitgeist« gegen die Schwachen
Stephan J. Kramer
- 12 Herzlich willkommen – wer immer Du bist.
Anforderungen und Erwartungen aus muslimischer Sicht
Nurhan Soykan
- 13 Rassismus – Fact-Sheet des Deutschen Caritasverbandes
- 15 Fachtage zum Thema Rechtsextremismus –
Ein Erfahrungsbericht aus dem Deutschen Caritasverband
Raphael Bolay
- 16 »Die Auswirkungen sind dramatisch« –
Über Rechtsextremismus in Europa
Britta Schellenberg / Anton Landgraf
- Realität in der Einwanderungsgesellschaft**
- 18 Arbeitskräftebedarf und Schutz vor Arbeitsausbeutung:
Politische Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten
in Deutschland und Europa
Bischof Norbert Trelle
- 20 Fachkräftemangel und Zuwanderung –
Von der Ausnahmeregelung zur menschenwürdigen Gestaltung
der Erwerbstätigenzuwanderung
Volker Roßocha
- 22 Das Zukunftsfundament aber wird fehlen
Archimandrit Athenagoras Ziliaskopoulos
- 23 Eine weitere Wanninger Geschichte?
Zum Ehegattennachzug
Hiltrud Stöcker-Zafari
- 25 Bleiberecht – Ein Plädoyer für mehr Humanität
Sebastian Ludwig
- 26 Menschliches Unrecht kennt keine Verjährungsfrist
*Superintendent Helmut Aßmann /
Stadtdechant Wolfgang Voges*
- 32 Neue Deutsche, Postmigranten und Bindungs-Identitäten.
Wer gehört zum neuen Deutschland?
Dr. rer. pol. Naika Foroutan

- 32 Interkulturelle Öffnung und Ressourcenteilhabe
in der Willkommensgesellschaft
Vicente Riesgo Alonso

- 33 Vielfalt vor Ort gestalten –
Kommunen brauchen Unterstützung und Begleitung
Paula Fabbri Lipsch

- 34 Jugendliche aus Familien mit Migrationsgeschichte
und Berufsausbildung: kein Selbstläufer!
Dr. Wilfried Kruse

- 36 Nicht alle Kinder und Jugendliche haben die gleichen Rechte
Carmen Guerra

38 Anregungen für Gottesdienste

- 38 »Passtscho« – Meditation zum Plakat
Dr. Thomas Broch

- 39 Herzlich willkommen – wer immer Du bist.
Predigt von OKR *Thorsten Leißer*

- 41 Vorschlag für einen ökumenischen Gottesdienst
im Rahmen der Interkulturellen Woche 2012

- 44 Gott sieht die Person nicht an –
Assoziationen zum Motto der Interkulturellen Woche 2012
Prof. Dr. Wolfgang Reinbold

- 46 Ein Kampf wie David gegen Goliath –
Predigt zur Rückkehr der Familie Nguyen
Pastor Andreas Ruh

- 48 Der Gott der anderen
Dr. Ursula Schoen

49 Beispiele und Anregungen

- 49 Interreligiöses Zusammenleben –
Handlungsmöglichkeiten aus kirchlicher Sicht
Werner Höbsch

- 51 »Ich bin auch eine Muslima«
Gunbild Seyfert

- 53 Garten der Religionen in Köln
Anne Phlak

- 53 Oury Jalloh: Bürgerinitiative für Rechtsstaatlichkeit
Svenja May

- 55 Das Patenschaftsmodell in Offenbach
Pfarrerin Anja Harzke

- 56 Auf den Spuren von Verfolgung, Widerstand und
Einwanderung rund um die Oranienstraße
Jutta Weduwen

- 57 Ansprechpartner für die Zivilgesellschaft:
Bündnis für Demokratie und Toleranz

60 Aktionen und Materialien

- 65 Bestellformular

- 66 Impressum

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2012

Begegnung – Teilhabe – Integration

HERZLICH WILLKOMMEN – WER IMMER DU BIST.

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Dies ist das Motto der Interkulturellen Woche 2012. Wer nach Deutschland einreist – sei es auf der Flucht vor existentiell bedrohlicher politischer, religiöser oder ethnischer Verfolgung, sei es als Arbeitsmigrantin oder Arbeitsmigrant –, soll erfahren, dass eine andere Kultur oder Religion als Ausdruck von Identität und Persönlichkeit akzeptiert wird.

Vor fast 60 Jahren begann die Anwerbung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten in Deutschland. Heute sind die Zahlen von Neuzuwanderern im Vergleich zu dieser Zeit gering. Deutschland ist in den letzten Jahren eher zum Auswanderungsland geworden. In manchen der letzten Jahre wanderten mehr Menschen aus als ein. Geht also das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche an der Realität vorbei?

»Herzlich Willkommen – wer immer Du bist.« Diese direkte und vertraute Ansprache will zum Nachdenken anregen. Sie ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Wie leben wir zusammen? Auf welchen gemeinsamen Wertvorstellungen ruht unser Zusammenleben? Wie treten wir dafür ein? Diese und andere Fragen müssen wir stellen und beantworten. Nur so kann es gelingen, die für eine vielfältige Gesellschaft notwendige Gemeinsamkeit und Offenheit weiterzuentwickeln. Basis und Ausgangspunkt aller Diskussionen sind die Würde jedes und jeder Einzelnen und die daraus abgeleiteten Menschenrechte.

Allzu oft leben Menschen nebeneinander her und nicht miteinander. Nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund und Alteingesessene, sondern auch andere Gruppen in der Gesellschaft haben kaum Berührungspunkte. Wir alle sind aufgerufen, immer wieder mit Neugier und Offenheit auf andere Menschen zuzugehen und im Gegenüber zuallererst das Geschöpf Gottes zu erkennen.

Es gilt, auf einander zuzugehen – mit Respekt und Interesse für andere, mit Offenheit gegenüber Fremden und Fremdem. So wird es auf Dauer möglich, Gemeinsamkeiten zu entwickeln: zwischen denen, die schon lange hier leben, und denen, die neu hinzukommen, zwischen denen, die in der Mitte der Gesellschaft

stehen, und denen, die an den Rand gedrängt werden und kaum Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe finden. Gelegenheiten dazu gibt es viele: im Kindergarten, in der Schule, beim Eintritt ins Berufsleben, beim Umzug in eine andere Stadt oder beim Wechsel der Arbeitsstätte.

Im Galaterbrief des Neuen Testaments lesen wir von einer Gemeinde, in der Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder sozialen Stellung in umfassender Gemeinschaft leben. Der Apostel Paulus schreibt: »Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus« (Gal 3,28). Angesichts der alles verändernden Wirklichkeit Gottes sind wir Christinnen und Christen in besonderer Weise aufgerufen, in unseren Gemeinden Beispiel für diese Gemeinschaft zu geben, auch wenn dies im Alltag zuweilen schwerfällt. Darüber hinaus haben wir den biblisch begründeten Auftrag, die Gesellschaft mitzugestalten und dazu beizutragen, dass niemand aufgrund seiner oder ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft auf der Strecke bleibt.

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Das ist eine starke Aussage auch gegenüber aktuellen rassistischen und rechtsextremistischen Gedanken. Wer Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe oder Religion ausgrenzt, wer sie diskriminiert oder gar physisch attackiert, der muss nicht nur mit den Reaktionen der staatlichen Gewalt, sondern auch mit dem Widerspruch der Kirchen rechnen. Es reicht jedoch nicht aus, Gewalttaten zu verurteilen. Wir rufen dazu auf, jeder Äußerung von Menschenfeindlichkeit mit Zivilcourage entgegenzutreten. Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und jede Form des Rechtsextremismus sind mit dem christlichen Glauben unvereinbar.

Die Interkulturelle Woche soll Gelegenheiten bieten, auch die alltäglichen Diskriminierungserfahrungen anzugehen und Migrantinnen und Migranten von ihren Erfahrungen berichten zu lassen. So kann eine Sensibilität wachsen, die das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft erleichtert. Welche Alltagserfahrungen machen Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe? Welche Formen von offenem und verstecktem Rassismus treffen Menschen anderer kultureller Herkunft? Wie können konkrete Schritte aus-

sehen, damit wir uns als eine offene, freie und demokratische Gesellschaft weiterentwickeln? Wir rufen dazu auf, diese Fragen in diesem Jahr besonders zu thematisieren.

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« In der Debatte um Integration und Einwanderung vernehmen wir allzu oft einen anderen Leitspruch: »Herzlich willkommen – wer immer uns nützt!« Dies wäre eine Engführung, die mit den Grundwerten unserer Gesellschaft und den grundlegenden Einsichten unseres Glaubens nicht in Einklang zu bringen ist. Seit Jahren engagieren sich die Kirchen für eine großzügige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete, bei der auch Alte, Schwache, Kranke und Alleinerziehende eine Chance haben. Wir mahnen erneut an, dieses Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen und für eine umfassende und vor allem humanitäre Bleiberechtsregelung einzutreten.

Immer deutlicher zeigt sich, dass nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in einer globalisierten Welt

vor der Herausforderung steht, Migration und die Aufnahme von Flüchtlingen zu gestalten. Den Kirchen ist es ein besonderes Anliegen, dass die Menschenrechte von Flüchtlingen gerade an den Außengrenzen Europas geachtet werden. Die großen Staaten im Zentrum Europas dürfen ihre Verantwortung für den Flüchtlingsschutz nicht auf die Randstaaten oder gar auf die Nachbarländer außerhalb der Europäischen Union abwälzen. Es ist unter menschlichen, ethischen und rechtlichen Gesichtspunkten schwer zu ertragen, dass Tausende auf dem Weg nach Europa an den Grenzen gedemütigt, inhaftiert, widerrechtlich zurückgewiesen werden oder gar ihr Leben verlieren.

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Die Interkulturelle Woche mit ihren zahlreichen Veranstaltungen ist jedes Jahr ein lebendiges Zeichen dafür, dass wir uns auf einem guten Weg zu einer echten Willkommenskultur befinden. Wir danken allen, die sich vor Ort für die Anliegen der Interkulturellen Woche einsetzen und wünschen ihnen gute Erfahrungen und Gottes Segen für ihr Engagement.

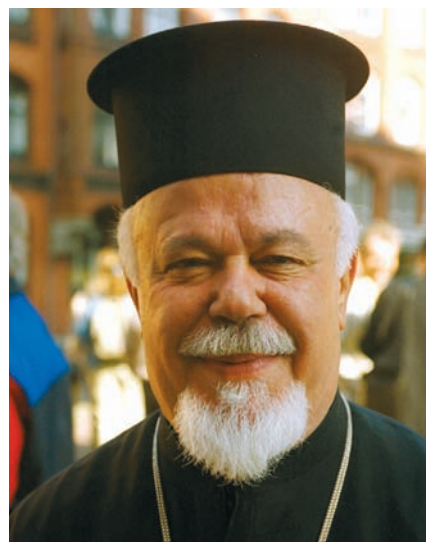


Foto: KNA

✠ Robert Zollitsch

Nikolaus Schneider

+ ὁ Καθολικός Αὐγουστῖνος

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Präsens Nikolaus Schneider
Vorsitzender des Rates der Evangelischen
Kirche in Deutschland

Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit
von Deutschland

HERZLICH WILLKOMMEN – WER IMMER DU BIST.

GEDANKEN, FRAGEN UND ANREGUNGEN ZUR ENTFALTUNG DES MOTTOS

ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE 2012

Gabriele Erpenbeck, Andreas Lipsch, Günter Burkhardt, Friederike Ekol

Ende des Jahres 1955 wurde in Rom das deutsch-italienische Abkommen über die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte geschlossen. Ab 1960 folgten dann weitere Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland sowie mit der Türkei im Jahr 1961. Bis 1968 kamen noch Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien dazu. Trotzdem hat es fast ein halbes Jahrhundert gedauert, bis sich in der hiesigen Diskussion die Erkenntnis durchsetzte: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) ruft nun zur Interkultu-

rellen Woche im Jahr 2012 das Motto aus: »Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Warum? Wer soll willkommen heißen werden?

Ist denen, die die Interkulturelle Woche initiieren, nicht bewusst, dass mittlerweile von den rund 82 Millionen Einwohnern Deutschlands knapp 16 Millionen Menschen eine so genannte Migrationsbiographie haben? In Deutschland leben die Kinder und Kindeskinde einstiger Einwanderer und mittlerweile die vierte Generation. Sollen sie als Adressaten erhalten? »Willkommen« ist eine Begrüßung für neu Dazukommende. Also ein absur-

des Motto, das völlig an der Realität vorbeigeht?

Ziel des ÖVA ist es, eine Auseinandersetzung über die gesellschaftliche Realität in Deutschland anzustoßen: in Großstädten mit hohem Migrationsanteil, in ländlichen Gegenden, in Städten, in denen weniger Migranten und Flüchtlinge leben. Je nach der Situation vor Ort kann das Motto unterschiedlich ausgelegt und in konkrete Handlungsschritte umgesetzt werden.

Gerade in den Städten ist die Alltagserfahrung nicht selten: Jeder lebt im eigenen angestammten Milieu, im gewohn-



Postkarten- und Plakatmotiv zur Interkulturellen Woche 2012

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Dieses Motiv ist auch als Plakat im Format DIN A3 und DIN A2 erhältlich. Auf dem Plakat ist der Schriftzug »Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« soweit nach oben verschoben, dass im unteren Drittel Platz zum Eindruck Ihrer Veranstaltungen vorhanden ist. Die Preise für das Plakat entnehmen Sie bitte dem Bestellformular auf S. 65.

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de



Zentrale Gedenkfeier für die Opfer rechter Gewalt am 23.02.2012 in Berlin.

Foto: epd-Bild

»Doch Intoleranz und Rassismus äußern sich keineswegs erst in Gewalt. Gefährlich sind nicht nur Extremisten. Gefährlich sind auch diejenigen, die Vorurteile schüren, die ein Klima der Verachtung erzeugen. Wie wichtig sind daher Sensibilität und ein waches Bewusstsein dafür, wann Ausgrenzung, wann Abwertung beginnt. Gleichgültigkeit und Unachtsamkeit stehen oft am Anfang eines Prozesses der schleichenden Verrohung des Geistes. Aus Worten können Taten werden.«

■ Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt am 23.02.2012

■ Die Rede im Volltext: www.bundesregierung.de

ten religiösen und/oder politischen Kontext oder sozialen und altersbedingten Umfeld. Die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen gibt Halt und Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt. Wenn daraus allerdings verschlossene Milieus werden, die sich voneinander abgrenzen und apart nebeneinander her leben, dann ist der Zusammenhalt, dann ist die Integration der Gesellschaft gefährdet.

Eine andere Frage: Wie steht es um die Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten von Eingewanderten bei der Gestaltung der Gesellschaft? Hier geht es nicht nur um das aktive und passive Wahlrecht, sondern um alle Bereiche der Teilhabe. Mangel an Beteiligung herrscht auf den Entscheidungsebenen: So sind z.B. in den meisten Stadträten Migrantinnen und Migranten deutlich unterrepräsentiert.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss möchte den Blick für diese und andere immer noch existierenden innergesellschaftlichen Grenzen, Hürden und Schranken schärfen und dies in den Mittelpunkt der Interkulturellen Woche 2012 stellen. Eine Gesellschaft, die zunehmend in Segmente zerfällt, muss sich den Fragen stellen: Wie wollen wir zusammenleben? Was sind unsere gemeinsamen und für alle verbindlichen Werte? Wie zu den Gemeinsamkeiten finden trotz Vielfalt und Ungleichheit? Was gefährdet und was sichert die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft?

Eine Grundvoraussetzung ist Offenheit, die Bereitschaft, miteinander in Kontakt zu treten, die Neugier auf andere Menschen. Wir erleben heute ein hohes Maß an Mobilität und Dynamik. Nur wenige bleiben ihr ganzes Leben an einem bestimmten Ort. Immer wieder kommen Menschen hinzu, andere verlassen uns. Sie alle müssen sich in einer neuen Umgebung zurechtfinden. Immer wieder gilt es, neu Hinzukommende einzubinden und gemein-

sam Perspektiven zu entwickeln: sei es im Kindergarten, beim Wechsel der Schulstufen, dem Eintritt ins Berufsleben, nach einem Umzug oder dem Antritt einer neuen Arbeitsstelle. Begegnen wir unbekannt Menschen tatsächlich mit Offenheit und Neugier oder verharrt jeder in seinem eigenen Biotop, dem eigenen Freundeskreis, der eigenen Religionsgemeinschaft? Der ÖVA ruft dazu auf, die sozialen Schnittstellen in den Blick zu nehmen und gemeinsam eine Alltagskultur zu entwickeln, die Offenheit und Vielfalt ermöglicht und willkommen heißt.

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Dieses Motto ist für manche – vielleicht sogar für eine Mehrheit in unserer Gesellschaft – eine Provokation. Rassismus und Rechtsextremismus sind stark verbreitet und in allen Schichten und Milieus vorhanden. Sie machen nicht halt vor den Mitgliedern der christlichen Kirchen, wie neuere Untersuchungen feststellen mussten. Rechtsterrorismus ist staatlich zu sanktionieren. Rechtsextremismus allerdings kann nicht allein mit den Instrumenten des Strafrechts begegnet werden. Die gesamte Gesellschaft muss sich klar positionieren: rassistischen Stimmungen ist unmissverständlich entgegenzutreten, statt sie schweigend hinzunehmen und damit zu legitimieren. Die Interkulturelle Woche bietet Ermutigung, Gelegenheit und Platz, sich intensiv mit rassistischen Denkmustern und Vorurteilen, von denen die allerwenigsten frei sind, auseinanderzusetzen. Dies kann nur Erfolg versprechen im Kontakt mit anderen Menschen, in einer von Offenheit geprägten Haltung. Die Interkulturelle Woche bietet auch immer wieder die Möglichkeit, den Opfern von Rassismus und Rechtsextremismus öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, ihnen zuzuhören und gemeinsam mit ihnen Wege zu finden aus dem Teufelskreis von Vorurteilen und Rassismus. Die Interkulturelle Woche bietet die Chance, die Sicht der Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen und öffentlich zu machen.

»Herzlich willkommen – wer immer uns nützt!« Das ist die Alltagserfahrung vieler Menschen in Deutschland. Rund 75.000 Menschen, die selbst oder deren Eltern als Asylsuchende nach Deutschland einreisten, leben seit vielen Jahren ohne eine Aufenthaltsper-

spektive. Mehrere Bleiberechtsregelungen haben das Grundproblem nicht gelöst und eine Chance auf einen Daueraufenthalt haben nur diejenigen, die ihren eigenen Lebensunterhalt sichern können. Wer vermeintlich wenig nützt, ist nicht willkommen und profitiert folglich auch nicht von den gängigen Bleiberechtsregelungen: z.B. Alleinerziehende, Kranke und Behinderte hatten in der Vergangenheit nur geringe Chancen von den Bleiberechtsregelungen zu profitieren.

»Herzlich willkommen – wer immer uns nützt!« Das könnte auch das Motto der neuen Einwanderungsdebatte sein, die in mancher Hinsicht an die alte Gastarbeiteranwerbung erinnert. Angesichts des demographischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels werden die Stimmen aus Wirtschaft und Industrie lauter, weltweit um qualifizierte Arbeitskräfte zu werben. Dazu bedarf es weitergehender Instrumente als der neuen »blue-card-Regelung« mit der Absenkung der Einkommensgrenzen, die erzielt werden müssen, um in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen.

Deutschland wird, wie auch andere Staaten Europas, über eine geregelte Migrationspolitik nachdenken müssen. Darf sie sich aber einzig und allein an den Nützlichkeitskriterien und Interessen der Aufnahmeländer orientieren? Das ist eine sehr ernst zu nehmende Frage an das politisch diskutierte Konzept einer »zirkulären Migration«. Es geht davon aus, dass nach einem festzulegenden Zeitraum Zugewanderte wieder zurückkehren müssen, mit der Begründung, sie sollten dann ihren Herkunftsländern weiter nützlich sein. »Herzlich Willkommen – wer immer Du bist.« Das Motto der Interkulturellen Woche 2012 regt dazu an, nachzufragen und vielleicht auch Antworten zu finden: Wie ist Migration zu gestalten? Kann Migration vor allem am Eigennutz orientiert gesteuert werden? Wird die Vielfalt gelebt, die den Grundwerten des Grundgesetzes entspricht?

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einer zukunftsweisenden Entscheidung. Führungspersönlichkeiten in Politik und Wirtschaft ist bewusst: Zu einer gestaltenden Migrationspolitik gibt es realistischer Weise keine Alternative. Attraktiv wird Deutschland jedoch nur, wenn es sich zu einem weltoffenen

Land entwickelt und sich transnationaler Solidarität verpflichtet weiß. Dazu gehört die humanitäre Verpflichtung, es Flüchtlingen nicht unmöglich zu machen, Europa zu erreichen. Zur internationalen Solidarität gehört auch, dass Deutschland sich angemessen an der Flüchtlingsaufnahme beteiligt.

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Mit diesem Motto der Interkulturellen Woche 2012 wird die Frage nach der gemeinsamen Vision gestellt, nach einer Gesellschaft, die Vielfalt anerkennt und ihr gerecht wird.

■ Gabriele Erpenbeck ist Vorsitzende und Andreas Lipsch ist stellvertretender Vorsitzender des ÖVA. Günter Burkhardt ist Geschäftsführer und Friederike Ekol Mitarbeiterin des ÖVA.

■ Kontakt:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt am Main
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de



Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2012

Preis: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €. Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

»WILLKOMMENSKULTUR« ALS ELEMENT DER INTEGRATIONSPOLITIK

Bischof Norbert Trelle

Die Interkulturelle Woche 2012 greift mit ihrem Motto »Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« in bewusst plakativer Weise die Diskussion um die Notwendigkeit einer »Willkommenskultur« als Element der Integrationspolitik auf. Es setzt einen Akzent in der gesellschaftlichen Diskussion um die Gestaltung von Zuwanderung, die gegenwärtig stark auf den Nutzen für unsere Gesellschaft fokussiert ist: beispielsweise um den demographischen Wandel oder den Fachkräftemangel abzumildern. Im politischen Ringen um die Gestaltung von Zuwanderung ist es selbstverständlich völlig legitim, auch die eigenen Interessen im Blick zu haben. Das Motto »Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« erinnert uns daran, dass diese Erwägungen nicht die *einzigsten* sein sollten. Wir dürfen beispielsweise auch unsere rechtlichen und moralischen Verpflichtungen im internationalen Flüchtlingsschutz nicht vergessen, die mit unseren wirtschaftlichen Interessen zunächst einmal nichts zu tun haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch noch einmal an die Notwen-



Foto: Bianca Brohmer

Stefan Schohe, Bischof Norbert Trelle, Heinrich Alt und Horst Förther (v.l.n.r.) bei der bundesweiten Vorbereitungsstagnung zur Interkulturellen Woche am 10.02.12 im cph in Nürnberg.

digkeit erinnern, auch denjenigen unter den langjährig Geduldeten, die es unverschuldet nicht geschafft haben, die recht strengen Kriterien der eigenständigen Lebensunterhaltssicherung zu erfüllen, eine Perspektive zu eröff-

nen. Diese alten, kranken und traumatisierten Menschen »nützen« uns vielleicht nicht im direkten Sinn. Dennoch steht es unserer Gesellschaft, deren Verfassung sich auf die Menschenwürde gründet, gut an, auch ihnen gerecht zu werden. Dass auch weitere Aspekte wie die Auswirkungen von Arbeitsmigration auf die Herkunftsländer zu beachten sind, kann ich hier nur andeuten. Um Missverständnissen vorzubeugen: »Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« meint natürlich nicht, dass jeder zuwandern darf und auch nicht, dass er keine eigenen Anstrengungen zur Integration unternehmen soll und muss. Es lenkt aber den Blick zuerst auf die menschliche Person und ihre Würde, bevor die Fähigkeiten, Ausbildungen und Qualifikationen betrachtet werden. Dafür, dass die Interkulturelle Woche diesen Aspekt ins Zentrum rückt, bin ich dankbar.

Die abschließende Podiumsdiskussion widmet sich dem Wandel »vom Ausländerrecht zum Integrationsrecht«. Das Recht ist letztlich Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Diskussionen, so dass sich der tiefgreifende Wandel in diesem Gebiet bereits andeutet.

© Gerhard Meister



Wir alle haben diesen Prozess von der kategorischen Feststellung »Wir sind kein Einwanderungsland!« über den Bericht der »Unabhängigen Kommission Zuwanderung« und die Debatten um das Zuwanderungsgesetz bis hin zu Integrationsgipfeln im Kanzleramt und der Verabschiedung eines Nationalen Integrationsplans – der jetzt sogar »Aktionsplan Integration« heißt – verfolgt und sie auch durch kritische Beiträge begleitet. Ein solcher Wandel hin zu einem pragmatischen und konstruktiven Umgang mit Migration benötigt Zeit; es gibt immer wieder Rückschläge, anhaltende Widerstände und neue Debatten. In Sonntagsreden und bei Gipfeln ist das Thema »Integration« inzwischen unstrittig und etabliert. Kein ernstzunehmender Akteur bezweifelt mehr, dass Deutsche und Zuwanderer gemeinsam eine Gesellschaft aufbauen müssen, dass wir kein Nebeneinander, sondern ein Miteinander brauchen. Wir spüren aber, dass wir noch immer viel Überzeugungsarbeit leisten müs-

sen. Man muss nicht erst durch eine rassistisch motivierte Mordserie daran erinnert werden, dass unter der Oberfläche Ressentiments und Vorurteile auf allen Seiten noch lange nicht beseitigt sind. Ich will hier nur exemplarisch zwei augenfällige Beispiele nennen.

Erstens: Die Beobachtung von Jugendlichen mit ausländisch klingenden Namen, sie hätten bei gleicher Leistung größere Schwierigkeiten, in Bewerbungsverfahren erfolgreich zu sein, ist inzwischen auch sozialwissenschaftlich bestätigt. Wie wenig selbstverständlich zweitens oft das Zusammenleben mit Muslimen immer noch ist, zeigt nicht nur die zuweilen schrille Tonlage der Debatten um die Thesen Thilo Sarrazins oder die Feststellung von Christian Wulff, der Islam gehöre inzwischen *auch* zu Deutschland. *Wie* wir öffentlich über diese Themen debattieren, gehört meines Erachtens auch zu einer Willkommenskultur.

Es ist daher gut und richtig, dass die »Interkulturelle Woche« auch weiterhin als Medium der Begegnung, der Integration und der Diskussion wirkt. Sie leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zu einem gelingenden Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern.

Dieser Beitrag wurde bei der bundesweiten Vorbereitungsstagung zur Interkulturellen Woche am 10. Februar 2012 im Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg gehalten.

■ Bischof Norbert Trelle ist Bischof von Hildesheim und Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz.

■ Kontakt:
Domhof 25
31134 Hildesheim
bischofshaus@bistum-hildesheim.de

Rassismus und Rechtsextremismus entgegentreten

VORURTEILE UNTER CHRISTEN: ANALYSE UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Generalsuperintendentin Heilgard Asmus

Im Land Brandenburg gibt es verglichen mit dem Land Berlin wenig Menschen aus anderen Ländern, die wir als Migranten bezeichnen, die eine befristete Aufenthaltsgenehmigung haben oder die Asyl suchen. Und trotzdem oder gerade deshalb gibt es im Bundesland Brandenburg Vorurteile auch unter Christen.

Wir verstehen uns als zivilgesellschaftliche christliche Bürgerschaft, das bedeutet, wenn wir über Vorurteile unter Christen reden, sehen wir immer den gesellschaftlichen Radius mit. Im Land Brandenburg gab es Anfang der 90er Jahre entwürdigende, schreckliche Taten von Rechtsextremen gegenüber Menschen mit anderer Hautfarbe. Es gab verletzte und gejagte Menschen,

die zum Teil seit Jahren in den Orten lebten, immer waren sie deutlich als fremdländisch zu erkennen. Die Ressentiments ihnen gegenüber entluden sich zum Teil in nackter Gewalt. Die Politik hat Mitte der 90er Jahre endlich darauf reagiert. Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg sagte öffentlich: »Wir haben das Problem des Rechtsextremismus unter uns und wir werden ihm begegnen, also aktiv werden.«

Es gibt seit 15 Jahren im Land Brandenburg das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, gegründet von den politisch Verantwortlichen, geleitet und gestaltet von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, immer auch



Generalsuperintendentin Heilgard Asmus

von der Evangelischen Kirche. Zrzeit hat das landesweite Aktionsbündnis 68 Mitglieder, wenige Einzelpersonen sind darunter, viele Vereine, Kirchengemeinden oder zivilgesellschaftliche Organisationen. Im Land gibt es in vielen Regionen inzwischen regionale Aktionsbündnisse, die über das landesweite Aktionsbündnis vernetzt sind, die finanziell und organisatorisch unterstützt werden bei den Aktionen in den Dörfern und Städten gegen Gewalt, Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wir haben von Zeit zu Zeit im Land Brandenburg und auch im Bundesland Berlin Aufmärsche von Freien Kameradschaften mit fremdenfeindlichen oder rassistischen Aufrufen. Sehr schnell agiert dann ein regionales Aktionsbündnis zusammen mit dem landesweiten Aktionsbündnis, um die Straßen und Plätze zu besetzen. Gegendemonstrationen, Volksfeste oder andere Veranstaltungen werden organisiert und gründlichst mit der Polizei vorbereitet. Immer sind Kirchengemeinden beteiligt und meistens sind es Pfarrerrinnen und Pfarrer, die in ihrem Dorf oder regionalen Verbänden den Anstoß geben, so dass viele aktiv werden.

Von einem Beispiel möchte ich erzählen.

Im Landkreis Märkisch-Oderland wurden im Juni/Juli 2010 für sieben Sonntage in Folge Demonstrationen der Freien Kameradschaft Märkisch-Oderland angemeldet. Ich selbst habe als Vorstandsvorsitzende des Aktionsbündnisses sofort sieben Gegenveranstaltungen in den entsprechenden Orten angemeldet. Wir haben zusammen mit den kommunalen Vertretungen, mit den Vereinen vor Ort, mit den Kirchengemeinden für diese sieben Orte die unterschiedlichsten Veranstaltungen auf den Straßen, vor den Kirchen oder kommunalen Verwaltungen geplant und durchgeführt.

Es gibt dabei unterschiedliche Erfahrungen mit den Einsatzkräften der Polizei, mit der Mitarbeit von kommunalen Vertretungen oder Ortsbürgermeistern. Eine Hemmschwelle dabei ist immer noch die Zusammenarbeit oder das Betreten von Kirchen für Menschen, die in ihrem gewohnten Atheismus aus DDR-Zeit groß geworden sind. Aber diese Schwierigkeiten neh-

men ab, weil der Wille, die Vielfalt in den Straßen zu zeigen, größer geworden ist. Als eine erste Zusammenfassung kann also gelten: im Land Brandenburg und im Land Berlin gibt es verstärkt öffentlich sichtbare Aktivitäten gegen jegliche Form von Fremdenfeindlichkeit oder rechtsextremistischen Veranstaltungen. Für das Land Brandenburg gilt, die DVU bzw. NPD ist im Landesparlament nicht mehr vertreten und nur in drei kommunalen Parlamenten gibt es NPD Mitglieder.

In einem zweiten Bereich will ich auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von politischen und kirchlichen Vertretern zu sprechen kommen.


Das gemeinsame Handeln ist nicht trennbar bei Aktionen, es ist ein großes Selbstverständnis, dass gerade evangelische Christen mitarbeiten in den Härtefallkommissionen der Länder, im »Toleranten Brandenburg«, dem staatlichen Bündnis, bei Landrätekonzferenzen und in vielen anderen Bereichen. Es ist ein anerkanntes Zusammenarbeiten, aufeinander zugehen und sich auch wechselseitig informieren über die Erkenntnisse, die es aus einzelnen Regionen gibt.

Mein nächster Punkt befasst sich nun mit der Frage »Vorurteile unter Christen«, was sagt die Analyse, wie sind die Handlungsmöglichkeiten.

Mir ist dieses Thema enorm wichtig, gerade weil nicht so offensichtlich wird, weil man genauer hinschauen und hinhören muss und wahrnehmen, was da an Stimmungen in unseren Gemeinden ist, was evangelische Christen an Vorurteilen äußern, wie sie ausgrenzen, darauf machen wir auch im Aktionsbündnis aufmerksam. Die Kirchenleitung und die Landessynode haben sich seit Mitte der 90er Jahre immer wieder damit befasst und die verschiedensten Entschlüsse veröffentlicht.

Sie sind unter www.ekbo.de zu finden.


In der Handreichung »hinsehen, wahrnehmen, ansprechen« stellen wir fest: Rechtsextreme Einstellungen werden verharmlost. »Der bedrohte Afrikaner war selber schuld, warum musste er auch abends auch durch unseren Ort schlendern.« Es ist mutig, solche ganz »normalen« alltagsrassistischen Aus-



Handreichung für Mahnwachen

**RAUM FÜR
MITMENSCHLICHKEIT
UND NÄCHSTENLIEBE**

MAHNEN UND BETEN FÜR UNSERE STADT

 Diese Broschüre kann bezogen werden bei der:

Ev. Erwachsenenbildung Sachsen
Tauscherstraße 44
01277 Dresden
Tel: 0351 / 656154-0

info@eeb-sachsen.de
www.eeb-sachsen.de

sagen von ganz »normalen« evangelischen Christen aufzuschreiben und sichtbar zu machen. Mit vielen Veranstaltungen und Werbungen ist diese Handreichung in unserer Kirche bekannt geworden, auch andere Landeskirchen haben sie bei uns bestellt. Eine Zweitaufgabe ist längst vergriffen. Wir merken daran: wo wir aufmerksam machen wollen auf Einstellungen, die dem Rechtsextremismus, Antisemitismus oder der Fremdenfeindlichkeit zuzurechnen sind, brauchen wir Informationen. Die thematische Begleitung von Pfarr- und Mitarbeiterkonventen und die thematische Arbeit in Synoden ist im besten Sinne eine Bildungs- und Aufklärungsarbeit.

Im Mai 2009 hat die Synode der EKBO in einem Beschluss formuliert: »Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar«, deutlicher geht es wohl nicht. Aber die Frage bleibt: wie kann man diese Einstellungen ändern?

Das ist mein letzter und vierter Punkt des Vortrages.

Eine Möglichkeit, Einstellungen zu ändern, ist sicher, immer wieder das Thema in die öffentliche Wahrnehmung einzutragen über Aktionen, über das Wort. Eine weitere Möglichkeit sehe ich darin, Begegnungen zu schaffen und eine dritte Möglichkeit will ich ein wenig ausführlicher aufnehmen. Wir haben Handlungsmöglichkeiten: Die Kirchenleitung der EKBO hat im November 2011 folgende Empfehlungen beschlossen: »Der Erfahrungsaustausch zu den Themen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und zivilgesellschaftliches kirchliches Engagement soll in allen Sprengeln der Landeskirche, in den Konventen und Kreissynoden verstärkt geführt werden.« Die Kirchenleitung empfiehlt, dass sich weitere Evangelische Schulen um den Titel »Schule ohne Rassismus« bewerben.

Sie bekräftigt, dass eine Kandidatur für kirchliche Gremien mit einer Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organi-

sation und mit rechtsextremem Gedankengut unvereinbar ist. Die Kirchenleitung erklärt ihre Solidarität mit den Menschen, die sich dem Rechtsextremismus in den Weg stellen. Engagierte haben Anspruch auf Rückendeckung und Beratung durch kirchliche Stellen auf allen Ebenen.

Information aller Mitarbeitenden ist ein wichtiger Schritt, in den Orten unserer Kirche stärker wahrnehmen zu lernen, was es für Einstellungen unter Christen gibt. Zusätzlich wird für die evangelischen Kindertagesstätten an einer pädagogischen Handreichung gearbeitet, die das Thema »Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit« kindgerecht aufarbeiten wird.

Mir ist es wichtig, dass in unserer Kirche »Vorurteile unter Christen« nicht mehr verschwiegen werden, sondern dass sie angesprochen werden und auf den verschiedensten leitenden Ebenen, wie den Kreissynoden und den Landessynoden, durch Information und Material für die einzelnen Gemeinden zugänglich gemacht werden.

Wir müssen unsere Vorurteile besser kennenlernen, um in der kommenden Zeit zu verstehen, wie Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen angesprochen und möglicherweise verändert werden können.

Wir dokumentieren den Vortrag von Generalsuperintendentin der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz im Sprengel Potsdam, Heilgard Asmus, den sie in der Arbeitsgruppe »Vorurteile unter Christen: Analyse und Handlungsmöglichkeiten« im Rahmen der bundesweiten Vorbereitungsstagung zur Interkulturellen Woche am 10. Februar 2012 in Nürnberg gehalten hat.

■ Kontakt:
Generalsuperintendentur Potsdam
Gutenbergstraße 71/72
14467 Potsdam
GenSupPotsdam@ekbo.de
www.ekbo.de

MORDE AUFKLÄREN, OPFER UNTERSTÜTZEN, RASSISMUS BEKÄMPFEN

ERKLÄRUNG ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN

Die Mordserie und die Anschläge der rechtsextremen Terrorgruppe haben uns erschüttert. Unfassbar ist, dass die untergetauchte Gruppe mit Unterstützung eines breiten Netzwerks mehr als ein Jahrzehnt unbehelligt Gewalttaten begehen konnte. Und dies trotz Beobachtung der Neonazi-Szene durch Verfassungsschutz und andere staatliche Organe.

Die Morde der »Zwickauer Terrorgruppe« sind keine singulären Ereignisse. Nach Recherchen des Tagesspiegels wurden seit 1990 in Deutschland mindestens 148 Menschen Opfer rechter Gewalt. Viele der Taten tauchen in den offiziellen Statistiken nicht auf.

Eine umfassende strafrechtliche Aufklärung aller rassistischen Morde und

Anschläge ist erforderlich. Es müssen auch die Personen in den Blick genommen werden, die eine Aufdeckung behindert haben. Aufgeklärt werden müssen die mittel- und unmittelbaren Verbindungen zu staatlichen Organen sowie die Verantwortung für die Ermittlungsspannen. Daneben ist eine politische Aufarbeitung der Vorgänge und Strukturen notwendig, die zum Versagen staatlicher Organe beim Schutz vor rechtsextremen Gewalttaten geführt haben.

Wir trauern um die Opfer rechtsextremer und rassistischer Mord- und Gewalttaten. Wir fühlen mit den Angehörigen und Freunden. Jahrelang haben die Ermittlungsbehörden rassistische Mordmotive ausgeschlossen. Die einseitigen Ermittlungen in Richtung »Ausländerkriminalität« haben

gedanklich die Opfer zu Mittätern gemacht und die Familien der Opfer auf unerträgliche Weise zusätzlich belastet. Unübersehbar liegt dieser nun eingestandene (Ermittlungs-)Fehler in latent rassistischen Strukturen der Ermittlungsbehörden.

Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt und ihre Angehörigen bleiben häufig mit den psychischen und finanziellen Folgen allein. Teilweise sind sie gezwungen ihre Beschäftigung, ihren Lebensmittelpunkt und ihre Freunde aufzugeben. Solidarität mit den Opfern und Angehörigen erfordert daher individuelle Unterstützung sowie den Aufbau bzw. Ausbau von Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt und eine Ausweitung der Programme zur Opferentschädigung.

Die Auseinandersetzung mit den Morden und Anschlägen und deren Aufklärung darf nicht reduziert werden auf die Bekämpfung von Gewalttaten und Naziterror durch repressive Maßnahmen oder eine stärkere Beobachtung der Neonazi-Szene. Auch die dahinter stehenden neonazistischen und rechts-extremen Grundüberzeugungen müssen bekämpft werden. Seit Jahren verbreitet die NPD ihre rassistische und teils auch nationalsozialistische Ideologie. Nicht zu akzeptieren ist, dass rassistische Propaganda auch noch von denjenigen bezahlt werden muss, die Ziel der Angriffe sind. Rechtsextreme Gruppierungen dürfen nicht länger unter dem Deckmantel einer zugelassenen Partei Aufmärsche, Demonstrationen und Veranstaltungen durchführen können. Wegen der menschenverachtenden, demokratiefeindlichen, antidemokratischen und antisemitischen Ideologie ist ein Verbot der NPD zu prüfen. Ein neues Verbotverfahren muss aber gründlich und auf Basis der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vorbereitet werden.

Erforderlich ist eine gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung. Die Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für Partizipation sind vielfältig: Sie reichen von individueller und struktureller Diskriminierung in Bildung, Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche bis hin zu Verdächtigungen und Vorverurteilungen.

Rechtsextreme Gruppierungen greifen in ihrer Propaganda und ihren Aktivitäten gesellschaftliche Missstände auf und deuten diese im Sinne ihrer Ideologie um. Demokratische Organisationen und Parteien müssen sich aktiv gegen Versuche der Rechtsextremen wehren, Einfluss auf lokale Politik und soziale Arbeit zu nehmen. Rechtsextreme lassen sich in Heim- und Kindergartenbeiräte wählen. Sie bieten Liederabende in Pflegeeinrichtungen an. Hier müssen die demokratischen Verbände Widerstand leisten. Demokratiefreie Zonen darf es nicht geben.

Wer Rassismus und Rechtsextremismus nachhaltig bekämpfen will, darf in seinen Aktivitäten und Maßnahmen nicht an den sichtbaren Ereignissen stehen bleiben. In den Blick ge-



Semiya Simsek (r.) und Gamze Kubasik am 23.02.2012 bei der zentralen Gedenkfeier für die Opfer rechter Gewalt in Berlin.

© epd-Bild

rückt werden müssen rassistische und rechtsextreme Ideologien. Eine nachhaltige Überwindung von Rassismus und Rechtsextremismus erfordert eine Mainstreaming-Strategie, die in allen gesellschaftlichen und politischen Handlungsfeldern verankert werden muss. Einbezogen werden müssen dabei auch die Empfehlungen internationaler Organe zum Menschenrechtsschutz.

Wir fordern, dass die politischen Parteien und staatlichen Einrichtungen einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischen Diskriminierungen gemeinsam mit demokratischen Organisationen entwickeln.

Dabei einbezogen werden muss auch die Politik gegenüber Zugewanderten, die diese immer noch von grundlegenden Partizipationsrechten ausschließt. Gefordert sind

- eine stärkere Förderung des Opferschutzes und der Opferberatung,
- eine Unterstützung von Nicht-regierungsorganisationen, die sich die Analyse rechtsextremer Organisationen und Gruppen zum Ziel gesetzt haben,

- die Einrichtung und Förderung einer unabhängigen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Rechtsextremismus,
- eine Weiterentwicklung und Ausweitung der Menschenrechtsbildung, als Baustein antirassistischer Bildungsarbeit, und
- die Entwicklung von Instrumenten zur Förderung demokratischer Strukturen der Zivilgesellschaft.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Rassismus und Rechtsextremismus geächtet werden. Deshalb rufen wir alle Organisationen, Parteien und Gruppen, aber auch jede/n Einzelne/n auf, sich gegen Rassismus und Ausgrenzung zu wenden und sich für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft einzusetzen.

■ Dieser Aufruf wurde im Januar 2012 von dem Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat initiiert und von einer breiten gesellschaftlichen Basis mitunterzeichnet.

■ Die Liste der Unterzeichnenden finden Sie in der Vollfassung des Textes z.B. unter www.tgd.de

EIN »ZEITUNGEIST« GEGEN DIE SCHWACHEN

Stephan J. Kramer

Deutschland ist ein Sozialstaat. Ein sicherlich nicht vollständiges, im Verhältnis zu den meisten anderen Ländern der Welt aber doch gut ausgebautes System staatlicher Zuwendungen sorgt dafür, dass den ärgsten Auswüchsen von Armut begegnet werden kann. Vermeidbare Missstände wie Hunger, Wohnraummangel und mangelnde medizinische Grundversorgung stellen einen Verstoß gegen den Grundsatz der Menschenwürde dar. Gewiss und unbestritten: Soziale Hilfe ist und soll stets subsidiär bleiben. Wer sich selbst ernähren und versorgen kann, muss es auch tun. Wo Hilfe aber nötig ist, muss sie geleistet werden. Diese Menschenwürde unterscheidet übrigens auch nicht zwischen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter oder religiösem Glauben. Sie gilt für alle Menschen gleichermaßen.

Ist also hierzulande alles in bester Ordnung? Leider nicht. Ein zunehmend dominierender Zeitgeist – das Wort »Zeitungeist« wäre wohl angebrachter – trennt sich von dem Fürsorgegebot zu Gunsten einer kalten, menschenverachtenden Haltung, die dem Schwachen die Schuld für seine eigene Schwäche gibt. Da wird jeder Hartz-IV-Empfänger zum Schmarotzer, jedes Kind, das in der Schule nicht mithalten kann, zum Dummen. Solche Ressentiments richten sich häufig gegen Migranten, wobei das Wort »Migrant« inzwischen oftmals einen deutlich rassistischen Unterton hat. Ein »Migrant« – das ist im Sprachgebrauch der Menschenverächter fast schon gleichbedeutend diskriminierend gemeint wie »Türke«, »Araber«, »Russe«, »Schwarzafrikaner« oder »Moslem«, also ein abwertender Begriff für all diejenigen, die nicht in das gewohnte Bild der Mehrheitsgesellschaft passen. Von dem Vorurteil betroffen sind aber auch »echte« Deutsche, die das vermeintliche »Schandmal« der sozialen Schwäche tragen. Die alleinerziehende Mutter, die ihre Kinder selbst mit staatlichen Beihilfen nur mühsam über die Runden bringt, der Behinderte, der bei der Arbeitssuche auf eine Mauer der Ablehnung stößt, der Rentner, der sich nach mehr



© Torsten Born/Pixelio

als 40 Jahren Beschäftigung und nun auf Grundsicherung angewiesen, überlegen muss, ob er sich sonntags Kaffee und Kuchen leisten kann. Allesamt sind sie »faul, unmotiviert und eben selber Schuld«. So werden die »Migranten« und eine bedrohlich an die Wand gemalte »bildungsferne Unterschicht« der Deutschen – so hat sie etwa Thilo Sarrazin in seinem populistischen Buch »Deutschland schafft sich ab« bezeichnet – zur Gefahr für den Wohlstand, für die braven und fleißigen Bürger erklärt, die arbeiten, Steuern zahlen und niemandem auf der Tasche liegen.

In Wirklichkeit aber ist es genau dieser Ungeist, der unsere Gesellschaft bedroht. Gewiss: Sowohl bei der Integration von Zuwanderern als auch im Bildungswesen gibt es seit Jahren erhebliche Probleme. Sie müssen systematisch angegangen werden. Und da zeigt die Politik seit vielen Jahren eine Besorgnis erregende Unfähigkeit längst bekannte Lösungswege anzugehen. Führungsstärke sieht anders aus!

Durch diese Versäumnisse sind viele der heute beklagten Probleme mindestens mit verursacht worden. Gewiss: der kleinen Minderheit von Sozialbetrügnern, die das Sozialsystem missbrauchen und dadurch die wirklich Schwachen in Misskredit bringen, muss das Handwerk gelegt werden. Deswegen darf aber das Sozialsystem nicht abgeschafft oder die ohnehin Schwachen auch noch zu Rechtlosen werden. Gewiss: Eltern haben nicht das Recht, ihren Kindern eine angemessene Erziehung vorzuenthalten, die ihnen ein eigenständiges und eigenverantwortliches Leben ermöglicht. Aber es ist Aufgabe des Staates die Eltern zur eigenverantwortlichen Erziehung erst zu befähigen, statt sie zunehmend zu bevormunden. Unsere gesamte Gesellschaft, unser Wohlstand und unser Lebensstil fußen auf einer bejahenden Einstellung zur Erwerbstätigkeit. Nicht umsonst und zu Recht wird gerade in Gewerkschaftskreisen oft von einem Recht auf Arbeit gesprochen. Dazu gehört aber längst auch ein gerechter Mindestlohn.

Nur, und das ist nichts Neues: Mit Menschenverachtung und Stigmatisierung werden wir das Problem nur schlimmer machen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Teile unserer Gesellschaft ausgegrenzt und zurückgelassen werden. Wir müssen mit den vermeintlich Schwächeren in unserer Gesellschaft in einen echten Dialog auf Augenhöhe treten und mit ihnen gemeinsam einen Weg aus unserer Krise entwickeln, statt sie zu bevormunden. Sie verdienen den gleichen Respekt, mit dem wir dem erfolgreichen Unternehmer, dem Arzt oder Universitätsprofessor begegnen würden. Am Umgang mit den Schwächsten einer Gesellschaft misst sich bekanntlich erst der wahre Zivilisationsgrad einer Kultur. Hierbei

ist nicht nur die große Politik gefordert, sondern auch die Religionsgemeinschaften, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kommunen und andere Einrichtungen des öffentlichen Lebens. Es ist aber auch jeder Einzelne von uns in seinem persönlichen Lebensbereich gefordert. Mag mitmenschlicher Umgang und Solidarität allein die Herausforderungen unserer Gesellschaft nicht lösen, so stellt er doch eine Voraussetzung dafür dar. Man muss wahrlich kein Tora-Gelehrter sein, um das im 3. Buch Mose enthaltene Gebot einzuhalten: »We-ahawta le-Ra'echa kamocho«. Zu Deutsch: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst.

Dieser Beitrag wurde der Publikation »Forum Migration, November 2011« entnommen.

■ Stephan J. Kramer ist Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland K.d.ö.R

■ Kontakt:
Zentralrat der Juden in Deutschland
K.d.ö.R.
Leo-Baeck-Haus
Postfach 04 02 07
10061 Berlin
info@zentralratjuden.de
www.zentralratjuden.de

HERZLICH WILLKOMMEN – WER IMMER DU BIST.

ANFORDERUNGEN UND ERWARTUNGEN AUS MUSLIMISCHER SICHT

Nurhan Soykan

»Herzlich Willkommen – wer immer Du bist.« – so lautet das Motto der Interkulturellen Woche, zu der die Kirchen alljährlich bundesweit aufrufen. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland unterstützt diese Initiative seit Jahren. Es ist erfreulich zu sehen, mit welchem Engagement sich Kirchengemeinden, Kommunen, Verbände und Initiativen alljährlich zusammenschließen und aktiv gegen Rassismus und Ausgrenzung eintreten. Allzu oft wird in unserer Gesellschaft nur das Trennende formuliert, so zum Beispiel gerade im christlich-muslimischen Dialog. Jede Religion hat ihre Eigenheiten, jede Religion hat ihre Identität, die das Fundament bildet, auf der sie nach außen tritt. Bei allem, was Menschen im Glauben voneinander trennt: Statt das Divergierende zu sehen, sollten wir stärker das Gemeinsame erkennen.

Die Muslime glauben, dass die Verschiedenartigkeit und bunte Vielfalt der Menschen ein Zeichen Gottes ist. Die Menschen sind verschieden, damit sie einander kennen lernen mögen, sich gegenseitig austauschen und einen Dialog auf Augenhöhe führen. Maßstab und Bewertung aller Menschen ist also nicht

ihre kulturelle, religiöse, soziale, nationale oder sonstige Zugehörigkeit, sondern ihre Rechtschaffenheit, so steht es jedenfalls im Heiligen Koran in Vers 13 (Sura 49).

Zu wenige von uns haben in der Vergangenheit hierzulande hingeschaut, verstanden und empfunden, dass die rassistischen Übergriffe auf andersgläubige Menschen, Moschee- und Synagogen-Attentate, Anschläge auf türkische Wohn- und Geschäftsstraßen nur die Spitze eines Eisberges sind. Ein Eisberg, der überdies in den letzten Jahren wuchs und mit ihm das fehlende Bewusstsein, dies gehe »mich nichts an« oder »dies sei alles nicht so schlimm«. Diese Anschläge richten sich im Grunde genommen gegen unsere gesamte Gesellschaft.

Albert Einstein hat einmal gesagt: »Die Welt ist viel zu gefährlich, um darin zu leben – nicht wegen der Menschen, die Böses tun, sondern wegen der Menschen, die daneben stehen und sie gewähren lassen«.

Und dass der Rassismus – der Naziterror ist nur eine furchtbare und extreme Form dieser Menschheits-Geißel – sich



Nurhan Soykan

wie ein Virus in unsere Gesellschaft hineinfrisst und zunimmt, das belegen seit Jahren die Statistiken. Davor warnen seit geraumer Zeit namhafte Persönlichkeiten und wissenschaftliche Studien in unserem Land. Niemand darf und kann heute behaupten, dass dies alles überraschend passiert sei.

Wir brauchen jetzt die Stimmen der Kirchen, der Christinnen und Christen, aber auch aller Menschen guten Willens, Bürgerinnen und Bürger mit humanistischer Gestaltungskraft, die die Stimme der Solidarität, des Für-einander-Einstehens, des Mitgefühls für den Fremden, für den Nachbarn, für seine Mitbürgerin deutlich erheben. Unsere Gesellschaft braucht solche Visionen, die zu gestalterischer Kraft gedeihen und die schließlich unserem Land zum Besseren, zum Wohle verhelfen.

Denn fehlendes Verantwortungs- und Mitgefühl, ein sich immer stärker ausbreitender Egoismus, der zunehmend die Werte wie die Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft und Empathie für den Schwächeren verdrängt, zerstört unsere Gesellschaft von innen heraus.

Jesus, der im Islam einen Ehrenplatz hat, wie auch der Prophet Mohammad und alle anderen Propheten – Friede sei auf ihnen allen – sind gekommen, den Frieden in der Gemeinschaft wieder herzustellen. Und so sollte auch unser Wettstreit dem Frieden mit Gott, mit unseren Mitmenschen und mit uns selber gelten.

Jesus – Friede sei auf ihm – würde uns heute raten, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit wahre Gerechtigkeit geschieht, wo jeder Bürger eine echte und auch zweite Chance bekommt, er würde uns Barmherzigkeit vorleben, bis dass sich jeder wieder in der Obhut seiner Gesellschaft fühlt und er würde auch die Freiheit meinen, die im Stande ist, sich von den Fesseln materieller Abhängigkeiten zu befreien.

Wir brauchen jetzt mehr denn je ein stabiles politisches Berlin, damit unsere Gesellschaft nicht weiter auseinander driftet. Wir brauchen auch selbstbewusste Christen, die ihre Botschaft deutlicher als bisher den Menschen verstehbar machen und erklären, die sich für den Andersdenkenden und Andersaussehenden einsetzen und der Entsolidarisierung unserer Gesellschaft beherzt entgegen stellen.

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.«: Dieses Motto ist auch eine Einladung an uns Muslime. Viele Menschen muslimischen Glaubens, viele Menschen mit einer Migrationsbiographie, sind enttäuscht und irritiert über die mangelnde Bereitschaft der Gesellschaft in Deutschland, dauerhaft und

nachhaltig gegen Rassismus vorzugehen. Viele ziehen sich zurück und geben es auf, auf andere zuzugehen und für eine Gesellschaft in Vielfalt zu werben. Der Zentralrat der Muslime ermutigt deshalb Muslime in Deutschland, sich aktiv an der Interkulturellen Woche zu beteiligen, z.B. auch über den vor Jahren von ihm ins Leben gerufenen Tag der Offenen Moschee. Öffnen wir im Rahmen der Interkulturellen Woche unsere Moscheen. Laden wir Christen zu Gesprächen ein und versuchen mit ihnen das Gemeinsame und nicht das Trennende hervorzuheben. Der Tag der offenen Moschee am 3. Oktober ist ein deutliches Signal, das immer mehr aufgegriffen wird. Es ist zugleich der Abschluss vieler Aktivitäten zur Interkulturellen Woche vor Ort.

■ Nurhan Soykan ist Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime in Deutschland und war Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

■ Kontakt:
nurhan.soykan@zentralrat.de
www.zentralrat.de

RASSISMUS

FACT-SHEET DES DEUTSCHEN CARITASVERBANDES

ES GIBT KEINE MENSCHLICHEN RASSEN – ...

Der große Philosoph der Aufklärung Immanuel Kant schrieb im Jahr 1775: »Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der ›race‹ der Weißen«¹. Über lange Zeit hielt sich der Glaube, Menschen könnten in unterschiedliche Rassen unterteilt werden. Darauf aufbauend wurde teilweise gefolgert, dass diese Zugehörigkeit über Merkmale wie Intelligenz oder Mentalität entscheide und Menschen daher unterschiedlich viel wert seien. Jene Vorstellungen gipfelten im Rassenwahn der Nationalsozialisten und kosteten Millionen von Menschen das Leben. Aber auch sogenannte »ethnische Säuberungen« oder historische Phänomene, wie die Sklaverei oder die Apart-

heid, lassen sich auf ein rassistisches Weltbild zurückführen. Und immer fanden sich Wissenschaftler mit vermeintlichen Belegen für die naturgegebene Andersartigkeit von Menschen.

Längst sind diese Lehren als Pseudowissenschaft entlarvt – die moderne Forschung hat die Existenz von Rassen widerlegt und gezeigt, dass physiognomische Unterschiede (etwa Haut- oder Haarfarbe) als Anpassung an die jeweiligen Umweltbedingungen zu verstehen sind. Treffend bringt dies die Journalistin Dagny Lüdermann in der Zeit auf den Punkt: »Genetisch können sich [...] ein Deutscher und ein Chinese ähnlicher sein als zwei Briten, die Tür an Tür leben.«²

... DENNOCH IST RASSISMUS EIN WEIT VERBREITETES PHÄNOMEN, ...

Heutzutage stellt der offene und gewaltsame Rassismus in Deutschland eine Ausnahme dar³. Rassismus darf allerdings nicht auf rechtsextreme Gewalttaten reduziert werden, vielmehr gilt es zu beachten, dass im Alltagsbewusstsein oftmals immer noch eine Denkweise anzutreffen ist, die Menschen anhand tatsächlicher oder zugeschriebener Eigenschaften in unveränderliche Gruppen einteilt. Bisweilen erfolgt dies bewusst – indem man ausgrenzt und herabwürdigt, festigt man die eigene Position und bestehende Machtverhältnisse – teils ist es »nur« Ergebnis mangelnder Kenntnisse und fehlender Sensibilität.

Diese latenten Formen zeigen sich etwa im institutionellen Rassismus (z.B. Ungleichbehandlungen auf dem Arbeitsmarkt, die sich nicht auf die Qualifikation zurückführen lassen) oder dem sogenannten Alltagsrassismus. Zwei Überlegungen zu alltäglichen Vorurteilen sollen diese ersten Ausführungen abschließen: Rassismus geht meist – aber nicht zwingend – mit Abwertung einher: Auch positiv gemeinte Äußerungen, wie »Schwarze haben den Rhythmus im Blut«, gründen auf dem Verständnis einer unveränderlichen Existenz von Rassen. Zum anderen muss Ausgrenzung und Abwertung nicht zwingend von Mitgliedern der sogenannten »Mehrheitsgesellschaft« ausgehen. Allerdings gilt es das Machtgefälle zu beachten, das mit Rassismus einhergeht. Es muss also stets gefragt werden, wer aufgrund welcher Machtstrukturen am meisten unter Rassismus leidet.

... DAS IM KONTEXT WEIT VERBREITETER IDEOLOGIEN DER UNGLEICHWERTIGKEIT BETRACHTET WERDEN SOLLTE.

Mit Blick auf aktuelle Vorurteile und Ausgrenzungsformen scheint es sinnvoll, die Thematik in einen größeren Kontext zu stellen. Nach einem engen Verständnis umfasst Rassismus die Herabwürdigung aufgrund der Zuordnung zu einer (faktisch nicht existierenden) Rasse. So richtet sich die UN-Rassendiskriminierungskonvention von 1965 gegen die Diskriminierung aufgrund »der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum«⁴. Im 21. Jahrhundert haben aber »biologistische Theorien von Abstammung und Vererbung« an Bedeutung verloren, vielmehr laufen rassistische Argumentationsmuster entlang von »Nationen«, »Ethnien« oder Religionen⁵. Entscheidend ist demnach die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen »uns« und »den Anderen« beziehungsweise »innen« und »außen«⁶.

AUSGRENZUNG UND VORURTEILE ...

Legt man ein solch weites Verständnis zugrunde, wird erst die gesamte Dimension des Problems deutlich:



■ 55 % stimmen folgender Aussage zu: »Ich glaube nicht an die Integration von Ausländern, denn wir verstehen ihre Welt nicht und sie verstehen unsere nicht.«⁷

■ 50 % erklären, dass sie nicht mit Türken in einem Haus wohnen möchten.⁸

■ 26 % sind der Meinung, Menschen mit schwarzer Hautfarbe passen nicht nach Deutschland.⁹

■ Für 57 % ist das Tragen sichtbarer religiöser Symbole am Arbeitsplatz nicht akzeptabel.¹⁰

Der Bielefelder Soziologe Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer definiert Rassismus in diesem Sinne als eines von zehn Einstellungsmustern gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Neben Rassismus fasst er darunter etwa auch die Islamophobie oder die Abwertung von Menschen mit Behinderung. Trotz gewisser Unterschiede stellen diese Haltungen allesamt »die Gleichwertigkeit und Unversehrtheit spezifischer Gruppen dieser Gesellschaft in Frage«. Der »gemeinsame Kern des Syndroms gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist somit die Ideologie der Ungleichwertigkeit«¹¹.

... UND WARUM SIE GEFÄHRLICH SIND.

Entsprechende Äußerungen deuten nicht automatisch auf Rechtsextremisten hin. Nur ein Bruchteil derjenigen, die entsprechende Haltungen offenbaren, stimmt bei Wahlen für rechts-

extreme Parteien. (Rechtsextreme) Gewalt wird von dieser Gruppe mit großer Mehrheit abgelehnt. Dennoch sehen sich Rechtsextremisten durch die öffentliche Meinung und ausgrenzende Integrations- und Ausländerdebatten legitimiert. So häuften sich im Anschluss an die Diskussionen um ein sich vermeintlich abschaffendes Deutschland die Übergriffe auf Moscheen. Von Juni 2010 bis Mitte Januar 2011 wurden allein in Berlin sechs Brandanschläge auf Moscheen und ein islamisches Kulturzentrum registriert.¹²

Daneben entfalten Vorurteile und Diskriminierung ganz unmittelbare Wirkung: Rassismus führt nicht nur zu temporärer Verletzung, Betroffene fühlen sich dauerhaft unterlegen, schlecht gebildet, anders und fremd. Sie werden damit zu dem, was schon immer von ihnen erwartet wurde. Diese Angleichung an die Konstruktionen und Zuschreibungen wird in aktuellen Diskursen als »Othering« bezeichnet.¹³

Letztendlich schaden Vorurteile, Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus auf diese Weise der gesamten Gesellschaft, da das friedliche und solidarische Zusammenleben durch die Exklusion eines Teiles ihrer Mitglieder dauerhaft gefährdet ist.

Hingegen befördert ein Miteinander, in dem Vielfalt gelebt und erfahren werden kann und in dem die Potenziale aller Menschen genutzt werden, die gesellschaftliche Akzeptanz von Heterogenität und damit den sozialen Frieden.

Bevor Benachteiligungen abgebaut werden können, müssen sie als solche erkannt werden. Dazu bedarf es sowohl der Sensibilisierung als auch der Reflexion des eigenen Verhaltens. Erst dann können die kritischen Momente und Stellen erkannt werden, in denen Menschen Objekt von Vorurteilen, Ausgrenzung und Diskriminierung werden.

- 1 Immanuel Kant's Werke, Gesamtausgabe in zehn Bänden, Bd. 9, Leipzig 1839, S. 328.
- 2 <http://www.zeit.de/wissen/2010-08/genetik-sarrazin>
- 3 Im Jahr 2010 wurden nach offiziellen Angaben 285 fremdenfeindliche Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund verübt. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010 – Vorabfassung, S.29. 4 Internationales Übereinkommen zur

Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung

- 5 Hendrik Cremer: Was ist eigentlich Rassismus, in: Tangram 27 (6/2011), S. 101-104, hier S. 103.
- 6 IDA (Hrsg.): Was heißt eigentlich Rassismus?
- 7 Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Diskriminierung im Alltag. Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft, Heidelberg 2008, S. 60. Grundgesamtheit der Studie ist die deutsch-sprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren.
- 8 Ebd. S. 60.
- 9 Ebd. S. 60
- 10 Europäische Kommission: Diskriminierung in der Europäischen Union, Brüssel 2007, S. 72.
- 11 Institut für interdisziplinäre Gewalt- und Konfliktforschung, Universität Bielefeld: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/menschenfeindlichkeit.html>

- 12 <http://www.abendblatt.de/vermishtes/article1751566/Unbekannter-veruebt-Brandanschlag-auf-Moschee.html>
- 13 Vgl. Anne Broden: Normalität des Rassismus. Messen mit zweierlei Maß, in: IDA-NRW (Hrsg.): Tagungsdokumentation des Fachgesprächs zur Normalität und Alltäglichkeit des Rassismus, S. 17-26, hier S. 24.

Stand: 11.10.2011

■ Herausgeber und Kontakt:
Deutscher Caritasverband e.V.
Postfach 4 20
79004 Freiburg i. Br.
Karlstraße 40
79104 Freiburg i. Br.
Raphael.Bolay@caritas.de

FACHTAGE ZUM THEMA RECHTSEXTREMISMUS –

EIN ERFAHRUNGSBERICHT AUS DEM DEUTSCHEN CARITASVERBAND

Raphael Bolay

Seit Monaten ist das Thema Rechtsextremismus in aller Munde. Politik, Medien und Sicherheitskräfte bemühen sich, Licht ins Dunkel um die Mordserie der rechtsextremen Terrorzelle zu bringen. Von allen Seiten wird über Strategien und Möglichkeiten der Prävention diskutiert.

Zuvor wurden die Gefahren des Rechtsextremismus lange Zeit eher verharmlost. Die aktuelle Diskussion sollte nun eine flächendeckende Auseinandersetzung mit diesem Thema einleiten – vor Ort besteht häufig erheblicher Sensibilisierungs- und Fortbildungsbedarf.

Rechtsextremismus ist nur scheinbar weit weg. In allen Bundesländern sind rechtsextreme Aufmärsche und Gewalttaten zu beklagen. Verlässt man den Bereich des organisierten Rechtsextremismus und wendet sich rassistischen Äußerungen zu, wird diese allgemeine Betroffenheit noch deutlicher: Oftmals geäußerte Sätze wie »Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg« knüpfen direkt an die Parolen der Rechtsextremisten an.

Hier gilt es anzusetzen – dies bestätigt auch der Blick auf ein Projekt beim Deutschen Caritasverband, das ein verbandliches Problembewusstsein für Rassismus und Rechtsextremismus entwickeln soll: Großes Interesse besteht dann, wenn Anknüpfungspunkte an die tägliche Arbeit aufgezeigt werden. Dies ist eine erste Erkenntnis – weitere Erfahrungen, die in Workshops und Fachtagen mit Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe gemacht wurden, sollen im Folgenden skizziert werden:

Über Symbole, Codes und Erscheinungsformen informieren

Der »Klassiker« bei Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus ist die Auseinandersetzung mit Symbolen und Codes der Szene. Hier taucht die unvermeidliche 18 (steht für Adolf Hitler) auf – vielen Teilnehmern bieten sich aber auch neue Erkenntnisse: Der »Stiefelnazi« mit Glatze und Bomberjacke ist ein fast verschwundenes Relikt der 90er Jahre und die Kleidermarke Lonsdale unterstützt antirassistische Projekte. Stattdessen nennen sich Rechtsextremisten inzwischen »Autonome Nationalisten« und schrecken auch vor »linker Symbolik« nicht zurück.

Fazit: Die Zuordnung ist schwieriger geworden – mit den längst überholten Erkenntnissen des vorvergangenen Jahrzehnts kommt man nicht mehr weit.

Modernisierungstendenzen aufzeigen

Warum kam es zu jenen Veränderungen? Auch darauf sollte in Veranstaltungen eingegangen werden. Um weitere Teile der Bevölkerung anzusprechen, wurde der Versuch gestartet, die Attraktivität der Szene zu steigern. Dies erfolgt durch die beschriebene Modernisierung des Erscheinungsbildes, außerdem agieren Rechtsextremisten unter dem Deckmantel des »Kümmers« und verbinden scheinbar soziales Engagement wie Kinderfeste oder Beratungsangebote mit altbekannten Parolen. Vielen ist diese Facette des Rechtsextremismus unbekannt – ebenso wie die Bemühungen der Rechtsextremisten im Web 2.0 Fuß zu fassen.

Fazit: Auch die Ewiggestrigen modernisieren ihre Strategien (nicht Inhalte!) – gerade deren vermeintlich soziales Engagement ruft oftmals Unsicherheit hervor.

Rassismus in der gesellschaftlichen Mitte problematisieren

Die Zahl derer, die menschenverachtende Positionen befürworten, übersteigt die Zahl der offenen Rechtsextremisten um ein Vielfaches. Hier ist große Vorsicht geboten. Immer wieder muss darauf hingewiesen werden, dass auch scheinbar alltägliche Stammtischparolen das friedliche und solidarische Miteinander gefährden und den Rechtsextremismus mit der gesellschaftlichen Mitte verbinden. Gerade rassistische Parolen finden hohe Zustimmungswerte.

Fazit: Die kritische Auseinandersetzung mit Vorurteilen ist ein wichtiger Bestandteil eines Workshops – zeigt sich hier doch die Verantwortung jedes Einzelnen.

Aktionsmöglichkeiten und Gegenstrategien erarbeiten

Neben gezielten Informationen erwarten die Teilnehmer von einem Fachtag meist ganz konkrete Hinweise: einen »Werkzeugkoffer« mit unterschiedlichen Methoden sowie praktische Impulse. Spätestens am Ende des Tages sollten die Teilnehmer daher Gelegenheit erhalten, eigene Konzepte und Strategien gegen Rechtsextremismus zu erarbeiten und zu diskutieren. Erfahrungsgemäß werden an dieser Stelle neben öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie beispielsweise der Teilnahme an Demonstrationen, vor allem präventive Ansätze genannt. In Anlehnung an bewährte Projekte und Methoden lassen sich positive Werte wie Respekt und Demokratie vermitteln. Auf diese Weise kann es gelingen, Menschen gegen einfache Parolen von rechts stark zu machen.

Fazit: Entscheidend ist, dass von einem Fachtag konkrete Einflüsse auf die

Praxis ausgehen – dies erreicht man nur durch eine Aktivierung der Teilnehmer.

Ein abschließender Hinweis:

Für Veranstaltungen und Workshops zum Thema Rechtsextremismus findet man in allen Bundesländern – etwa über die Beratungsnetzwerke des Bundesprogramms – fach- und methodenkompetente Referentinnen und Referenten. Bisweilen werden Honorarkosten gar über staatliche Förderprojekte finanziert – nutzen Sie diese Angebote!

■ Kontakt:
Raphael Bolay
Deutscher Caritasverband e.V.
Projekt – »Caritas aktiv für Respekt und Demokratie – gegen Rechtsextremismus«
Referat Kinder- und Jugendhilfe
Karlstr. 40
79104 Freiburg i. Br.
raphael.bolay@caritas.de
www.caritas.de

»DIE AUSWIRKUNGEN SIND DRAMATISCH«

ÜBER RECHTSEXTREMISMUS IN EUROPA



Britta Schellenberg

Wir dokumentieren ein Gespräch zwischen der Politologin Britta Schellenberg und Anton Landgraf, Amnesty International, über Rechtsextremismus in Europa.

Minderheiten wie Roma werden verfolgt und drangsaliert, rechtsextremistische Parteien erzielen Wahlerfolge: Ist Ungarn eine Ausnahme in Europa?

Tatsächlich zeichnen sich diese Phänomene in allen europäischen Ländern ab. In liberalen Demokratien, wie z.B. in Dänemark oder den Niederlanden, entwickeln sich eher rechtspopulistische Parteien, die ihren Schwerpunkt auf die demokratische Tradition legen. Sie sagen: Wir wollen Meinungsfreiheit, deswegen dürfen wir auch rassistisch argumentieren. Das ist in Ost- und Mitteleuropa anders. Dort wird an die Traditionen der autoritären Zwischenkriegszeit der zwanziger und dreißiger Jahre angeknüpft, die sich gegen die liberale Demokratie richteten. Wir haben es also mit unterschiedlichen Ausformungen einer an sich ähnlichen Ideologie zu tun.

Ungarn liegt sozusagen im europäischen Trend?

Nicht ganz. Bisher hat man immer gesagt, wenn Parteien stark sind, ist die Gewalttätigkeit gering. Diese These ist in Ungarn widerlegt, denn dort gibt es sowohl ein hohes Maß an Gewalt als auch eine Regierungspartei, die sich sehr stark in eine nationalistische Richtung entwickelt hat. Ungarn wird keine Ausnahme bleiben – die Gewalt nimmt auch in anderen Ländern zu, nicht zuletzt wegen der Vernetzung der rechtsradikalen Akteure über das Internet.

Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung für Minderheiten?

Das hat vor allem dramatische Auswirkungen auf die potenziellen Opfergruppen, die nicht mehr vom Staat geschützt werden. In Ungarn können Bürgerwehren über das Land ziehen, Roma verprügeln oder sogar umbringen – und der Staat spielt diese Vorgänge sogar noch herunter. Das ist eine katastrophale Entwicklung.

Welche Rolle spielt dabei der Antisemitismus?

Antisemitismus ist immer noch das Kernelement des Rechtsextremismus. Dass Juden ausgegrenzt und als rassistisch anders und minderwertig bezeichnet werden, ist ein fester Bestandteil des rechtsextremen Repertoires. Aber sie sind ja nicht die einzige Feindgruppe. Roma und Homosexuelle werden ebenso als Feinde angesehen wie Linke oder liberal denkende Menschen.

Als vor zwölf Jahren die rechts-populistische FPÖ unter Jörg Haider in Österreich an der Regierung beteiligt wurde, gab es in Europa einen Aufschrei. Warum geschieht heute angesichts der Entwicklung in Ungarn nichts Vergleichbares?

Das ist nur schwer zu erklären. Momentan ist Europa mit der Finanzkrise beschäftigt, der »Arabische Frühling« zieht viel Aufmerksamkeit auf sich. Aber wenn man sich die Fakten ansieht, dann ist die aktuelle Situation in Ungarn wesentlich brisanter als damals in Österreich.

Wie reagieren die europäischen Institutionen auf den zunehmenden Rassismus?

Es gibt auf europäischer Ebene verschiedene Rahmenbeschlüsse gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Xenophobie, gegen Antisemitismus. Und es gibt die »Fundamental Rights Agency«, also die Europäische Grundrechtsagentur in Wien, sowie internationale Organisationen wie die OSZE, die sich mit Hate Crimes, also Verbrechen aus Hass, beschäftigen. Aber natürlich könnte man in Europa deutlich stärkere Signale aussenden, denn der Rechtsradikalismus hat das Potenzial, sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene eine politische Krise zu provozieren. Schließlich stellt der Rechtsextremismus die Gesellschaftsvision, die die Europäische Union einigt, fundamental in Frage. Sein Ziel ist eine komplette Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung.

Bei welchen Themen sehen Sie in Europa besondere Gefahren?

Was sehr stark wächst, ist die Ablehnung von Muslimen sowie von Obdachlosen. Andere Feindbilder, wie zum Beispiel sexistische Einstellungen, lassen aber auch wieder nach.



Welche Gegenmaßnahmen würden Sie empfehlen?

Eine klare politische Haltung, die Rassismus als solchen benennt und verurteilt. Ein weiterer Punkt sind Bildungsinitiativen. Man muss in die Schulen und in die Kindergärten gehen und dort Anti-Aggressionstrainings und Menschenrechtsbildung anbieten, damit Kinder den Umgang mit anderen Menschen und der damit verbundenen Heterogenität lernen, die ja in unserer Gesellschaft zunehmen wird. Außerdem sind zivilgesellschaftliche Initiativen sehr wichtig, um Vorurteile und Rechtsextremismus zu bekämpfen. Dabei ist es unabdingbar, dass sich staatliche Behörden und zivilgesellschaftliche Gruppen austauschen und kooperieren. Die Zivilgesellschaft muss dabei als Partner auf Augenhöhe wahrgenommen und darf nicht, wie es leider immer wieder vorkommt, kriminalisiert und ausgegrenzt werden.

In Deutschland konnten Rechtsextremisten jahrelang völlig unbehelligt Migranten ermorden und Anschläge verüben. Wird das Problem von den Behörden überhaupt richtig wahrgenommen?

Dazu fällt mir ein Zeitungszeit ein, über das ich mich vor einiger Zeit geärgert habe. Mittlerweile finde ich es aber durchaus zutreffend. Dabei wurden die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus als »Spielmodelle« bezeichnet. In Deutschland wird das Problem schlichtweg nicht richtig angegangen. Wenn sich hier nicht die Strukturen der Verfassungsschutzämter und der Kriminalpolizei ändern, dann wird man dieses Problem nicht in den Griff bekommen, dann beschränken sich die Gegenmaßnahmen tatsächlich auf bloße Spielereien.

Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Behörden und zivilgesellschaftlichen Initiativen?

Jeder, der im Bereich Rechtsextremismus arbeitet, selbst als Wissenschaftler, weiß, dass es große Kommunikationsprobleme zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und zum Beispiel den Verfassungsschutzämtern gibt. Die Initiativen gelten schnell als linksextrem, obwohl sie nur ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und sich gegen Rechtsradikale zur Wehr setzen wollen. In Bayern wurde zum Beispiel die antifaschistische Informations- und Archivstelle a.i.d.a. durch den bayerischen Verfassungsschutz und das Innenministerium ausgegrenzt. Man hat anderen Gruppen damit gedroht, dass sie keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten, wenn sie weiter mit der Initiative zusammenarbeiten. Wenn man die wenigen Akteure, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, mundtot macht, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass der Rechtsextremismus blüht.

Aus: Amnesty Journal 02/03 2012

■ Britta Schellenberg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am »Centrum für Angewandte Politikforschung« der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist verantwortlich für das Projekt »Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa«, das vom C.A.P. gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wird.

■ Kontakt:
britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de

Fragen: Anton Landgraf, Amnesty International

ARBEITSKRÄFTEBEDARF UND SCHUTZ VOR ARBEITS- AUSBEUTUNG: POLITISCHE AUFGABEN UND GESTALTUNGS- MÖGLICHKEITEN IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Bischof Norbert Trelle

Das Forum »Leben in der Illegalität« setzt sich seit inzwischen fast acht Jahren für die effektive Durchsetzung zentraler sozialer Rechte für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität ein. Zu Beginn unserer Arbeit haben wir uns zunächst den aus humanitärer Sicht drängendsten Notlagen zugewandt: der Gesundheitsversorgung im Notfall und dem Recht auf Bildung, d.h. der Möglichkeit für Kinder, die Schule und vielleicht auch den Kindergarten zu besuchen. In diesen beiden Handlungsfeldern ist inzwischen eine zwar kontroverse, doch insgesamt auch konstruktive gesellschaftliche und politische Diskussion in Gang gekommen.

Mit der Jahrestagung 2012 nähern wir uns thematisch nun den *Ursachen* irregulärer Migration: Es gibt diese, weil es in den wohlhabenden Industriegesellschaften eine rege Nachfrage nach der Arbeitskraft irregulärer Zuwanderer gibt. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Menschen – jedenfalls in Deutschland – ausschließlich irreguläre Beschäftigungsverhältnisse eingehen können. Zusätzlich verkompliziert wird die Lage dadurch, dass es in diesem Kontext häufig auch um Personen aus den neuen EU-Staaten geht, die noch nicht in den Genuss der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit kommen. Ihr Aufenthalt ist zwar erlaubt, sie können aber nicht in regulären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und müssen auf (Schein-) Selbstständigkeit oder Schwarzarbeit ausweichen. Auch ist häufig nicht vollends geklärt, wie diese Menschen krankenversichert sind oder welche Ansprüche sie auf andere Sozialleistungen haben. Obwohl auch sie selbstverständlich in Notsituationen kirchliche Anlaufstellen aufsuchen und

dort Hilfe finden, hat das Forum »Leben in der Illegalität« entschieden, sich in der politisch-anwaltschaftlichen Arbeit weiterhin auf die Situation derjenigen zu konzentrieren, die über keinerlei Aufenthaltsstatus verfügen. Sie sind im Vergleich zu den Bürgern anderer EU-Staaten, deren Interessen von ihren Regierungen im Rahmen der Zusammenarbeit innerhalb der Union vertreten werden können, weitaus mehr darauf angewiesen.

Die Ursachen für Schwarzarbeit und irreguläre Arbeitsmigration sind uns allen bekannt: Oft wollen Unternehmer und Privatleute durch illegale Beschäftigung Preise drücken oder sich Wettbewerbsvorteile verschaffen. Wir wissen aber auch, dass gerade im Bereich der Pflegearbeit eine legale Lösung für viele Betroffene kaum finanzierbar ist. Hier gibt es einen großen Graubereich von einer gänzlich illegalen Beschäftigung von Menschen ohne jeglichen Aufenthaltsstatus bis hin zu einer Beschäftigung von Arbeitnehmern aus den EU-Beitrittsstaaten als Haushaltshilfen, die aber zusätzlich Pflegedienstleistungen übernehmen. Mal sind sie entsprechend qualifiziert, mal nicht. Wie so oft, sind die Konsequenzen auf allen Ebenen komplex und ich kann sie hier nur andeuten: Viele Menschen können durch diese Dienstleistungen noch zu Hause leben, unsere Sozialkassen werden so entlastet. Positiv ist sicher auch zu werten, dass gut qualifizierte Frauen (und seltener auch ihre Männer) durch die Hilfe »normaler« Hausangestellter und Kindermädchen wieder ihren Beruf ausüben können. Aber die negativen Folgen und Probleme dürfen nicht verschwiegen werden. Ein Rechtsstaat kann flächendeckendes Umgehen von Vorschriften kaum ohne



Bischof Norbert Trelle

Glaubwürdigkeitsverlust dulden. Problematisch ist auch, wenn Pflegedienstleistungen von möglicherweise dafür nicht ausreichend qualifiziertem Personal erbracht werden. Damit wird man dem Wert der Pflege und den notwendigen Qualifikationen nicht gerecht: Angemessen Pflegen kann eben *nicht* jeder und auch in der Kinderbetreuung sind pädagogische Qualifikationen nicht gerade nebensächlich.

Es gibt aber noch andere Dimensionen, die in einer Debatte zur Sprache kommen sollten.

Zum einen geht es um die Frage, wie wir insgesamt als Gesellschaft gegenwärtig und künftig mit Arbeitsmigration umgehen wollen: Vielfach ist bereits von Fach- und Arbeitskräftemangel die Rede – als Beispiele seien nur Ingenieurberufe, der Pflegebereich oder Hilfskräfte in der Landwirtschaft ge-

nannt. Es gibt jedoch deutlich mehr Menschen, die nach Deutschland und Europa zuwandern möchten, als legal zugelassen werden. Und offensichtlich gibt es auch mehr Bedarf, sonst könnten sich die irregulären Zuwanderer nicht in den Arbeitsmarkt integrieren. Diese Zuwanderer zahlen allerdings einen hohen Preis. Auf dem Weg nach Europa geraten sie nicht selten in Lebensgefahr.

Wir sind als Kirche in Deutschland regelmäßig im intensiven Gespräch mit anderen Ortskirchen auch über Migrationsfragen – im letzten Jahr beispielsweise mit Bischöfen aus Afrika und der Ukraine. Sie haben uns als Deutsche Bischofskonferenz gebeten, dafür einzutreten, ihren Landsleuten eine faire Chance zu gewähren, wenigstens eine Zeitlang in Deutschland oder der EU legal zu arbeiten, ohne dafür ihr Leben aufs Spiel setzen zu müssen. Bisher haben wir uns als Kirche nicht zu der Frage geäußert, ob eine Arbeitsmigration nach Deutschland sinnvoll und wünschenswert ist und wie sie gegebenenfalls organisiert werden soll. In den letzten Monaten werden vermehrt Vorschläge diskutiert, die Arbeitsmigration gezielt auch für Zwecke der Entwicklungspolitik einzusetzen. Vor allem der Sachverständigenrat der Deutschen Stiftungen hat diese Debatte neu belebt. Angesichts dieser Entwicklungen sieht auch die Kirche nunmehr die Notwendigkeit, sich mit diesen Fragen vertieft zu befassen. Ohne den Ergebnissen unserer Überlegungen vorgreifen zu wollen: Wir müssen uns fragen, ob es nicht auch ein Gebot der Gerechtigkeit ist, Menschen aus armen Ländern eine Chance zu geben. Dabei müssen aber auch die berechtigten Interessen unserer Gesellschaft berücksichtigt werden – es geht um einen Interessenausgleich. Die bisherigen Vereinbarungen zwischen europäischen Staaten und Entwicklungsländern – z.B. so genannte »Mobilitätspartnerschaften« – verdienen den Namen »Partnerschaft« kaum, so sehr spiegelt sich das (wirtschaftliche) Machtgefälle in den Verträgen wider. Auch ist die empirische Basis für die Behauptung, Arbeitsmigration könne für die Entwicklung der Herkunftsstaaten nutzbar gemacht werden, bisher eher dünn. Ich hoffe, dass wir Ihnen im Frühjahr nächsten Jahres das Ergebnis unserer Überlegungen präsentieren können.



Gestatten Sie mir, noch kurz auf den letzten Punkt zu sprechen zu kommen: Für die irregulären Zuwanderer ist nicht nur der Weg nach Europa riskant. Einmal angekommen, sind sie in steter Gefahr, ausgebeutet zu werden. Gerade die Arbeit in Privathaushalten ist dabei ambivalent zu beurteilen: Nicht selten gibt es ein gutes und persönliches Verhältnis zwischen den Arbeitnehmerinnen und ihren Arbeitgebern. Irregulär Beschäftigte ohne Aufenthaltsstatus sind jedoch – nicht nur, aber ganz besonders – in Privathaushalten auch besonders verletzlich. Die Spanne möglicher Verletzungen von Arbeitnehmerrechten reicht dabei von völlig unzureichenden Pausen- und Freizeitregelungen bis hin zu schlimmem Missbrauch oder Zuständen, die an Sklaverei erinnern. Die teilweise mühsam von den Arbeitnehmern in Deutschland und Europa erkämpften Schutzrechte geraten dabei allzu leicht unter die Räder. Meist nehmen die Betroffenen das – bis zu einem gewissen Grad – auch in Kauf. Verglichen mit den Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsschutzrechten in den Herkunftsländern scheinen ihnen auch die für deutsche Verhältnisse schlechten Bedingungen in irregulären Beschäftigungsverhältnissen akzeptabel. Es ist geradezu ihr »Wettbewerbsvorteil« am Arbeitsmarkt, dass sie Tariflöhne und Arbeitnehmerrechte nicht geltend machen. Auch das Risiko, am Ende ganz um den Lohn geprellt zu werden, tragen natürlich vor allem diejenigen, die sich besonders schlecht zur Wehr setzen können: die Migranten ohne Aufenthaltsstatus.

Die Idee, Arbeitgeber, die statuslose Migranten beschäftigen, unter anderem dadurch zu sanktionieren, dass man die Rechte der Arbeitnehmer stärkt, ist ein zu begrüßender Ansatz. Dennoch hat der deutsche Gesetzgeber bei der Umsetzung der sogenannten Arbeitgebersanktionsrichtlinie die Chance vertan, statuslosen Migranten effektiven Rechtsschutz, der praktisch funktioniert, zu gewähren: § 87 Aufenthaltsgesetz ist für Gerichte nicht eingeschränkt worden, nach deutschem Recht werden die in der Richtlinie verbrieften Arbeitnehmerrechte de facto auf diejenigen statuslosen Migranten beschränkt, die von Behörden aufgegriffen worden sind. Ausgerechnet die Ausländerbehörden sollen die Betroffenen dann auch noch über die ihnen zustehenden Rechte aufklären. In diesem Bereich gibt es deshalb noch politische Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten, die künftig einen der Schwerpunkte der Arbeit des Forums ausmachen werden.

■ Wir dokumentieren das Statement von Bischof Norbert Trelle, das er anlässlich der VIII. Jahrestagung Illegalität am 9. März 2012 in Berlin gehalten hat, in leicht gekürzter Form.

Den Volltext und weitere Informationen finden Sie unter:
www.forum-illegalitaet.de

FACHKRÄFTEMANGEL UND ZUWANDERUNG – VON DER AUSNAHMEREGLUNG ZUR MENSCHENWÜRDIGEN GESTALTUNG DER ERWERBSTÄTIGENZUWANDERUNG

Volker Roßocha

»1,3 Millionen vakante Stellen – Deutschen Unternehmen fehlen Fachkräfte«

(Spiegel-online vom 19.12.2011)

»Deutschland steht vor Revolution am Arbeitsmarkt«

(Welt-online 22.06.2011)

So lauten einige Schlagzeilen in der Debatte zur Zukunft des Einwanderungslandes Deutschland. Die Diskussion ist nicht neu: Das Hamburger Abendblatt vom 6. April 2003 berichtete bereits, dass der Fachkräftemangel 1,2 Milliarden Euro kosten würde.

Auch wenn es scheint, als seien sich die politischen Akteure in der Analyse und bei den Lösungsmöglichkeiten einig, gravierende Unterschiede vor allem in der Zielsetzung sind dennoch vorhanden. Die folgenden Thesen versuchen einen kurzen Einblick in die vor uns stehenden Herausforderungen und die Argumente der Gewerkschaften zu geben:

1. Unternehmen und der öffentliche Dienst klagen über einen Mangel an Fachkräften und an geeigneten Stellenbewerberinnen und -bewerbern. Vor allem die Industrie und der Gesundheitsbereich seien betroffen. Stellenbesetzungsprobleme und so genannte Vakanzzeiten, also die Zeit zwischen Stellenausschreibung und Besetzung, werden dabei oft als Beleg für den Fach- und Arbeitskräftemangel herangezogen.

Stellenbesetzungsprobleme in einzelnen Berufen und Branchen sehen auch Gewerkschaften, aber angesichts der großen Zahl an Arbeitssuchenden und – im Unterschied zu anderen europäischen Ländern mit niedrigeren Erwerbsquoten von Frauen und Personen mit Migrationshintergrund – erkennen sie keinen allgemeinen Fach- oder Arbeitskräftemangel.

2. Ein Großteil der Stellenbesetzungsprobleme in Deutschland ist hausgemacht. Als Folge des Abbaus von Ausbildungsplätzen und den erhöhten Anforderungen wurden Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit und ohne Migrationshintergrund auf Maßnahmen des so genannten Übergangssystems verwiesen, ohne eine Perspektive auf eine qualifizierte Berufsausbildung. Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren besitzen keinen qualifizierten Berufsabschluss. Bei der Beteiligung von Unternehmen an beruflicher Weiterbildung, vor allem für ältere Beschäftigte liegt Deutschland am unteren Ende. Nur selten angeboten werden – trotz staatlicher Förderung – Fortbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die eine gering qualifizierte Tätigkeit ausüben.

Aus Sicht der Gewerkschaften besteht ein erheblicher Bedarf an Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen am Arbeitsmarkt, auch wenn – aufgrund der konjunkturellen Entwicklung – die Zahl der Beschäftigten mit und ohne Migrationshintergrund steigt¹. Neben der Bewältigung von Herausforderungen im Bildungsbereich, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der altersgerechten Arbeitsplatzgestaltung, Anerkennung ausländischer Abschlüsse etc. müssen Diskriminierungen und rechtliche Integrationshemmnisse abgebaut werden.

3. Die demographische Entwicklung wird gleichwohl zu einem massiven Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials führen und damit auch erhebliche Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und die Einnahmen des Staates haben. Die Folge ist, dass steigende Ausgaben von immer weniger Menschen erwirtschaftet werden müssen. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung schätzt, dass das Erwerbspersonenpotenzial bis 2025 um rund 3,6 Millionen schrumpfen wird.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, dass die Finanzierung der Sozialsysteme und der staatlichen Leistungen daher grundlegend verändert und beispielsweise alle Einkünfte mit einbezogen werden müssen. Gleichzeitig erforderlich sind Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsquote sowie als weiterer Baustein eine Ausweitung der Zu- und Einwanderung.

Wie kann nun das Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht einen Beitrag zur Deckung von Fachkräftebedarfen und Bewältigung der demographischen Entwicklung leisten?

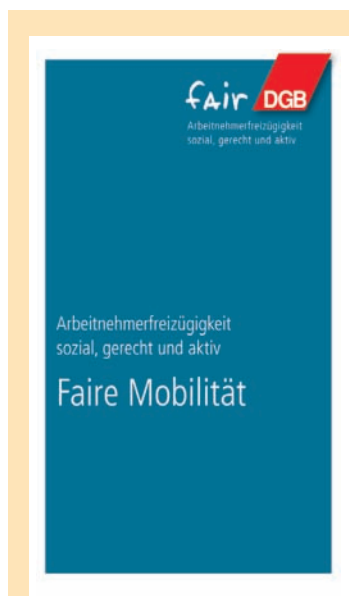
Das vorhandene Aufenthaltsrecht folgt dem Grundsatz der Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung. Viele der Bestimmungen der »Anwerbestopp-Ausnahmeverordnung« wurden ins Gesetz und die Durchführungsbestimmungen aufgenommen. In den letzten Jahren wurde das Aufenthaltsgesetz mehrfach unter anderem durch das »Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz« und die Umsetzung europäischer Richtlinien verändert. Schon bei seiner Verabschiedung waren die Regelungen und Verfahren im Aufenthaltsgesetz nur schwer zu durchschauen. Die Veränderungen der letzten Jahre verstärkten die Intransparenz weiter und führen zu einer Vielzahl an Beschäftigtengruppen, deren Aufenthalt von unterschiedlichen Voraussetzungen abhängt. Allein das Wanderungsmonitoring listet 18 Gruppen von Drittstaatsangehörigen auf, die eine Aufenthaltsgenehmigung zu Bildungs- und Erwerbszwecken erhalten haben. Dabei bewegt sich die Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen (inklusive Zweckwechsel) im Jahr 2011 zwischen 2 und 46.000 Genehmigungen.

Eine grundlegende Reform des Zuwanderungs- und Aufenthaltsrechts für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist erforderlich. Ziel muss sein, konsistente und transparente Regelungen zu schaffen und die Zahl der Statusgruppen und Voraussetzungen zu reduzieren. Dabei sind folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Ein gleichrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt für alle ausländischen Staatsangehörigen, die in Deutschland leben dürfen – dies fordert der DGB – wäre nicht nur im Sinne der Partizipation wichtig, sondern hätte auch positive Auswirkungen auf das inländische Arbeitskräftepotenzial. Darüber hinaus darf keine Gruppe von der Möglichkeit einen Daueraufenthaltsstatus (Niederlassungserlaubnis ohne Zweckbindung) zu erhalten, ausgeschlossen werden.

2. Immer noch prägt ein tradiertes Verständnis der Arbeitswelt das Aufenthaltsrecht, das die Realität in einer global vernetzten Welt nicht berücksichtigt. So kann Mobilität zum Verlust des Status führen. Erforderlich ist eine Wiederkehrregelung für alle Drittstaatsangehörigen, die sich zu Bildungs- oder Erwerbszwecken oder aus familiären Gründen länger im Ausland aufgehalten haben. Dabei sollte auch überlegt werden, ob diese Zeiten bei der Berechnung von Voraufenthaltszeiten für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis anerkannt werden. Im Gegensatz zu den Konzepten zur zirkulären Migration hat die Einführung einer Wiederkehroption positive Auswirkungen für Deutschland und für die Herkunftsländer gleichermaßen.

3. Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an Hochschulabsolventen ist ein dem Abschluss »angemessener« Arbeitsplatz. Diese Voraussetzung mag im Bereich des öffentlichen Dienstes anwendbar sein, für die gewerbliche Wirtschaft allerdings erscheint sie als realitätsfern. Absolventen deutscher Hochschulen und sonstiger Bildungseinrichtungen, die einen qualifizierten Berufsabschluss besitzen, sollte die Aufenthaltserlaubnis ohne weitere Tätigkeitsbeschränkung erteilt werden.



■ Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die nach Deutschland kommen, nicht in ausbeuterische und menschenverachtende Bedingungen abgedrängt werden. Nur wenn es gelingt, das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« zu verankern, kann ein Unterbietungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt verhindert werden. Das Projekt »Faire Mobilität« unterstützt dabei, gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten über Ländergrenzen hinweg durchzusetzen.

■ Projektleitung Dominique John
Keithstraße 1 - 3, 10787 Berlin
john.bfw@dgb.de
www.faire-mobilitaet.de

4. In der Diskussion um die Einwanderung war Deutschland schon mal weiter. Die von der Unabhängigen Kommission Zuwanderung vorgeschlagene Möglichkeit zur Zuwanderung über ein Punktesystem stand im Gesetzentwurf der rot-grünen Regierung, wurde aber von der CDU/CSU herausverhandelt. Angesichts der demographischen Herausforderungen liegt es im Eigeninteresse Deutschlands, nicht nur anhand konkreter möglicherweise kurzfristiger Bedarfe das Einwanderungsrecht zu gestalten. Sicher weisen die Erleichterungen für Hochschulabsolventen und die EU-Blue-Card schon einen richtigen Weg. Dennoch: Transparente und objektiv prüfbare Voraussetzungen für die Einwanderung zeigen, dass Einwanderung gewünscht ist. Die Vorschläge für ein so genanntes angebotsorientiertes System liegen auf dem Tisch: Gewerkschaften wie die Arbeitgeberverbände fordern seit langem die Einführung eines Punktesystems.

Zum Schluss: Die Gestaltung und Erleichterung der Einwanderung von Erwerbstätigen muss mit einer verstärkten gesellschaftlichen Partizipation einher gehen. Für die Gewerkschaften gilt darüber hinaus: Einwanderung und die grenzüberschreitende Beschäftigung muss verbunden sein mit der Durchsetzung des Grundsatzes »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« und mit dem Schutz der Beschäftigten – unabhängig ob zugewandert oder nicht – vor Ausbeutung und Lohndumping. Daher widersprechen sie Regelungen wie der grenzüberschreitenden Entsen-

dung von Beschäftigten zu den Konditionen der Herkunftsländer. Solche Regelungen mögen im Interesse der Anteilseigner der Unternehmen liegen, sie sind aber weder sozialpolitisch noch menschenrechtlich akzeptabel.

1 Für die Integrationsdebatte von besonderer Bedeutung ist, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ausländischen Staatsangehörigen im letzten Jahr erstmals seit 1997 die 2-Millionen-Marke überschritten hat.

■ Volker Roßocha ist Mitglied im DGB-Bundesvorstand, Abteilung Europapolitik, Referat Migrationspolitik sowie Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Deutscher Gewerkschaftsbund
Postfach 110372
10833 Berlin
volker.rossocha@dgb.de

DAS ZUKUNFTSFUNDAMENT ABER WIRD FEHLEN

Archimandrit Athenagoras Ziliaskopoulos

Als die wirtschaftliche Krise in Griechenland begann, konnte niemand ahnen, dass es zu einer enormen Auswanderungswelle führen würde. Eine Welle, die mit der Auswanderung der sechziger und siebziger Jahre zu vergleichen ist. Laut Angaben der griechisch-orthodoxen Metropole von Deutschland klopften im Jahr 2011 ca. 42.000 Griechen an den Pforten der griechisch-orthodoxen Kirchen in Deutschland.

Viele sind zurückgekehrt, andere sind weitergezogen. Manche versuchen ihr Glück erneut und erneut. Es ist wirklich traurig, wenn man sich die Situation der Menschen in Griechenland anschaut. Nicht nur der Staat ist hochverschuldet, sondern jeder einzelne Grieche hat sich in den letzten Jahren verschuldet. Mit dem Verlust der Arbeitsstelle oder mit den enormen Lohnkürzungen, besonders im öffentlichen Bereich, sind Unternehmer und Arbeitnehmer zahlungsunfähig geworden. Immer mehr Menschen verlieren ihre Existenz und leben unterhalb der Armutsgrenze. Viele kehren mit ihren Familien in die ländlichen Herkunftsorte ihrer Vorfahren zurück und versuchen es mit Ackerbau oder Viehwirtschaft. Die meisten Griechen leben aber in den Großstädten. Es gibt für den einfachen Bürger

Griechenlands keine Zukunft mehr. Die Schlangen an den täglichen Suppenküchen werden immer länger. In den Großstädten organisiert fast jede Kirchengemeinde und darüber hinaus zahlreiche andere Hilfsorganisationen Armenspeisungen. Kleidung und Decken werden verteilt und immer mehr Menschen landen auf der Straße.

Mit der Auswanderung verliert das Land eine ganze Generation. Junge Menschen, meistens gut ausgebildet und hochqualifiziert, sehen keine Zukunftsperspektive mehr in Griechenland. Als einzige Möglichkeit bleibt das Ausland. In die USA, nach Kanada, Australien, Neuseeland, Europa, Dubai und sogar in die Türkei.

Im Vergleich zu den Auswanderungen der vergangenen Jahrzehnte ist aber zu betonen, dass damals Arbeitsverträge gesichert waren, heute wandert man auf gut Glück aus. Damals haben Griechen aus ländlichen Regionen, die als unqualifizierte und billige Arbeitskräfte angeworben wurden, ihr Glück in den deutschen Fabriken oder in den belgischen Kohle-Bergwerken gesucht. Heute wandern Akademiker aus – Ärzte, Juristen, Ingenieure, Menschen mit guten Fremdsprachenkenntnissen. Das ist für die Zukunft Griechenlands ver-

heerend. Das Land wird sich irgendwann einmal womöglich wirtschaftlich stabilisieren können, das Zukunftsfundament wird aber fehlen.

Die Krise und die Auswanderung stellen die griechisch-orthodoxen Kirchengemeinden in Deutschland vor eine große Herausforderung. Täglich kommen Menschen an und suchen in unseren Kirchengemeinden Rat und Unterstützung. Zwei existenzielle Fragen werden gestellt: Wo finde ich eine Arbeit und wo finde ich eine Wohnung? Darüber hinaus sucht man den Kontakt zur Gemeinde. Man möchte sich ein Stück Heimat bewahren.

Man kann drei Gruppen von griechischen Einwanderern unterscheiden: Zu der ersten Gruppe gehören Menschen, die entweder Verwandte in Deutschland haben oder sogar früher selbst hier gelebt haben. Diesen ist zumindest für den Anfang eine Bleibe gesichert. Mit ihren Deutschkenntnissen haben sie am deutschen Arbeitsmarkt am ehesten eine Chance.

Die zweite Gruppe sind junge Akademiker und Fachleute, die zwar einen für deutsche Verhältnisse schlecht bezahlten Arbeitsplatz gefunden haben, nun aber dringend eine Wohnung finden müssen.

In der dritten Gruppe handelt es sich um Menschen, die in der Heimat alles verloren haben, keinerlei Ausbildung besitzen und plan- und ziellos nach Deutschland kommen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Diese hoffen genauso wie die Migranten der sechziger Jahre, dass sie bald in ihre Heimat zurückkehren können.

Bei allen drei Gruppen stellt die Sprache die größte Barriere dar. Viele Griechen sprechen sehr gutes Englisch, Französisch oder Italienisch aber kaum Deutsch. Des Weiteren ist eine Kirchengemeinde, die keine Kirchensteuern bezieht und sich ausschließlich aus freiwilligen Spenden finanziert, in ihren Kräften überfordert. Es fehlt an einer Vernetzung der potentiellen griechi-



Die griechisch-orthodoxe Kirchengemeinde Prophet Elias organisiert einen Hilfskonvoi für Bedürftige in Griechenland.

Foto: Stephan Morgenstern/laif

schen Arbeitnehmer. Außerdem besitzen die wenigsten Griechen in Deutschland Mietwohnungen, die man vermitteln könnte. Kaum ein Vermieter möchte einem Ausländer ohne Job eine Wohnung vermieten, auch wenn die griechisch-orthodoxe Kirche für ihn bürgt. Außerdem sind unsere Gemeinden auf ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen und es ist schwer für die monatlich 20 bis 30 griechischen Neuankömmlinge, Helfer zu finden, die mit ihnen die verschiedenen Ämter abklappern, bei der Arbeitssuche helfen oder wichtige Dokumente übersetzen. Noch schwieriger ist es bei den aussichtslosen Fällen. Oft können wir den Einwanderern, die keine Chance in Deutschland haben, nicht anders helfen, als das Geld für einen Rückflug zu sammeln. Allein im Januar 2012 musste eine unserer Gemeinden 1.500 Euro für Tickets bezahlen. Es ist bedrückend, wenn Kirchen Familien mit kleinen Kindern zurückschicken müssen.

Wie können wir, die Kirchen, diesen Menschen am besten helfen? Wie könnte man sich am besten organisieren, um dem wachsenden Ansturm zu begegnen? Erste Gespräche mit den Schwesterkirchen haben gezeigt, dass in einem begrenzten Rahmen, der sich aber ausweiten könnte, zumindest im Bereich der Sozialberatung, mit Unterstützung zu rechnen ist. Auch einfache Gemeinden, Mitchristinnen und Mitchristen zeigen sich solidarisch. Es fehlt aber noch an organisierten Strukturen. Wie können wir den Staat, die Länder und die Gemeinden hier mit einbinden?

Einzelne Aktionen gibt es bereits: So werden z. B. Deutschkurse von Ehrenamtlichen angeboten. Ein Netz für Wohnungssuche entsteht derzeit in einigen Gemeinden. Spendenaktionen und Hilfskonvois wurden gestartet, um den Notleidenden in Griechenland zu helfen. Deutsche und Migranten, Menschen verschiedener Religionen bekun-

den den leidenden Griechen ihre Solidarität.

Das alles ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein ...

■ Archimandrit Athenagoras Ziliaskopoulos ist Geistlicher der griechisch-orthodoxen Metropole von Deutschland und Pfarrer der Prophet Elias Gemeinde in Frankfurt/M. sowie Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Kirche des Propheten Elias
zu Frankfurt am Main
Solmsstr. 1
60486 Frankfurt / M.
thourion@yahoo.de

EINE WEITERE WANNINGER GESCHICHTE?

ZUM EHEGATTENACHZUG

Hiltrud Stöcker-Zafari

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.«, ist ein freundliches aber unverbindliches Motto der diesjährigen Interkulturelle Woche, das mit der Realität der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten wenig zu tun hat. Wohlgemeinte Aktionspläne zur Integration werden an dieser Realität wenig ändern können, wenn rechtliche Rahmenbedingungen beispielsweise für eingewanderte Ehegatten mit einer anvisierten und zu etablierenden Willkommenskultur nicht im Einklang stehen. Rechtliche Vorgaben leiten an vielen Stellen in deutschen Behörden ein Verfahren ein, das Menschen eher abwehrt als sie willkommen zu heißen. Folglich verstehen sich Behördenmitarbeitende meist nicht als Beraterinnen oder Berater für die formulierten Anliegen und Belange, sondern treffen Entscheidungen, die für die betroffenen Menschen nicht nachvollziehbar sind und somit als Willkür empfunden werden.

Nehmen wir Herrn H. Er ist deutscher Staatsbürger und seit Juni 2011 mit einer Frau aus Aserbaidschan verheiratet. »Meine Frau studierte Ökonomie und hat eine langjährige Berufspraxis in teilweise auch leitender Funktion im Buchhaltungswesen verschiedener – auch internationaler – Firmen in Baku vorzuweisen. Sie spricht mehrere Sprachen und besucht zurzeit einen Deutschkurs«, schreibt Herr H. einleitend in seiner Mail.

Seine Frau gehört somit zu den akademisch vorgebildeten Fachkräften, die in Deutschland aus verschiedenen Gründen gerne gesehen werden. Ihnen wird zugeschrieben, dass sie sich relativ problemlos und zeitnah integrieren können, sie haben eine Affinität zu Bildung, die ihnen ermöglicht, ohne große Schwierigkeiten den Sprachnachweis im Herkunftsland zu erbringen und im Anschluss die deutsche Sprache in Deutschland sehr schnell zu vervollständigen. Sie verfügen über berufliche



Hiltrud Stöcker-Zafari

Qualifikationen und sind motiviert weiter zu lernen, wenn es der deutsche Arbeitsmarkt fordert. Damit gehört Frau H. erst einmal zu den Ehegattinnen, die sich Deutschland nach den all-



Wir mischen mit –
Ihr Verband mit tiefen Wurzeln
in binationalen Lebenswelten

verband
binationaler
Familien und Partnerschaften iaf

■ Diese Broschüre
kann kostenfrei
bezogen werden beim Ver-
band binationaler Familien
und Partnerschaften.

■ Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter www.verband-binationaler.de

gemeinen Äußerungen der deutschen Politik wünscht. Folglich müsste dieses Paar in Deutschland willkommen sein und ihm keine behördlichen Schwierigkeiten im Wege stehen.

Der Weg bis zur Eheschließung war aus Sicht Herrn H. »steinig«, ohne dass er weitere Ausführungen vornimmt. Es gab viel »Hickhack«, den sie aber bewältigen konnten. Als besonders unangenehm fielen ihm Ermessensentscheidungen deutscher Behörden auf. »Derzeit setzt man jedoch eines obendrauf«, lässt er uns wissen. Seine Frau erfuhr kürzlich im Deutschkurs, dass eine Mitschülerin aus der Ukraine, die ebenso wie sie im September 2011 nach Deutschland gekommen ist, eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis erhalten hat, seine Frau hingegen erhielt die Aufenthaltserlaubnis nur für ein Jahr. Das Paar war sehr erstaunt über die ungleiche Behandlung eines doch augenscheinlich gleichen Sachverhalts und kontaktierte die örtliche Ausländerbehörde. Dort erfuhren sie, dass man so entschieden habe, da Frau H. 25 Jahre jünger ist als ihr Mann und dieser mit seinen nunmehr 67 Jahren auch schon einmal verheiratet war. »Ich finde, dass solch eine Antwort dem ganzen ›Unverfahren‹ die Krone aufsetzt«, äußerte sich Herr H. und beschwerte sich bei verschiedenen Stellen über diese diskriminierende Behandlung.

»Von dem Büro der Integrationsbeauftragten des Bundes erhielt ich die wohlmeinende Auskunft, dass ich mich wegen der Menschenrechtsverletzung nach den §§ 1, 2, 3 und 6 des Grundgesetzes an das Bundesinnenministerium wenden sollte. Von dort verwies man mich wegen »Nichtzuständigkeit« an das bayerische Innenministerium, da unser Wohnsitz in Bayern ist, und von dort wurde der Fall jetzt »zuständigkeitshalber« ans Regierungspräsidium weitergeleitet. Es hat den Anschein, als wolle niemand das heiße Eisen anfassen«, so die Ausführungen von Herrn H. Er sieht in dem gesamten Verfahren eher eine Parallele zum Buchbinder Wanninger, als ein echtes Interesse an der Behebung einer seiner Meinung nach willkürlichen Entscheidung einer Behörde, die zudem verfassungsgemäße Grundrechte verletzt.

Dass Herr H. im fortgeschrittenen Alter schon einmal verheiratet war und sich nun für eine jüngere Frau entschieden hat, wird seitens der Ausländerbehörde dahingehend gewertet, dass eine so genannte Scheinehe vorliegen könne. Insofern ist diese Entscheidung von den rechtlichen Vorgaben gedeckt, die im Bundesinnenministerium entstanden und über Verwaltungsvorschriften auf die unteren Verwaltungsebenen weitergegeben sind.

Stehen diese rechtlichen Vorgaben jedoch im Sinn einer Willkommenskultur, die die Politik für Deutschland als so wichtig ansieht? Stehen sie im Sinn einer Integration, die die Chancen der Migrantinnen und Migranten auf gleiche Teilhabe vergrößern, wie die Bundesbeauftragte für Integration, Frau Staatsministerin Böhmer, im Rahmen des 5. Integrationsgipfels am 31. Januar 2012 öffentlich bekundete?

Das Ehepaar H. fühlt sich nicht angenommen und aufgenommen. Im Gegenteil, es versucht sich gegen die Bewertung seiner Lebensgemeinschaft und die damit einhergehende Diskriminierung zur Wehr zu setzen und wird von einer Stelle an die andere verwiesen. Frau H. wird nicht als Fachkraft umworben und entsprechend beraten, um den Weg in den Arbeitsmarkt zu finden. Das Paar bleibt sich selbst überlassen – auch mit seinen Einschätzungen zur Integrationspolitik des Landes.

Maßnahmen, die zu einer echten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten führen sollen, müssen gesetzgeberische selbstverständlich einbeziehen und Verwaltungsverfahren entsprechend überprüfen. Politik ist auf Dauer ungläubwürdig, wenn sie bei ihren integrationspolitischen Proklamationen die rechtlichen Rahmenbedingungen mit ihrer ordnungs- und sicherheitspolitischen Ausrichtung außen vor lässt.

■ Hiltrud Stöcker-Zafari ist Bundesgeschäftsführerin des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften – iaf e.V.

■ Kontakt:
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. –
Bundesgeschäftsstelle Frankfurt/M.
info@verband-binationaler.de
www.verband-binationaler.de

BLEIBERECHT – EIN PLÄDOYER FÜR MEHR HUMANITÄT

Sebastian Ludwig

Im Februar 2012 wurde ein Roma-Ehepaar im Alter von 53 und 58 Jahren aus Niedersachsen in den Kosovo abgeschoben. Es lebte seit 22 Jahren in Deutschland, hat acht Kinder hier und keine familiären Bindungen im Kosovo. Der Ehemann hat ein Attest über 10 Krankheiten und 11 Dauermedikamente vorgelegt. Aufgrund der Krankheiten konnte er sich nicht ausreichend beruflich integrieren. Fast alle der acht Kinder erhielten ein Bleiberecht. Ihren Eltern jedoch bleibt dieses durch die krankheitsbedingt fehlende eigenständige Lebensunterhaltssicherung verwehrt. Sie haben ihre Kinder dabei begleitet, in Deutschland anzukommen. Die Kinder werden für Deutschland »nützlich« sein, ihre Eltern mussten nun zurück in den Kosovo. Wollen wir das hinnehmen?

Als ein Erfolg des Engagements für ein Bleiberecht für Flüchtlinge kann die im letzten Jahr geschaffene stichtagsfreie Bleiberechtsregelung für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende gelten. Aufgrund der Begrenzung auf junge Menschen und weitere restriktive Kriterien werden jedoch nur wenige Personen diese Regelung nutzen können.¹ Nur im Alter von 15 bis 20 Jahren kann ein Bleiberecht beantragt wer-

den. Was ist jedoch mit denen, die hier geboren und aufgewachsen sind und abgeschoben werden, wenn sie noch nicht 15 Jahre alt sind? Was ist mit jenen, die inzwischen älter als 20 Jahre sind und gleichfalls gut integriert? Und was ist mit den Eltern dieser Jugendlichen und Heranwachsenden? Eines ist klar: Die engen Kriterien schaffen neue Ungerechtigkeiten, und das Problem der Kettenduldungen wird auch diese Regelung nicht lösen.

Daher ist eine weitergehende Regelung notwendig. Gute Vorschläge liegen vor, finden jedoch noch keine ausreichende Unterstützung. Dabei wird kritisiert, dass mit einer solchen Regelung ein Anreiz geschaffen würde, seinen Aufenthalt (rechtsmissbräuchlich) zu verlängern bzw. zu »ersitzen«. Mehr noch: Es wird behauptet, ein solcher Anreiz würde sogar die illegale Einreise nach Deutschland forcieren, weil nach einigen Jahren ein Bleiberecht möglich sei. Diese Kritik an einer neuen Regelung verkennt, dass es so einfach nicht ist, seine Aufenthaltszeit zu »ersitzen«, sondern bestimmte Kriterien erfüllt werden müssen und jederzeit die Abschiebung droht. Die weiteren Kriterien zu erfüllen, ist angesichts der Bedingungen, unter denen Geduldete in Deutsch-



Sebastian Ludwig

land leben, eine große Herausforderung. »Ersitzen« kann man ein Bleiberecht jedenfalls nicht.

Zudem muss die Gruppe der langjährig geduldeten Personen genauer betrachtet werden: Die meisten konnten nicht abgeschoben werden, weil sie aus Ländern kommen, in denen Bürgerkriege stattfinden oder gravierende Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Sie haben kein Asyl erhalten, weil sie eine individuelle Verfolgung, die konkret auf ihre eigene Person zielt, nicht begründen konnten. Für die betroffene Person wird die Gefahr jedoch nicht dadurch geringer, dass auch andere derselben Gefahr ausgesetzt sind. Nach dem Aufenthaltsgesetz wird jedoch bei Gefahren, die einer Bevölkerungsgruppe allgemein droht, keine Aufenthaltserlaubnis erteilt, sondern nur eine Duldung. Somit ist das Problem der Kettenduldungen auch auf eine restriktive Flüchtlingsanerkennungspraxis zurückzuführen.

Nach einer Zeit des unsicheren Aufenthaltsstatus mit einer Duldung sind die Menschen jedoch faktische Inländer geworden. Ein Bleiberecht konnten bisher aber nur Personen erhalten, die Indizien eines erfolgreichen Lebensweges aufweisen konnten, die dabei sind, beruflich integrierte Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Was aber ist mit Menschen, die sich aus gesundheitli-

**Für eine neue
Bleiberechtsregelung**

Die Broschüre kann bezogen werden über den Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 16 06 24
60069 Frankfurt / M.
proasyl@proasyl.de
www.proasyl.de

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

caritas

Diakonie

chen oder Altersgründen nicht integrieren können? Lebensweltlich gesprochen binden Erfahrungen eine Person an einen Ort und sein Umfeld, zum Beispiel durch soziale Bindungen an Menschen, die auch hier leben. Diese Erfahrungen haben auch Menschen, die sich nicht beruflich integrieren können. Der Ort, an dem sie leben, ist Teil ihrer Identität geworden. Sie zwangsweise von diesem Ort zu verbannen, kann als Vertreibung empfunden werden. Auch sie sind faktische Inländer geworden. Ein Bleiberecht ist daher auch aus humanitären Gründen geboten und darf sich nicht allein auf Nützlichkeitsabwägungen begründen: Herzlich Willkommen – wer immer Du bist. Dies muss auch Menschen einschließen, die hilfebedürftig sind.

Im letzten Heft zur Interkulturellen Woche überschrieb Julia Hettenhausen ihren Beitrag »Bleiberecht – Eine un-

endliche Geschichte?«. Sie ist also immer noch nicht abgeschlossen, aber eine Lösung in Sicht – Vorschläge der unterschiedlichen Parteien liegen vor. Noch kann sich die Politik nicht im Interesse der Menschen verständigen. Deshalb braucht es gesellschaftlichen Druck, der im Rahmen der Interkulturellen Woche organisiert werden kann. Es ist wichtig und sinnvoll, das Bleiberecht in der Interkulturellen Woche zu thematisieren, mit Politikern zu diskutieren und die Bevölkerung zu informieren. Kommunale Resolutionen für ein Bleiberecht haben sich in der Vergangenheit als besonders hilfreich erwiesen. Sobald es um einen konkreten Menschen in der Kommune geht, setzen sich Menschen häufig unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit für ihn ein. Dies kann parteiinterne Diskussionen anstoßen, um die politische Unterstützung voranzubringen.

Am 31.12.2011 lebten 87.136 Menschen mit Duldung in Deutschland, davon 42.119 seit mehr als sechs Jahren. Es bedarf endlich einer parteiübergreifenden Lösung zur Abschaffung der Kettenduldungen!

1 225 Personen von insgesamt 87136 geduldeten Personen am 31.12.2011, vgl. Bundestags-Drucksache 17/8547

■ Sebastian Ludwig ist Referent im Arbeitsfeld Flüchtlings- und Asylpolitik Zentrum Migration und Soziales

■ Kontakt:
Diakonisches Werk der EKD e.V.
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin
ludwig@diakonie.de

MENSCHLICHES UNRECHT KENNT KEINE VERJÄHRUNGSFRIST

Superintendent Helmut Aßmann und Stadtdechant Wolfgang Voges

Am Morgen des 10. Februar 2005 wurde Gazale Salame, schwanger und mit ihrem damals einjährigen Sohn, vom Landkreis Hildesheim überraschend in die Türkei abgeschoben, während ihr Mann gerade die beiden älteren Töchter zur Schule brachte. 17 Jahre hatte Gazale in Deutschland gelebt. Wie ihr Mann stammte Gazales Familie aus dem Libanon und war dem dortigen Bürgerkrieg einst durch Flucht über die Türkei entkommen. Seit sieben Jahren kämpft ihr Mann Ahmed Siala in Deutschland um die Rückkehr seiner Frau und Kinder. Leidtragende der Familientrennung von Staats wegen sind vor allem die Kinder. Der Unterstützerkreis der Familie und mit ihm auch zahlreiche Prominente haben politische Appelle an den Landkreis und das Land Niedersachsen gerichtet, Gazale Salame die Rückkehr zu ihren älteren Kindern nach Deutschland zu erlauben – bislang ohne Erfolg.



Superintendent Helmut Aßmann und Stadtdechant Wolfgang Voges

Wir dokumentieren im Folgenden die Rede des Hildesheimer Superintendenten Helmut Aßmann und des Stadtdechanten Wolfgang Voges bei der Demonstration zum 7. Jahrestag der Abschiebung im Februar 2012.

Liebe Freunde und Unterstützer für die Familie Siala / Salame,

heute jährt es sich zum 7. Mal, dass die Abschiebung von Gazale Salame am Morgen des 10. Februar stattgefunden hat. Ja, es sind inzwischen 7 Jahre, eine

Foto: Flüchtlingsrat Niedersachsen

symbolische Zeit. Alle 7 Jahre erneuern sich die Zellen unseres Körpers, und 7 magere und 7 fette Jahre waren es, die in der biblischen Überlieferung dem Pharaon von Ägypten geweissagt worden sind. Nach 7 Jahren pflegen sich die Dinge grundlegend zu ändern.

Nach 7 Jahren stellt sich also die Frage, ob man einfach so weitermachen kann wie bisher: sich jedes Jahr von neuem hierherstellen und ein Unrecht beklagen, das durch keine juristische Kunstfertigkeit zu Recht erklärt werden kann. Mit großen und kleinen Reden und Appellen die Verantwortlichen zur Einsicht rufen, dass sie auf dem Holzweg sind. Sich an den Plätzen in Hildesheim aufbauen und die Öffentlichkeit auf einen Sachverhalt aufmerksam machen, den niemand von uns an eigenem Leib und Leben erfahren möchte. Man kann es nur noch einmal wiederholen: die Abschiebung einer schwangeren Frau mit Kind und die gezielte Trennung einer Familie unter wissentlicher Inkaufnahme des damit verbundenen Unglücks, das ohne Not herbeigeführt worden ist – das ist der Punkt, um den es uns geht. In den vergangenen 7 Jahren hat sich das keinen Deut geändert. Nun stehen wir wieder hier, gegen alle Hoffnungen, gegen alle Andeutungen und Zeichen, die sich in den vergangenen Jahren ergeben haben.

Von Seiten des Landkreises und des Innenministeriums ist die Sache wahrscheinlich einfach. Sie reduziert sich auf die Frage: wann geht denen, die sich da unten hinstellen, endlich die Puste aus? Irgendwann müssten nur noch die Gewohnheitsdemonstrierer kommen, dann hört das Medieninteresse auf, und dann verläuft sich das Ganze im Sande. Neue Argumente gibt es ja nicht, und die alten sind nach 7 Jahren allesamt abgegriffen.

Erstaunlicherweise hat sich nach den 7 Jahren nun aber keineswegs die Energie abgeschwächt, im Gegenteil. Wir gehen in eine nächste, intensivere Runde. Die Sache erledigt sich nicht, aus drei Gründen.

Der erste Grund ist und bleibt die Zerstörung der Familie, die sehenden Auges und ohne Not in Kauf genommen wurde, als die Abschiebung am 10.2.2005 stattfand. Das menschliche Unrecht hat keine Verjährungsfrist. Es war



Demonstration zum 7. Jahrestag der Abschiebung von Gazale Salame

Foto: Flüchtlingsrat Niedersachsen

damals allen klar, was geschehen würde. Eine Familie wird getrennt, die Lebensverhältnisse werden für alle Beteiligten untragbar, und diejenigen, die an den kurzen Hebeln sitzen, würden es einfach auszuhalten haben. Die staatlichen Organe haben legal gehandelt, und der Rest würde sich irgendwie finden – oder auch nicht. Das ist nun auch alles geschehen, genauso. Nun aber zu behaupten, das hätten sich die Betroffenen selbst zuzuschreiben, also 4 Kinder und zwei Eltern, die selbst als Kinder in dieses Land gekommen sind, ist infam. Das wird auch nicht besser, wenn zwischen Ladentischen, Leserbriefen und Lokalpolitik diese dumpfe Rhetorik wiederholt wird. Es ist aber ein gutes Zeichen für unsere Gesellschaft, dass dieses Vorgehen als empörend empfunden wird, von vielen verschiedenen Menschen und aus vielen verschiedenen Orten. Die große Anzahl der Unterstützerbriefe und –schreiben belegt diese Solidarität menschlichen Empfindens.

Der zweite Grund ist die unselige und unsägliche Gewohnheit, die nun entstandenen Verantwortlichkeiten auf rechtliche Fragen zu reduzieren und die juristischen Mühlen anzuwerfen, die bekanntlich lange mahlen. Es gibt einen wachsenden Verdacht, dass der politische Umgang mit den Schicksalen der vielen Flüchtlinge und Migrantinnen nicht nur schlecht gemacht, sondern auch unangemessen gedacht wird. Die menschliche Realität wird durch das

Dickicht der politischen Interessen nicht mehr gesehen. Am Schreibtisch ist es geordnet und warm, bei den Betroffenen aber gefriert das Leben, und dabei gehen die Jahre ins Land, in denen Lebensqualität und Lebensperspektive der betroffenen Familie angetastet und an manchen Stellen vernichtet wird.

Denn: Was bedeutet es, dass der kleine Sohn Ghazi seinen Vater nicht kennt, in einer Sprache aufwächst, die seine Eltern nicht ausgesucht haben, in einem Kulturkreis heimisch werden muss, in den seine Mutter von anderen hineingezwungen worden ist? Was tut man einer Beziehung an, die sieben Jahre Trennung, Zweifel, Angst und Heimatlosigkeit aushalten und verarbeiten soll? Was heißt hier Recht und was ist Unrecht? Wer das Leben anderer Menschen ohne Not – hier liegt der Punkt: ohne Not – herunter rechnet auf die Verfahren behördlicher Geschäftsgänge, versündigt sich am Leben dieser Menschen. Wer steht für das, was inzwischen alles kaputtgegangen ist, eigentlich ein? Was sollen wir unseren Kindern sagen, welche Logik hinter diesen Entscheidungen steckt?

Hier ist der dritte Grund: das ganze Szenario hat Namen. Wir kennen alle die verantwortlichen Personen. Hier sind keine Strukturen am Werk, sondern Menschen aus Fleisch und Blut. Die haben auch meistens Familien, Kinder, Freunde, Heimat und Zugehörigkeit. Die können sich vorstellen, wie

es sich anfühlen muss, wenn die Hälfte der Familie plötzlich fort ist – unwiderfürlich. Es muss kein Wunder geschehen, hier muss nicht einmal der allmächtige Gott eingreifen, sondern hier können und sollen menschliche Entscheidungen gefällt werden – das reicht schon, um die Sache wieder in Bewegung zu bringen. Deswegen sagen wir gerade nach den sieben Jahren: Wir wollen nicht glauben, dass diese Form der Politik bereits das Letzte und Beste ist, zu dem sich unser Staat hergeben kann. Wir können uns nicht vorstellen, dass die Zerstörung einer Familie schon das Ende phantasievollen Umgangs mit den migrationspolitischen

Ordnungen unseres Gemeinwesens ist. Wir möchten uns nicht damit abfinden, dass Politik und Herzlosigkeit zwei Seiten ein und derselben Medaille sein sollen. Wir wollen uns nicht damit anfreunden, dass diejenigen, die in einem Rechtsstaat in die Fänge der Verwaltung geraten, Gefahr laufen, nicht mehr als Menschen, sondern als Fälle angesehen zu werden. Wir glauben, dass da Glut ist in der Asche.

An die handelnden Personen im Innenministerium und im Landkreis: 7 Jahre sind mehr als genug, seid nicht Götter, werdet endlich Menschen!

■ Kontakt:

Superintendent Helmut Aßmann
Klosterstraße 7
31134 Hildesheim
sup.hildesheim@evlka.de

Stadtdechant Wolfgang Voges
Kath. Pfarramt Liebfrauen
Liebfrauenkirchplatz 1
31141 Hildesheim
pfarrbuero@liebfrauen-hildesheim.de

NEUE DEUTSCHE, POSTMIGRANTEN UND BINDUNGS-IDENTITÄTEN. WER GEHÖRT ZUM NEUEN DEUTSCHLAND?

Dr. rer. pol. Naika Foroutan

Jeder fünfte Einwohner Deutschlands, darunter jedes dritte Kind unter sechs Jahren, hat einen Migrationshintergrund. In Ballungsräumen wie Frankfurt oder Berlin trifft dies bereits auf über 60 Prozent der Kinder zu, die dieses Jahr eingeschult wurden. Wenn Pluralität für Kinder und Jugendliche zur Normalität wird, ist es unzeitgemäß, über einen Migrantenschlüssel für Schulklassen nachzudenken – wie auch Forderungen nach einem Zuwanderungsstopp für »fremde Kulturkreise« in Zeiten der Globalisierung anachronistisch wirken. Vielmehr wäre es angebracht, in einer Zukunftsdebatte über einen veränderten Blick auf die hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund nachzudenken und zu fragen, ob es nicht an der Zeit ist, diese im Sinne einer fraglosen Zugehörigkeit als deutsche Bürger anzusehen, gar als »Neue Deutsche«? Interessanterweise wird mit dem Gedanken der Globalisierung vorrangig die Öffnung der weltweiten Märkte verbunden. Dagegen ist noch nicht verinnerlicht, dass mit einer Entgrenzung der Märkte nicht nur Güter freier beweglich sind, sondern auch Menschen. Wo Migration auch mit settlement verbunden wird, wandelt sich die Bevölke-

rungsstruktur – auch identitär und ideell. Spätestens in der zweiten Generation der Einwanderung stellt sich ein Moment ein, in dem identitäre Verortung nicht mehr eindimensional zu einem Herkunftsland vorgenommen werden kann. Bei einem Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund ist Migration keine selbsterlebte Erfahrung mehr. Sie bleibt jedoch als Element der biografischen Kernnarration bestehen – entweder durch die Familienlegende oder durch außerfamiliäre Zuschreibungen, bedingt durch phänotypische Merkmale wie Aussehen, Akzent, Kleidung oder Namen.

VOM AUSLÄNDER ZUR PERSON MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Deutschlands »Gesicht« wandelt sich stetig, was zu Verunsicherungen in der Bezeichnungspraxis führt. Die herkunftsdeutsche Bevölkerung weiß häufig nicht, wie sie sich selbst oder jene bezeichnen soll, die lange Jahre als »Ausländer« oder »Fremde« galten und nun offensichtlich zu Deutschland gehören wollen und sollen. Immer mehr Menschen nehmen mittlerweile für sich in Anspruch, deutsch zu sein, auch wenn sie »anders« aussehen, »fremd«



Foto: Florian Wallenwein

Naika Foroutan

klingende Namen oder eine andere Religionszugehörigkeit haben. Trotzdem gehören die Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Bewusstsein eines Großteils der Bevölkerung noch immer »nicht richtig« dazu. Das

Wort Migrationshintergrund markiert seine Träger als tendenziell »neuer« als jene ohne und in der öffentlichen Wahrnehmung auch als tendenziell fremd, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit in dritter und vierter Generation besitzen. Obwohl das Wort Migrationshintergrund in seinem Entstehungsmoment neutral definiert wurde, verbindet sich mit ihm durch den öffentlichen Diskurs eine Bezeichnungspraxis, der eine soziale Praxis folgt, die vorwiegend Differenz-Momente hervorhebt und die in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem mit Defiziten und Problemen verbunden wird.

POSTMIGRANTEN

Es fehlt derzeit an einer etablierten Bezeichnung, welche die nationale und kulturelle Mehrfachzugehörigkeit und -identifikation von Individuen wertneutral beschreibt.

Die Verbundenheit mit Deutschland als Heimat findet auf mehreren Ebenen statt. Die kognitive und pragmatische Bezeichnung von Deutschland als Heimat, als »dort, wo mein Haus steht, und dort, wo meine Familie wohnt«, kann dabei teilweise die emotionale Bindung an einen Sehnsuchtsort in der Ferne, der ebenfalls mit Heimat assoziiert wird, nicht ersetzen. Dies liegt an dem der Migration inhärenten Moment, der immer mit dem Verlassen eines Zuhauses oder einer Heimat einhergeht. Diese teilweise nur tradierte Vergangenheit wird im Kontext der familiären Erzählstruktur und der nicht erfahrenen Alltagsentzauberung zu einem Wunschort stilisiert, der in jedem Moment der Unzufriedenheit eine virtuelle Rückzugsoption anbietet – auch wenn diese realiter nicht gegeben ist. Zusätzlich wird von Seiten der ersten Generation der Einwanderer, der Familie oder Community teilweise Druck auf die Folgegenerationen aufgebaut, sich den ursprünglichen Herkunftsländern nicht zu entfremden.

Die zum Teil fehlende emotionale Verbundenheit mit Deutschland liegt allerdings auch an Diskriminierungserfahrungen sowie mangelnder Aufnahmebereitschaft von Seiten der autochthonen Gesellschaft, welche noch immer teils bewusst, teils unterbewusst das »Deutschsein« auf phänotypische Merkmale reduziert.

Es liegt aber auch an den spezifischen Kriterien der deutschen nationalen Identität, die es auch Herkunftsdeutschen nicht leicht macht, affirmativ die Nationalitätszugehörigkeit zu artikulieren. Eine Zugehörigkeit zu Deutschland wird als etwas suggeriert, das sich »Migranten« erst erarbeiten müssen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass trotz Fortschritten in der strukturellen Integration (Bildung und Arbeit) eine kulturelle Integration über den Verfassungspatriotismus hinaus erwartet wird, die an diffuse Anpassungen an eine nicht näher definierbare deutsche Leitkultur gekoppelt wird.

Gerade für jenes Drittel der Postmigranten, die vom Mikrozensus als »Menschen ohne eigene Migrationserfahrung« erfasst werden, ist Integration ohnehin kein Diskussionskriterium ihrer Selbstbeschreibung. Für diese Postmigranten sind Deutsch- oder Integrationskurse etwas, das bestenfalls noch ihre Eltern betreffen könnte, eher ihre Großeltern und eben neu Zugewanderte. Bei ihnen ist stattdessen verstärkt ein mehrkulturelles Selbstbewusstsein zu beobachten, ohne ihre »Wurzeln« vergessen zu wollen, samt einer für sich selbst angenommenen postintegrativen Perspektive: Sie sind längst in dieser Gesellschaft angekommen, zumindest aus ihrer Sicht und aus der Sicht jenes Teils der Bevölkerung, der in Deutschland ein plurales, heterogenes und postmodernes Land sieht.

WER SIND DIE NEUEN DEUTSCHEN?

Die Bezeichnung »Neue Deutsche« könnte in diesem Kontext zunächst einmal als Beschreibungsangebot dienen für jene Menschen, die über eine deutsche Staatsbürgerschaft und einen Migrationshintergrund verfügen. So liest man immer wieder in Interviews mit postmigrantischen Künstlern diese lapidar formulierte Selbstbeschreibung: »Wir sind nicht mehr die Türken, die Araber, die Afrikaner, die unsere Eltern vielleicht waren. Wir sind die neuen Deutschen.« Songs von postmigrantischen deutschen Rappern verweisen auf die Dilemmata, aber vor allem die Ressourcen der mehrkulturell orientierten Jugendlichen und ihr innovatives Potenzial für die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft. Sie heben damit das emanzipatorische Moment der hybriden Lebensführung einer Gene-

ration hervor, die mit ihren eigenen Selbstentwürfen der Gesellschaft längst vorlebt, was die Öffentlichkeit noch diskutiert. Aber auch für den Fußball scheint die Bezeichnung »Neue Deutsche« zu greifen. Ebenso ist er bereits in einigen Blogs zu finden.

Das zentrale Dilemma des Begriffes ist jedoch, dass er, wenn er nur für Menschen mit Migrationshintergrund etabliert oder mit Zuwanderung assoziiert wird, selbst wiederum eine Differenzmarkierung vornimmt, weil er die diskursive Trennungslinie zwischen multiethnischen und monoethnischen Bürgern Deutschlands reproduziert. Weiterhin macht er einen Unterschied zwischen jenen Einwohnern mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass haben, und jenen, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzen.

Unvermeidlich ist bei der Nennung des Begriffs »Neue Deutsche« auch die Frage danach, wer die »alten« Deutschen seien.

Die Trennung in »neue« versus »alte« Deutsche entlang ethnischer oder kultureller Markierungen oder dem Kriterium der Zuwanderung bleibt kulturalisierend. Man könnte die ethnische Differenzmarkierung des Begriffes auch entschärfen, indem die Bezeichnung »Neue Deutsche« für jene Generation herangezogen wird, die vorrangig nach dem Mauerfall im wiedervereinigten Deutschland sozialisiert wurde. Die »Neuen Deutschen« wären demnach eine neue Generation von Deutschen. Dann jedoch würde eine Grenzmarkierung zwischen jung und alt gesetzt, was auch eine Verkürzung wäre.

Denkbar wäre es daher, die »Neuen Deutschen« einer Ideenwelt zuzuordnen – einer Betrachtungsweise, die mit einem neuen Blickwinkel einhergeht: Deutschland als Einwanderungsland, global player, politisch normativer Friedensakteur. Das postmoderne Deutschland als plurales, multiethnisches, vielfältiges Bürgerland. In diesem Sinne wären die »Neuen Deutschen« die Bürger eines hybriden, neuen Deutschland, das es in seiner heterogenen Komposition schon längst gibt. Die Trennlinie würde entlang einer Haltung und Einstellung verlaufen. Hier wäre der Begriff in einer gesellschaftspolitischen Arena eingebettet und könnte als ein

postmodernes Konstrukt verstanden werden, um Identitätsbildungsprozesse als prinzipielle Inklusionsprozesse zu verstehen. Er könnte verdeutlichen, dass die ehemals ethno-kulturellen Zuschreibungskriterien für »deutsch« nicht die reale Bevölkerungsstruktur und Zusammensetzung des Landes widerspiegeln, sondern auf essenziellierenden Konstruktionen von Kultur, Nation und Ethnie beruhen. Damit wären noch immer nicht die strukturellen Probleme eines postmodernen Einwanderungslandes gelöst. Es wird weiterhin Bildungsproblematik, Sozialtransfers und Kriminalität in Deutschland geben. Nur wenn die Zugehörigkeit nicht mehr in Frage steht, können diese Probleme in Abhängigkeit von Sozialstrukturen diskutiert werden und nicht in Verbindung mit der ethnischen oder kulturalisierenden Frage nach deutsch oder nicht-deutsch. »Wenn jemand ›dazugehört‹, kann dieser Jemand übrigens durchaus Probleme bereiten. Auch die Insassen der Strafanstalten, jedweder Konfession, gehören zu Deutschland, die Junkies gehören zu Deutschland, die Bettler, die Buddhisten, die Millionäre und die Stripperinnen. Angela Merkel ist auch die Kanzlerin der Alkoholiker, der Ex-

hibitionisten und der Bettnässer, oder wollen wir die alle ausbürgern? Will allen Ernstes irgendwer Leute mit deutschem Pass zu Deutschen zweiter Klasse erklären, nur, weil sie die falsche Religion haben?«

Die Idee, Deutschland neu zu denken, reiht sich in vielfältige Visionen ein, die mit der Idee Deutschlands einhergehen: Deutschland war im kühnsten Moment seiner Entstehung eine politische Vision, eine politisch weltoffene Idee, die nicht an ethnische Herkunft und Exklusivität gebunden war. In der Debatte über Grundrechte in der Frankfurter Paulskirchenverfassung erklärte der Berliner Abgeordnete Wilhelm Jordan: »Jeder ist ein Deutscher, der auf dem deutschen Gebiet wohnt (...) die Nationalität ist nicht mehr bestimmt durch die Abstammung und die Sprache, sondern ganz einfach bestimmt durch den politischen Organismus, durch den Staat. Das Wort ›Deutschland‹ wird fortan ein politischer Begriff.« Die nationale Identität basierte nicht auf ethnischen oder kulturellen Merkmalen. Wie in Preußen auch, galt ein territorialer Bezugsrahmen: Die legitimen Einwohner Preußens waren deutsch-, polnisch-, litau-

isch-, sorbisch- oder französischsprachig. Es gab weder eine ethnische Konstruktion von Zugehörigkeit noch eine sprachliche Einheit, obwohl August Wilhelm von Schlegel und Johann Gottlieb Fichte den Versuch unternommen hatten, die Sprache als Kategorie natürlicher geistiger Vergemeinschaftung zu etablieren. Auch Johann Gottfried Herder sah in der gemeinsamen Sprache die Möglichkeit, eine Gemeinschaft zu konstituieren, die der deutschen Nation eine Existenz jenseits der Schaffung eines staatlichen Rahmens ermöglichen sollte. Die deutsche Gemeinschaftsbildung sollte über eine gemeinsame Kultur erfolgen. Dennoch: Die Suche nach dem, was letztlich das Deutschsein definierte, kulminierte in rassistischen und genetischen Definitionen und erschwerte somit den Zugang zu dieser Frage nachhaltig.

Die nicht zu greifende »deutsche Leitkultur« wird in Zeiten der gesellschaftlichen Verunsicherung durch Finanzkrise, Arbeitsplatzverlust und demographischen Wandel immer häufiger als etwas herbeigesehnt, das wenigstens eine identitäre Konstante darstellen könnte – als letzte vermeintlich stabile Ressource. Leider lässt sie sich in ihrer



Postkartenmotiv zur
Interkulturellen Woche 2012

Preis: Bis 49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

fundamentalen »Luftigkeit« nur greifen anhand der Markierung jener, die sie nicht ausfüllen. Wenn heutzutage schon Homo-Ehe, Patchwork-Familien und Alleinerziehende Mütter in die deutsche Leitkultur integriert werden müssen, dann reicht das schon alle Mal – dann bitte nicht noch den Islam ...

NEUES DEUTSCHLAND

Der längst eingetretene identitäre Wandel ist eine alltägliche Banalität, in Zahlen messbar und für die Zukunft prognostizierbar. Auch wenn sich im Moment ein Großteil der Deutschen die Zeit vor dem Anwerbeabkommen mit der Türkei im Jahr 1961 herbeizusehen scheint, so wird das nicht passieren. Abgesehen davon, dass für den anderen Großteil diese Zeit nicht das »goldene Zeitalter« darstellt, sondern ein vermiefertes, biederes, geschlossenes, schlechtgelauntes und getrenntes Deutschland. Im heutigen Deutschland umarmen sich sogar die Männer zur Begrüßung, während sie ihren eigenen Vätern immer noch nur steif die Hand reichen, man sitzt abends draußen auf der Straße – gerne auch bis in den November hinein. Die herkunftsdeutschen Kinder heißen nicht nur Sophie, Karl und Heinrich, sondern auch Mandy, Kevin, Ramona und Guido, ab und zu auch Leila, Tarek oder Minou.

Dennoch richtet sich das Orientierungswissen in einigen Teilen der Gesellschaft weniger an dieser Realität als an einer homogenen Fiktionalität aus, die weder das gegenwärtige noch das vergangene Deutschland widerspiegelt, welches immer heterogen war – abgesehen von einer kurzen Periode homogener Struktur, die für die Kernverfasstheit des politischen Diskurses maßgebliche Relevanz zu haben scheint. Deutschlands Sehnsucht nach Homogenität muss dabei aus seiner Eigenart als postfaschistischer Gesellschaft heraus verstanden werden: »Wir sind aufgewachsen in einer Bundesrepublik, die so rein deutsch war wie noch nie irgendein Deutschland in der deutschen Geschichte. (...) Dieses Erbe der Nazis hielten wir für normal. Halten viele von uns noch immer für normal. Es war aber nichts anderes als das Resultat einer gewalttätigen ethnischen Säuberung.« Das Verhältnis der autochthonen Deutschen zu ihrer Nationalität rührt nicht nur aus dieser traumati-

schen Vergangenheit – es rührt zum Teil auch aus der Fremdzuschreibung, die Deutschland in Folge dessen seit Jahrzehnten entgegenschwappt: Deutschland galt als effektiv, aggressiv, kognitiv. Deutschsein war uncool.

Obwohl Deutschland in seiner Politik in den vergangenen Jahrzehnten, im Kontext europäischer Vergleichsnationen wie Frankreich, Polen oder Belgien, weniger populistisch, im Vergleich zu Großbritannien oder Italien friedensbewegter, im Vergleich zu allen genannten ökologischer und selbstkritischer war, schaffte es den Imagewechsel vor allem durch das weltweit ausstrahlende Bild des vielfältigen, unkonventionellen Berlins und durch die beiden Fußball-Weltmeisterschaften 2006 und 2010. Auch Menschen wie Mesut Özil, Philipp Rösler oder Sibel Kekilli verkörpern nun das neue Gesicht Deutschlands. Umso verwunderlicher ist die Ablehnung, mit der ein Teil der Republik auf das neue Bild Deutschlands reagiert, als ob man sich von dem Bild des ugly old German nicht trennen mag.

Seitdem die »Sarrazin-Debatte« offensichtliche Exklusionsmechanismen zu Tage förderte, die bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein vertreten werden, sind auch überraschend klare Selbstverteidigungsreaktionen bei Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten. Aus den multiplen Wir-Identitäten, welche die Zugehörigkeitskontexte dieser Menschen mitbestimmen, artikuliert sich immer häufiger der Gedanke einer neuen deutschen Identität in-between. Offen wird eine Stimmung verhandelt, in der trotzig ein »Wir gehören dazu« und »Das ist auch unser Land« artikuliert wird. Als hätte ein Moment der Angst um den Verlust der Heimat das Bewusstsein geschaffen, dass man ein post-modernes Bekenntnis artikulieren möchte. In dieses Bekenntnis reihen sich auch jene Herkunftsdeutschen ein, für die die Debatte die Frage aufwirft, mit wem man sich selbst in seinem Land eher assoziiert, und mit wem man eine vergleichbare Ideenwelt oder aber eine Vorstellung von Zukunft teilt. Dabei bedeutet die Idee, sich Deutschland ohne Multikulturalität nicht mehr vorstellen zu wollen, keineswegs, dass man religiösem Extremismus nicht aktiv entgegenrät – nein: man tritt ihm nur ge-

meinsam entgegen – genauso wie dem Rechtspopulismus.

Deutschland ist nach der »Sarrazin-Debatte« ein gespaltenes Land. Aber die Trennlinie verläuft nur oberflächlich zwischen »den Muslimen« und »dem Rest« und nur temporär zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und jenen ohne. Die Trennlinie verläuft zwischen den »alten« und den »neuen« Deutschen und ihrer jeweiligen Vision von der Zukunft ihres Landes. Es sind zwei unterschiedliche Vorstellungen von Deutschland, die hier aufeinanderprallen. Das neue Deutschland wird sich in der Zukunft nicht mehr durch Herkunft, Genetik und Abstammungsstrukturen definieren können – dies erlaubt schon der demografische Wandel nicht mehr. Es wird sich trotzdem nicht abschaffen – es wird nur ethnisch und kulturell vielfältiger sein. Und Deutschsein gilt dann als Chiffre für die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Land.

■ Dr. rer. pol. Naika Foroutan ist Leiterin des VW-Forschungsprojekts »Hybride europäisch-muslimische Identitätsmodelle/HEYMAT« an der HU Berlin

■ Kontakt:
HU Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin
foroutan@hu-berlin.de

Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines Beitrages, der in der Reihe »Aus Politik und Zeitgeschichte« (46-47/2010) der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen ist.

Den Volltext finden Sie unter www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32358

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG UND RESSOURCENTEILHABE IN DER WILLKOMMENGESellschaft

Vicente Riesgo Alonso

Soziale Teilhabe von Migranten gründet auf der Bereitschaft und Fähigkeit des Individuums und seiner Community, sich in die Gesellschaft einzubringen sowie auf die Bereitschaft und Fähigkeit der Gesellschaft und all ihrer relevanten Institutionen, sich für die Teilnahme der Zugewanderten zu öffnen. Interkulturelle Öffnung aller gesellschaftlich relevanten Institutionen ist somit eine Grundvoraussetzung für die Integration und sollte nicht dem Zufall oder dem guten Willen der in ihnen handelnden Personen überlassen werden. Interkulturelle Öffnung gelingt dann, wenn sie ausdrücklich und formell gewollt und beschlossen, systematisch geplant und strategisch umgesetzt wird.

Interkulturelle Öffnung erfordert eine neue Optik und eine veränderte Logik in den Institutionen sowie neue Qualifikationen und Kompetenzen ihrer Mitarbeitenden. Die neue Optik erwächst aus der aktiven und kritischen Wahrnehmung des sich in einer Migrationsgesellschaft zunehmend verändernden und veränderten sozialen Umfelds, insbesondere auch in ethnisch-kultureller Hinsicht: neben dem bisher Bekannten gehören neue Gesichter, neue Namen und Familiennamen, neue religiöse Praktiken, andere Sprachen und Gebräuche zum Alltag und sind keine

Ausnahmen mehr. Die neue Logik erfordert eine Veränderung der Einstellung gegenüber dem bisher Neuen und Fremden: das Fremde soll Eigen werden, Eingang in das Alte finden, damit die Institution Schritt halten kann mit der gesellschaftlichen Entwicklung und nicht selber allmählich in einer Art Parallelwelt stagniert. Um mit dieser neuen Realität im Sinne der institutionellen Ziele angemessen umgehen zu können, benötigen die in den Institutionen auf allen Ebenen Handelnden interkulturelle und sprachliche Qualifikationen und Kompetenzen, die in einer homogen gedachten Gesellschaft bzw. Institution nicht erforderlich schienen.

Interkulturelle Öffnung darf in diesem Sinne nicht auf die ehrenamtliche Mitwirkung von Migranten oder auf ihre Einstellung als Mitarbeiter in den unteren Positionen beschränkt bleiben, sondern erfordert, dass sich die gesamte Institution allmählich in ein reelles Spiegelbild der gesellschaftlichen Vielfalt verwandelt. Interkulturelle Öffnung soll gerade die mittleren und höheren Ebenen der Institution mit einbeziehen, in denen über die Verteilung institutioneller Ressourcen entschieden wird. Denn wenn Integration über soziale Teilhabe verwirklicht wird, dann bedeutet Integration auch immer die Bereitschaft zu einer neuen Teilung ge-



Vicente Riesgo Alonso

sellschaftlicher und institutioneller Ressourcen. Da solche Veränderungen komplex, langwierig und nicht immer ohne Widerstände und konfliktfrei zu gestalten sind, ist zu deren Umsetzung ein entschlossenes und systematisches Vorgehen, in dem alle hierarchischen Instanzen involviert sind, erforderlich.

Die strategische – und nicht nur punktuelle – Kooperation mit Migrantenorganisationen kann als bewährtes Mittel zur Begleitung und Verstärkung von Prozessen der Interkulturellen Öffnung in den Institutionen angesehen werden. Durch diese Art der Zusammenarbeit entwickeln sich bei den mitwirkenden Personen in der Praxis die neue Optik, die neue Logik und die neuen Kompetenzen, die für die Interkulturelle Öffnung der eigenen Institution unverzichtbar sind.

FAMILIEN STÄRKEN UND ERZIEHUNGSKOMPETENZ DER ELTERN FÖRDERN

Das Bildungssystem ist ohne Zweifel ein zentrales Handlungsfeld einer auf soziale Teilhabe und Nachhaltigkeit orientierten Integrationspolitik. Damit der Blick aber nicht ausschließlich auf die formellen Bildungsbereiche und –institutionen (Schule, Berufsbildung, Hochschule) gerichtet bleibt, muss die Inte-



Aktivitäten des Bundes der Spanischen Elternvereine

grationspolitik das gesamte Erziehungssystem und dabei vornehmlich die Familie in den Blick nehmen. Dies ist gerade angesichts der zunehmenden Segmentierung von Lebenswelten und Milieus in der aktuellen Gesellschaft umso bedeutsamer. Migrantenfamilien und deren Kinder leiden nämlich besonders stark unter den Entsolidarisierungs- und Individualisierungstendenzen, denn somit verschwinden immer mehr Bereiche, in denen im Alltagsleben Erfahrungen von Integration und sozialer Teilhabe ermöglicht werden.

Um dem entgegen zu wirken und die negativen Folgen dieser Tendenzen ausgleichen zu können, sollen vor allem – neben Maßnahmen zur Wiederbele-

bung des lokalen Sozialraums – Angebote und Maßnahmen entwickelt werden, die die Eltern und die Stärkung ihrer Erziehungskompetenzen in den Mittelpunkt stellen. Die Eltern sollen in ihrer persönlichen Autonomie und Verantwortung gestärkt und somit auch befähigt werden, sich sachkundig für den Schul- und Bildungserfolg ihrer Kinder einzusetzen. Dazu gibt es bereits erprobte Methoden und gute Praktiken, die von einigen Migrantensorganisationen entwickelt und jahrzehntelang mit sichtbaren Bildungserfolgen angewandt werden. Damit diese bewährten Methoden breiter bekannt gemacht werden und in die Integrationspolitik von Bund, Ländern und Kommunen Eingang finden, sollten die Richtlinien

der öffentlichen Förderpolitik weiterentwickelt werden und viel stärker als bisher das Know-How, die Potentiale und die Ressourcen von Migrantensorganisationen berücksichtigen.

■ Vicente Riesgo Alonso ist Fachberater des Bundes spanischer Elternvereine in der Bundesrepublik e.V.

■ Kontakt:
Bund der spanischen Elternvereine
in der Bundesrepublik e.V.
Mainzer Straße 172
53179 Bonn
www.confederacion.de
aef-confederacion@t-online.de

VIelfALT VOR ORT GESTALTEN

KOMMUNEN BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG UND BEGLEITUNG

Paola Fabbri Lipsch

■ Vielfalt gehört zu Deutschland, Kommunen wissen das gut. Es reicht ein Blick in Kitas, Schulen, in Sportvereine oder auf die Bürgerinnen und Bürger, die sich an die Verwaltung wenden, um zu begreifen, wie multikulturell unsere Städte geworden sind. Der inzwischen überall verwendete Satz »Integration geschieht vor Ort« deutet die damit verbundenen Herausforderungen an. Während Gipfel vornehmlich in Berlin stattfinden, Gesetze, Richtlinien und Aktionspläne überwiegend auf Bundes- und Landesebene beschlossen und verabschiedet werden, muss ihre Umsetzung im Wesentlichen auf lokaler Ebene erfolgen. Es sind an erster Stelle die Kommunen, die aus allgemein formulierten Zielen konkrete Maßnahmen ableiten und Veränderungen bewerkstelligen müssen.

Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 werden die Kommunen stärker in die Verantwortung genommen als zuvor. Das Gesetz erklärt Integration explizit zur »kommunalen Pflichtaufgabe«. Das ist eine wichtige und notwendige Entwicklung, die – wenn sie denn ernst genommen wird – für die Kommunen bedeutet, aus der Logik der neben der eigentli-

chen Arbeit herlaufenden Integrationsprojekte auszusteigen. Es bedeutet, eine Gesamtstrategie zu formulieren und ihr konsequent zu folgen.

Natürlich müssen sich Kommunen nach wie vor um die Integration und Inklusion sozial schwacher Familien bemühen, seien sie mit oder ohne Migrationshintergrund. Auf sie kommt aber eine noch weitergehende Aufgabe zu: die Gestaltung eines räumlich adäquaten, offenen und kompetenten Umgangs mit der Vielfalt vor Ort. Das ist eine gute Gelegenheit, die in den meisten Kommunen immer noch gängige Praxis, durch einzelne Sondermaßnahmen mutmaßlich defizitäre Migrantinnen und Migranten zu integrieren, zu verändern. Es wird Zeit, vor allem Strukturen in den Blick zu nehmen: die durch die zunehmende Vielfalt ihres Klientels herausgeforderten – und zum Teil auch überforderten – öffentlichen Einrichtungen und die oft unangemessenen Infrastrukturen.

Dieser Perspektivenwechsel ist nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen. Vielmehr erfordert er einen Prozess der interkulturellen Öffnung, für den alle Beteiligten einen langen Atem brau-



Paola Fabbri Lipsch

chen. Ansätze kann man heute in vielen Kommunen finden. Wo entsprechende Integrationskonzepte oder Leitbilder erarbeitet wurden, wo Fortbildungen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz von Mitarbeitenden in öffentlichen Diensten und Einrichtungen zum Standard gehören, wo darauf geachtet wird, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden, wo

Integration bei der Verwaltung als Querschnittsaufgabe angesiedelt ist, überall da sind erste wichtige Schritte gemacht. Beispielhaft sind einige deutsche Großstädte, wie z.B. München, wo die interkulturelle Öffnung in allen Referaten der Stadtverwaltung auf der Tagesordnung steht, oder die Stadt Wiesbaden, die unter anderem neue Einstellungskriterien erarbeitet hat, um die interkulturelle Kompetenz von Bewerberinnen und Bewerbern besser zu beachten. Auch viele mittlere und kleine Kommunen haben in den letzten Jahren große Schritte gemacht.

Als Wegweiser haben viele auf Handlungsempfehlungen zurückgegriffen, wie z.B. die im Jahr 2007 von den kommunalen Spitzenverbänden erarbeiteten »Zehn Empfehlungen für die Integration«; die Konzepte, Informationen und Daten des »Wegweisers für Kommunen« der Bertelsmann Stiftung; oder auch die »Handlungsempfehlungen und Gute-Praxis-Beispiele«, die die Schader-Stiftung als Ergebnis des Forschungs-Praxis-Projektes »Integrations-

potentiale in kleinen Städten und Landkreisen« vor kurzem veröffentlicht hat. Die letzte Publikation stellt eine wissenschaftlich begründete und praxisorientierte Hilfe für die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in erster Linie im ländlichen Raum dar. Davon können aber auch Städte in Ballungsräumen durchaus profitieren. All diese Handlungsempfehlungen bieten eine gute Grundlage, um eine konsequente kommunale Vielfaltspolitik weiter zu entwickeln, die sich in erster Linie auf die Veränderung von Strukturen und Institutionen konzentriert.

Kommunen, die sich auf diesen Weg machen oder gemacht haben und vor lokal durchaus unterschiedlichen Herausforderungen stehen, brauchen professionelle Begleitung in Form von Coaching und Moderation. Es wäre darum wünschenswert, wenn Bund und Länder statt weiterhin einzelne, oft nicht nachhaltige Projekte zu finanzieren, Ressourcen bereit stellen, damit Kommunen in dieser Weise kontinuierlich extern begleitet werden.

»Integration geschieht vor Ort.« Das heißt heute: Vielfalt ist vor Ort. Was mit ihr geschieht, entscheiden aber nicht allein die Kommunen. Wo Städte die Vielfalt ernst nehmen, ihr Raum geben und sie gerecht gestalten wollen, brauchen sie Unterstützung. Gipfel, Maßnahmenkataloge und Aktionspläne sollten daran gemessen werden, ob sie den Kommunen diese Unterstützung tatsächlich gewähren.

■ Paola Fabbri Lipsch ist Beauftragte für Integration und Vielfalt der Stadt Neu-Isenburg und freie Journalistin beim WDR-Funkhaus Europa.

■ Kontakt:
Stadt Neu-Isenburg
Stabsstelle Integration und Vielfalt
Hugenottenalle 53
63263 Neu-Isenburg
paola.fabbri@stadt-neu-isenburg.de

JUGENDLICHE AUS FAMILIEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE UND BERUFSAUSBILDUNG: KEIN SELBSTLÄUFER!

FÜR MEHR INNOVATION IN DER AUSBILDUNG

Dr. Wilfried Kruse

Viele Jahre lang wurde beklagt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund kaum eine Chance hätten, in eine Berufsausbildung zu gelangen: die Zahlen belegten ihren geringen Anteil, vor allem in der ungeforderten Dualen Ausbildung. In der gesamten langen Periode, in der Ausbildungsplätze gegenüber der Nachfrage knapp waren, konnten Betriebe aus einer hohen Zahl von Bewerbern auswählen; Jugendliche mit Migrationshintergrund waren anteilig deutlich weniger dabei. Auf die Gründe will ich hier nicht eingehen; sie sind oft erörtert worden.

Seit einiger Zeit nimmt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Berufsausbildung ab und es bleibt eine zunehmende Zahl von Ausbildungsplätzen unbesetzt. Dies liegt sicherlich auch an dem – in manchen Regionen – deutlichen Rückgang bei den Schulabgängerzahlen, aber es liegt auch am veränderten Bildungsverhalten.

Bei den Betrieben macht sich seit einiger Zeit bemerkbar, dass gerade viele der schulisch gut vorgebildeten »herkunftsdeutschen« Jugendlichen Abitur und Studium einer Berufsausbildung vorziehen. Da sich aber die Anforderungen in vielen Berufen zwischenzeitlich erhöht haben, sehen die Betriebe kaum Spielraum, sich hinsichtlich der



Wilfried Kruse

Voraussetzungen, die Bewerber mitbringen sollen, deutlich nach unten zu bewegen.

Die Hoffnung aber, dass nun leistungsstarke und sozial kompetente Jugendliche mit Migrationshintergrund von selbst und »massenhaft« in diese Lücke drängen würden, ging und geht nicht auf – und vor allen Dingen nicht ohne Weiteres. Denn diese Jugendlichen zeigen ein ähnliches Bildungsverhalten wie ihre »herkunftsdeutschen« Mitschülerinnen und Mitschüler, vielleicht sind sie sogar noch pointierter auf Abitur und Studium orientiert als diese. In dieses Bildungsverhalten gehen Aspirationen ganzer Generationen von Einwanderern ebenso ein wie eine unter Einwanderern oftmals größere Distanz zum deutschen System der dualen Berufsausbildung und Facharbeit.

Hier setzen eine Reihe von Betrieben und Kammern mit auch oder insbesondere an Jugendliche mit Migrationshintergrund adressierten Kampagnen an. Schlüsselbegriffe sind hierbei Willkommenskultur und Attraktivität. Manche dieser Kampagnen, insbesondere, wenn sie auf einer systematischen und längerfristigen Kooperation zwischen Schulen und Betrieben aufbauen, sind durchaus erfolgreich: das Berliner Vorhaben »Berlin braucht dich!« ist hierfür ein gutes Beispiel.

Die Nagelprobe aber wird sein, ob auch die Ausbildungserfolge gesichert und perspektivreiche Übergänge in Beschäftigung erreicht werden können. Eine der Voraussetzungen hierfür ist eine behutsame, aber hartnäckige interkulturelle Öffnung der Berufsausbildung und deren Fortsetzung im Rahmen einer betrieblichen Diversity-Politik.

Wenn man also stärker als bisher ungeforderte betriebliche Berufsausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund öffnen will¹, dann ist es aus unserer Sicht unumgänglich, die Ansätze von Willkommenskultur, Attraktivität und interkultureller Öffnung weiter zu verstärken, aber insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass die betriebliche Arbeitswelt zu einem attraktiven und herausfordernden Erfahrungsfeld für Schülerinnen und Schüler wird, damit Berufsausbildung überhaupt zu einer Option wird, die sie ernsthaft ins Kalkül ziehen und dementsprechend

mit Interesse und Engagement verfolgen.

Aber dies ist noch nicht ausreichend. Denn: Dass in Zukunft die Zielgruppe auch auf jene Jugendlichen ausgedehnt werden muss, die schlechtere Voraussetzungen mitbringen, ist angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels und des beobachtbaren realen Bewerbungsverhaltens mehr als wahrscheinlich. Nur eine längere und intensivere Vorbereitung bringt diese Jugendlichen, die sich in der Regel in noch größerer Distanz zur Arbeitswelt bewegen, dazu, sich ernsthaft mit der Perspektive Ausbildung zu beschäftigen.

Auch hier gilt: nicht schon ein größeres Angebot an Ausbildungsplätzen erzeugt bei diesen Jugendlichen automatisch einen »Run« auf Ausbildung.

Schulen und Betriebe benötigen für diese Zielgruppe dringender als zuvor die Kooperation mit erfahrenen Trägern. Denn hier müssen bisher ungewöhnliche Wege gegangen werden. Insbesondere müssen Brücken zwischen lebensweltnaher und auch alternativer Jugendarbeit und den »offiziellen« Wegen von Berufsorientierung und Berufsberatung gebaut werden. Denn die üblichen und eingespielten Formen der Berufsorientierung passen in verschiedener Hinsicht für viele dieser Jugendlichen nicht. Sie sind aus Sicht der Jugendlichen oftmals mit negativen Erfahrungen von Ausgrenzung und Scheitern verbunden.

Ein gutes Beispiel, wie alternative Ansätze aussehen könnten, ist das Jugendtheaterfestival des Jugendtheaterbüros in Berlin-Moabit², das alternative Theaterarbeit mit Jugendlichen »aus dem Kiez« (die meisten von ihnen mit – oftmals arabischem – Migrationshintergrund) mit Berufsorientierung verknüpft. Eine solche Kombination aus formeller Teilnahme an Angeboten zur Berufsorientierung und freiwilliger, eher durch Bedürfnisse und Interessen gesteuerter Erweiterung, Vertiefung oder Fortführung ist meist nicht gegeben, gehört hier aber gewissermaßen zum Konzept.

Gerade für einen solchen Ansatz ist die Verankerung im Quartier besonders wichtig. Dabei geht es nicht nur um die Nähe zur Lebenswelt der Jugendlichen,

die hier eine besondere Rolle spielen sollen, sondern auch um die Mobilisierung der Potenziale von Zusammenhalt und Integration, die das Quartier bietet. Sinnvoll erscheint es, dass Berufsorientierung und der Übergang Schule-Arbeitswelt zu einem wichtigen gemeinsamen Handlungsfeld auf Quartiersebene werden.

Es versteht sich von selbst, dass diese Überlegungen kein Plädoyer für Sonderfördersysteme für Jugendliche mit Migrationshintergrund sind. Vielmehr geht es darum, den Fokus Migration so systematisch auf das gesamte Übergangsgeschehen zu richten und in kommunaler Koordinierung auf eine Weise zu platzieren, dass es im Ergebnis zu einer bewussten interkulturell sensiblen Übergangsgestaltung kommt.

- 1 Wilfried Kruse: Berlin braucht dich! – über den öffentlichen Dienst hinaus? Eine Recherche zu Integration und Dualer Berufsausbildung, Berlin 2010
- 2 Wilfried Kruse: Bühne, Quartier, Berufsorientierung: Wie sich ein alternatives Jugendtheater bewegt, in: Bergmann/Lange (Hrsg): Eigensinnige Geographien. Städtische Raumaneignungen als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe, Wiesbaden 2011

■ Dr. Wilfried Kruse ist im Forschungsbereich »Arbeit und Bildung in Europa« in der Sozialforschungsstelle Dortmund tätig und Koordinator der »Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative«.

■ Kontakt:
Sozialforschungsstelle Dortmund
Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung
der TU Dortmund
Evinger Platz 17, Raum 93
44339 Dortmund
kruse@sfs-dortmund.de
www.sfs-dortmund.de

NICHT ALLE KINDER UND JUGENDLICHE HABEN DIE GLEICHEN RECHTE

Carmen Guerra

Das Projekt »ProFil: Für Chancengleichheit und Partizipation – Zugang zu Bildung für junge Flüchtlinge« des Caritasverbandes für die Diözese Osnabrück unterstützt seit Anfang des Jahres 2011 junge Menschen und deren Eltern mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus, wie zum Beispiel Duldung, um ihre Zugangschancen zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten sowie zur Berufsausbildung zu erhöhen.

In kaum einem anderen Bereich wird die Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen gegenüber Gleichaltrigen konkret und praktisch so sichtbar wie im Flüchtlingsbereich: Aufgrund ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus bleiben jungen Menschen bestimmte Bildungswege und Förderinstrumente oftmals verschlossen. Anhand von Praxisbeispielen werden im Hinblick auf die UN-Kinderrechtskonvention zuerst die rechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt, die Bildungswege versperren, und daran anknüpfend notwendige Änderungen benannt, damit der Vorrang des Kindeswohls bei allen staatlichen Maßnahmen respektiert wird.

BEISPIEL 1: KLIENT AUS AFGHANISTAN

A. ist im Alter von knapp 17 Jahren nach Deutschland geflohen. In Afghanistan hat er kaum die Schule besucht, so dass er in seiner Muttersprache nicht alphabetisiert ist. In Deutschland wurde ein Mitarbeiter des Jugendamtes sein Vormund. Bei den Überlegungen zu seiner Beschulung war zu berücksichtigen, dass es im Sekundarbereich II vor Ort keine Sprachlernklassen gibt und dass es ihm aufgrund der fehlenden Deutschkenntnisse und der unzureichenden Alphabetisierung nicht annähernd möglich sein würde, dem regulären Unterricht an einer berufsbildenden Schule zu folgen. Die für ihn sinnvollste Lösung, der Besuch eines täglich stattfindenden Alphabetisierungskurses bei gleichzeitigem Ruhen der Schulpflicht, war nur realisierbar, weil sein Vormund die Kursgebühr aus Spendenmitteln finanzieren konnte.

Menschen mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus haben keinen Zugang zu kostenfreien Sprach-, Integrations- oder Alphabetisierungskursen. Für

Kinder und Jugendliche, die noch schulpflichtig sind und die deutsche Sprache nicht so gut beherrschen, dass sie dem Unterricht grundsätzlich folgen können, besteht das Problem, dass die nach dem niedersächsischen Schulgesetz vorgesehenen Sprachlernklassen beziehungsweise der Förderkurs »Deutsch als Zweitsprache« an vielen Orten fehlen. In diesen Fällen kann die Schulpflicht zwar ausgesetzt werden, um den Besuch eines Sprachkurses zu ermöglichen; ungeklärt ist aber, wer die Sprachkurskosten bezahlt.

Diese Kinder und Jugendlichen sind bislang dafür auf Spendengelder angewiesen. Eine Kostenübernahme durch das Sozialamt ist in der Praxis nur schwer durchsetzbar.

BEISPIEL 2: KLIENTIN AUS DEM LIBANON

B. ist 17 Jahre alt. Sie wurde in Deutschland geboren. Nach ihrem Realschulabschluss möchte sie eine zweijährige Berufsausbildung zur Sozialassistentin beginnen. Diese schulische Ausbildung wird an zwei Tagen pro Woche um eine praktische Ausbildung in einer sozialen Einrichtung ergänzt. Die Ausländerbehörde teilt B. mit, dass sie dafür eine Beschäftigungserlaubnis braucht. Diese würde sie aber nicht erhalten: Man gehe davon aus, dass ihre Eltern seit langem falsche Angaben zu ihrer Staatsangehörigkeit machen würden. Weil B. minderjährig sei, müsse sie sich die Angaben der Eltern zurechnen lassen. In der Beratung wird mit B. besprochen, dass sie gegen diese Entscheidung der Ausländerbehörde klagen könnte. Nach Rücksprache mit ihren Eltern sagt B., dass sie dann lieber auf die Ausbildung verzichten möchte.

Grundsätzlich benötigen Jugendliche mit ungesichertem Aufenthaltsstatus für eine betriebliche Berufsausbildung und gegebenenfalls auch für eine schulische Berufsausbildung mit praktischen Anteilen eine Beschäftigungserlaubnis. Diese wird versagt, wenn ein Inhaber

Kinderrechte für Flüchtlingskinder ernst nehmen!

Gesetzlicher Änderungsbedarf aufgrund der Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention

Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder!

Die Broschüre kann bezogen werden über den Förderverein PRO ASYL e.V. Postfach 16 06 24 60069 Frankfurt / M. proasyl@proasyl.de www.proasyl.de

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

einer Duldung falsche Angaben zu seiner Identität oder Staatsangehörigkeit macht oder etwa bei der Passbeschaffung nicht mitwirkt.

Dabei reicht allerdings der bloße Verdacht der Ausländerbehörde nicht aus. Sie muss beweisen können, dass die Angaben falsch sind. Eine Zurechnung des Verhaltens der Eltern zu minderjährigen Kindern ist zudem weder mit der vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls (Art. 3 UN-KRK) noch mit dem Recht auf Bildung und Berufsausbildung (Art. 28 UN-KRK) zu vereinbaren. Dennoch haben viele Jugendliche und deren Eltern große Angst davor, einen Konflikt mit der Ausländerbehörde einzugehen, mit der Folge, dass in vielen Fällen bestehende Rechte nicht durchgesetzt werden und auch B. dann eben keine Ausbildung beginnen kann.

BEISPIEL 3: **KLIENTIN AUS DEM KOSOVO**

C. ist 15 Jahre alt und besucht die 9. Klasse einer Gesamtschule. Sie hat noch zwei Geschwister im Alter von fünf und zehn Jahren und lebt mit ihrer Mutter, die verwitwet ist, seit neun Jahren in Deutschland. Sie ist in der Klasse sehr beliebt. Die Lehrkräfte bescheinigen ihr ein gutes Sozial- und Arbeitsverhalten, erkennen aber auch, dass die familiäre Situation sie sehr belastet, so dass sie oft unkonzentriert und müde ist. Außer in Mathematik und in Englisch, wo sie Nachhilfe benötigt, liegt sie in ihren Lernleistungen im Mittelfeld. Da ihre Mutter aus finanziellen Gründen keine Nachhilfe bezahlen kann, könnte diese über das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglicht werden. Der Anwalt rät aber davon ab, da er für sie bei der Ausländerbehörde eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Aufenthaltsgesetz 4 beantragt hat. Seit 1. Juli 2011 können gut integrierte geduldete Jugendliche und Heranwachsende zwischen 15 und 20 Jahren unter bestimmten Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Sichern ihre Eltern ihren Lebensunterhalt selbst, können sie und die minderjährigen Geschwister auch eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, solange der Jugendliche unter 18 Jahren ist.

In den vorläufigen niedersächsischen Verwaltungsvorschriften sind die Ziele der Einführung dieses Gesetzes klar beschrieben: Es geht um eine »interessen-geleitete Zuwanderung« und darum, ein »in wirtschaftlicher Hinsicht von öffentlichen Transferleistungen unabhängiges Leben« zu führen.

Somit sichert sich Deutschland mit diesem Gesetz schon jetzt zukünftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in die Sozialversicherungssysteme einzahlen und den Fachkräftemangel ausgleichen sollen. Hier wird besonders sichtbar, wie die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands über das Kindeswohl gestellt werden und die »harmonische Entwicklung des Kindes«, die in der Präambel der KRK gefordert ist, gefährden, da sie ab einem bestimmten Alter für die Aufenthaltssicherung ihrer Familie verantwortlich sein sollen.

Zusammenfassend fordern wir unter Bezugnahme auf die Grundprinzipien der UN-KRK (Nichtdiskriminierung, Kindeswohl, Entwicklung und Beteiligung) hinsichtlich

a) Bildung:

- einen offenen Zugang zu Bildung, Ausbildung, Qualifizierung und Fortbildung unabhängig vom Aufenthaltstitel und Leistungsbezug;
- die Finanzierung von Sprach- und Alphabetisierungskursen insbesondere beim Anordnen des Ruhens der Schulpflicht;
- die Abschaffung der Schulen innerhalb der Landesaufnahmeeinrichtungen;
- die Ermöglichung des Schulbesuchs für alle Kinder und Jugendliche, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben und nicht gemeldet sind.

b) Ausbildung und Qualifizierung:

- die Abschaffung des Arbeitsverbots bei Minderjährigen;
- den Zugang für Jugendliche mit Aufenthaltsgestattung zu betrieblicher Berufsausbildung ohne Vorrang- und Arbeitsbedingungsprüfung nach einem Jahr;
- den vollständigen Zugang zu allen Förderinstrumenten des SGB III und des BAföG (§§ 63, 245 SGB III, § 8 BAföG);
- die Aufhebung der Wohnsitzauflage und der räumlichen Beschränkung.

■ Carmen Guerra ist Projektleiterin des Projekts ProFil: Für Chancengleichheit und Partizipation – Zugang zu Bildung für junge Flüchtlinge des Caritasverbandes für die Diözese Osnabrück e.V.

■ Kontakt:
Carmen Guerra
Fachbereich Migration/Flüchtlinge
Knappsbrink 58
49080 Osnabrück
cguerra@caritas-os.de

Aus: Migration und Integration – Info 3 / Dezember 2011

»PASSTSCHO«

Dr. Thomas Broch

Ein vielschichtiges mit Farben, Worten und Assoziationen spielendes Motiv zeigt das Plakat zur Interkulturellen Woche 2012. Ein roter Pass, das bayerische und inzwischen zum Standardausdruck avancierte Wort »passtscho« an Stelle von »Reisepass«, »Passport«, »Passeport«, »Pasaporte«, »ΔΙΑΒΗΠΙΟ« o. ä., um nur einige Begriffe aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu nennen. Anstelle des Staatswappens ein stilisierter Rosenstrauß. Und darunter das Motto der diesjährigen Kampagne: »Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Ein sehr ernstes Thema wird in einer spielerischen, sympathischen Tonart zum Ausdruck gebracht.

Wem gehört dieser Pass? Darin könnte ein Name einer Bürgerin oder eines Bürgers der EU stehen. Die Farbe des Umschlags weist jedenfalls darauf hin. Dann wäre dieser Mensch hierzulande akzeptiert. Zumindest garantiert ihm das Europäische Recht Freizügigkeit. (Ob alle EU-Bürgerinnen und -bürger bei uns gleichermaßen gern gesehen sind, ist schon eine andere Frage. Die Buchstaben des griechischen Alphabets könnten heutzutage einige Ressentiments auslösen.) Was aber, wenn sich herausstellt, dass der durch diesen Pass Ausgewiesene ein Türke ist oder gar ein Palästinenser, ein Pakistani, ein Mensch aus dem Kongo? Und erst recht: Wenn sich herausstellen sollte, dass versteckt unter vielen Passinhabern Menschen

leben, die gar keine gültigen Papiere besitzen, die unter illegalem Status hier leben, weil sie anders gar keine Möglichkeit hätten, hier irgendwie durchzukommen, und die stets befürchten müssen, bei Nacht und Nebel in ein Land abgeschoben zu werden, in dem ihnen Gefahr an Leib und Leben droht?

Ist es dann nicht ein Wunschtraum, wenn gesagt wird: »Herzlich willkommen – wer immer Du bist«? Ist das nicht Gutmenschenromantik? Ist es nicht so, dass es erwünschte, willkommene Ausländer einerseits und sehr unerwünschte, ganz und gar nicht willkommene andererseits gibt? Und könnte es nicht sein, dass Letzteren anstatt eines Rosenstraußes Misstrauen, Aggression, Abdrängen ins soziale Abseits, Abschiebehaft entgegen gehalten werden?

Ich rede nicht nur von den verabscheuungswürdigen Gewalttaten, für die etwa Namen wie Mölln, Solingen oder die »Zwickauer Zelle« stehen – brennende Wunden der Scham und des Entsetzens für jeden anständigen Menschen in unserer Gesellschaft. Ich rede auch nicht nur von den nicht auszumerkenden menschenverachtenden Pa-



Postkarten- und Plakatmotiv zur Interkulturellen Woche 2012

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.

Plakat DIN A3, A2 und A1:

siehe Bestellformular S. 65

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturelle Woche

Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.

Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de

www.interkulturellewoche.de

rolen (von »Gedankengut« kann man hier beim besten Willen nicht sprechen) der alten und der neuen Nationalfaschisten. Ich rede vielmehr von einer weit in der Gesellschaft verbreiteten – oft sogar kaum bewussten – Abwehr gegenüber allem Fremden und fremden Menschen überhaupt. Ich meine damit, dass häufig Mitmenschen islamischen Glaubens dem Verdacht des Fundamentalismus oder gar des religiös motivierten politischen Fanatismus ausgesetzt sind (den ich ebenso ablehne wie jedweden Fundamentalismus, gleich welcher Färbung). Ich spreche von den strukturellen Ausgrenzungen wie mangelnden Bildungs- und Berufschancen und von dem immer wieder geäußerten Vorwurf, Menschen mit Migrationshintergrund nützten unsere Sozialsysteme aus.

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Ist das wirklich so? Oder sieht mancher nicht eher rot, wenn er mit Fremden konfrontiert ist?

Es gibt viele Gründe für solches Denken und Verhalten. Die Abwehr von Unbekanntem, Fremdem gehört fast zur mentalen Grundausstattung eines Großteils der Menschen. Wie oft mag sich dahinter eine uneingestandene

Angst vor dem Fremden, Befremdlichen, Unbekannten in uns selbst verbergen? Ich glaube auch, eine neue Art von Sozialneid feststellen zu können: nicht »von unten nach oben«, sondern so, dass Angehörige einer oft zunehmend in prekäre Lebenssituationen abgleitenden seitherigen Mittelschicht denen misstrauen, die in gleicher Lage sind oder die sich in einer noch schwierigeren sozialen Lage befinden. Deren rechtmäßige Ansprüche auf Leistungen der Solidargemeinschaft werden dann oft als ungebührlicher Angriff auf die eigene soziale Sicherheit betrachtet. Das trifft dann Langzeitarbeitslose oder Menschen mit Behinderungen oft ebenso wie Migranten. Wobei sich dann Migranten am besten als Projektionsfläche für die eigenen Ängste zu eignen scheinen. Und dann wird schnell deutlich, dass Fremdenfeindlichkeit überall dort beginnt, wo Menschen abgelehnt werden, weil sie anders denken, leben und glauben oder gar, weil sie aus einem anderen Land und Kulturkreis stammen.

Das Plakat ist ebenso wie das Motto zur Interkulturellen Woche 2012 ein ernster Appell, sich auf eine Grundhaltung der Menschlichkeit zu besinnen. Jeder Mensch soll willkommen sein –

nicht »ohne Ansehen der Person«, sondern im Gegenteil so, dass er als Person, in seiner personalen Einmaligkeit und Würde gesehen und geachtet wird. Originell ist die Headline »Passtscho« – ein Wortspiel um den Begriff Pass.

»Passtscho« heißt: es ist in Ordnung so, es ist gut so. Du bist grundsätzlich gut für mich, weil Du ein Mensch bist. »Passtscho« ist ein Begriff eines regionalen Dialekts und steht damit für eine stark ausgeprägte regionale Identität. Ihn hier lesen bedeutet: Der Blick darf über die kleinräumigen Begrenzungen hinaus gehen, regionale Identifizierungen dürfen aufgehen in einer übergreifenden Gemeinsamkeit, deren Identität sich in einem einzigen Wort ausdrückt: Mensch.

■ Dr. Thomas Broch ist Pressesprecher der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

■ Kontakt:
Diözese Rottenburg-Stuttgart
Bischöfliche Pressestelle
Postfach 9
72101 Rottenburg
tbroch@bo.drs.de
www.drs.de

HERZLICH WILLKOMMEN – WER IMMER DU BIST.

ÜBER EPH 2,17-22

OKR Thorsten Leißer

Gnade sei uns von Gott unserem Vater und unserem Bruder Jesus Christus. Amen.

Liebe Schwestern und Brüder,

»Was ist denn in euch gefahren?«

»Seid ihr noch ganz bei Trost? Oder seid ihr vor 20 Jahren stehen geblieben?«

»Wie kann man denn heutzutage mit so etwas noch eine Kampagne machen?«

»Das ist aber kontraproduktiv!«

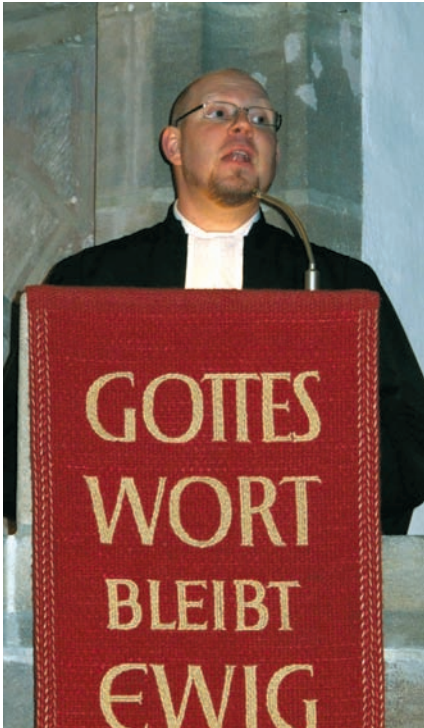
So und so ähnlich waren die Reaktionen auf das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche, wie es der Ökumenische Vorbereitungsausschuss beschlossen hat: »Herzlich Willkommen – wer immer Du bist.« Das atmet auf den ersten Blick tatsächlich sehr den Geist der 70er und 80er Jahre, als die »ausländischen Mitbürger« erfunden wurden, für die man sich ja mal einsetzen sollte.

Damals ging es vor allem um die so genannten Gastarbeiter, die nicht nur zum Arbeiten gekommen waren, und denen die deutsche Mehrheitsgesellschaft im besten Falle freundlich-disanziert gegenüberstand, um ihnen ei-

nen Platz als »Gäste« in diesem unserem Lande zuzuweisen.

Schon damals, Mitte der 70er wurde unsere Initiative gegründet – auch um diesem doch recht gönnerhaften Zugang etwas entgegen zu setzen. Die Interkulturelle Woche stellte unbequeme Fragen nach Integration und Vielfalt lange bevor die Politik zu der Erkenntnis kam, dass Deutschland eben doch ein Einwanderungsland ist. Und das war erst im Jahr 2005!

Warum dann also dieses angestaubte Motto? »Herzlich Willkommen« – das ist doch eigentlich eine Begrüßung für Neuankömmlinge. Aber wer soll hier



OKR Thorsten Leißer

eigentlich herzlich willkommen sein? Die Gastarbeiter von damals? Ein bisschen spät dafür.

Oder ihre Kinder und Enkelkinder, die meist schon in Deutschland geboren sind, hier zur Schule gehen und die sich im Zweifelsfall für den deutschen Pass entscheiden?

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Angesichts von fast 16 Millionen Menschen mit dem berühmt berüchtigten Migrationshintergrund in Deutschland: will man das noch sagen? Kann man das noch sagen?

Ich glaube schon. Denn bei genauerer Betrachtung ist dieses Motto mehr als provokativ. Wer ist heute wirklich willkommen? Wer ist integrativer Bestandteil der Bevölkerung, ausgestattet mit allen Möglichkeiten der Partizipation und Mitgestaltung? Ob kommunales Wahlrecht, Optionspflicht oder Kettenuldungen – die Art, wie mit vielen Menschen in diesem Land umgegangen wird, zeugt nicht gerade von einer ausgeprägten Willkommenskultur. Immer noch nicht!

Auch Flüchtlinge werden knapp gehalten, sie sollen sich nach Möglichkeit gar nicht erst integrieren, wie es die CDU in Hessen gerade wieder öffentlich gefordert hat. Gegessen wird nicht, was auf den Tisch, sondern was vom

Amt kommt – mit Lebensmittelgutscheinen und Residenzpflicht, die ein selbstbestimmtes Leben als Flüchtling in Deutschland ziemlich unmöglich machen.

Dagegen sagen wir für die Interkulturelle Woche 2012: »Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Nicht: »Woher du auch bist.« Es kommt eben nicht auf die Herkunft an, nicht auf die kulturellen, religiösen und sprachlichen Unterschiede, an die sich die Mehrheit unserer Gesellschaft doch schon längst gewöhnt hat. Das »Herzlich willkommen« gilt allen, die hier leben, auch den Einheimischen, Alteingesessenen, Bio-deutschen oder wie man sie auch immer nennen mag.

Alle sind willkommen, denn wir brauchen alle, um an einer menschenfreundlichen, demokratischen Gesellschaft zu bauen.

Wir setzen das diesjährige Motto auch bewusst gegen so manche Stimmen in den Debatten um Einwanderung, die eher sagen: »Herzlich willkommen, wer immer uns nützt.« Die Aufteilung in nützliche und scheinbar »unbrauchbare« Bevölkerungsgruppen, in begehrte Fachkräfte und humanitäre »Altlasten« widerspricht den Grundwerten unserer Gesellschaft und des christlichen Glaubens.

Integration ist eben nicht nur eine Frage von geographischer Herkunft. Integration umfasst auch und gerade diejenigen, die von der gesellschaftlichen Teilhabe abgekoppelt sind. Ob mit Arbeitslosengeld II oder Asylbewerberleistungsgesetz, ob sie wegen einer körperlichen Behinderung oder dunkler Hautfarbe diskriminiert werden.

Das wollen wir mit der Interkulturellen Woche dieses Jahr herausstellen: Wer du auch bist – ob du schon immer hier lebst oder gerade erst gekommen bist, ob du Mann oder Frau bist, ob du tatkräftig bist oder schwach, ob du auf der Flucht bist oder einfach ein besseres Leben suchst, du bist willkommen bei dem Projekt einer offenen und fairen Gesellschaft.

Dieses Projekt ist uns Christinnen und Christen schon lange aufgetragen. Wir haben in der Schriftlesung die Worte

aus dem Epheserbrief gehört: »So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen.«

Klar, diese Zusage gilt in erster Linie für die Gläubigen, die auf den Eckstein Jesus Christus vertrauen. Der hält schließlich das ganze »Projekt« zusammen. Was wäre aber, wenn diese Verheißung nicht nur die Frommen, sondern auch das Gemeinwesen als Ganzes im Blick haben würde? Dann wäre es eine Zumutung, die uns etwas zumutet, etwas zutraut, und zugleich ein Auftrag ist.

Das ist gar nicht so weit hergeholt. Denn alle sind Mitbürger und Hausgenossen, also gleichberechtigte Mitglieder, die vollen Anteil am Leben der Gemeinschaft haben, gleichen Zugang, nicht nur »zum Vater« wie es der Epheserbrief sagt. Nein es geht auch um gleichen Zugang zu den sozialen Errungenschaften einer Gesellschaft. Die Unterscheidung in Einheimische und Fremde wird aufgehoben. Es gehören eben alle dazu: die, »die fern waren« und die, »die nahe waren«.

Dieser (nennen wir ihn »egalitäre«) Ansatz findet sich auch an anderen Stellen in der Bibel. Der Apostel Paulus versteigt sich im Galaterbrief sogar zu der Behauptung, dass hier nun »nicht mehr Jude noch Grieche ist, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus«.

Für Paulus ist klar: Die Wirklichkeit Gottes verändert unsere Realität. Soziale Unterschiede können uns nicht mehr trennen. Unter Glaubensgeschwistern haben die sonstigen Kategorien von Herkunft, Kultur oder Sprache nicht das letzte Wort. Mit anderen Worten: Die Schubladen, in die wir uns und andere immer wieder gerne einsortieren, sie passen nicht mehr angesichts der alle umfassenden Gnade Gottes. Sie sind zu klein geworden für das, was wir Menschlichkeit und Würde nennen.

Gott selbst will, dass alle Menschen gut miteinander leben. Ja, am Ende geht es nicht nur um innerchristliche Harmoniesucht. Die Verheißung einer freien und egalitären Gesellschaft gilt allen Menschen, die gleichermaßen mit einer unveräußerlichen Würde ausgestattet

sind. Und genau diese Würde zu achten und zu schützen, gebietet der erste Artikel des Grundgesetzes.

Was genau darunter zu verstehen ist, darum streiten sich die Juristinnen und Juristen. Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche aber will weiterhin unangenehme Fragen stellen zur Realität gesellschaftlicher Teilhabe und Integration.

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Wir haben dieses Motto bewusst gewählt für das Jahr 2012. In einer Zeit, da das Ausmaß rechtsextremer Gewalt noch immer nur erahnt werden kann. Wo Nazis ihre menschenverachtende Propaganda immer offener und ungenierter verbreiten und dabei neue bürgerliche Wege wählen. Mit Anzug statt Springerstiefel machen sie sich auf in die viel beschworene Mitte der Gesellschaft. Bleibt die Frage:

Sind auch sie willkommen, obwohl sie die Vielfalt bekämpfen und stattdessen die Einfalt propagieren? Da habe ich zumindest meine Schwierigkeiten. Es bleibt ein provokatives Motto ...

Gegen die Abgründe des Hasses und der Ausgrenzung setzen wir mit der Interkulturellen Woche die Offenheit und Vielfalt, wie sie im Laufe der Jahrzehnte schon gesellschaftliche Realität geworden ist. Dabei können wir uns getragen wissen von Gottes Zu-Mutung, dass wir alle »Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen sind«.

Und deshalb gilt es alles: »Herzlich willkommen – wer immer Du bist.«

*Und der Friede Gottes, der all unsere menschliche Vernunft übersteigt, bewahre uns Herzen und Sinne in Christus Jesus.
Amen.*

Die Predigt wurde im Rahmen der bundesweiten Vorbereitungstagung der Interkulturellen Woche 2012 am 10. Februar 2012 in der Kirche St. Martha in Nürnberg gehalten.

■ Oberkirchenrat Thorsten Leißer ist Referent für Menschenrechte und Migration im Kirchenamt der EKD sowie Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Kirchenamt der EKD
Referat Menschenrechte und Migration
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover
thorsten.leisser@ekd.de
www.ekd.de

VORSCHLAG FÜR EINEN ÖKUMENISCHEN GOTTESDIENST IM RAHMEN DER INTERKULTURELLEN WOCHE 2012



Dieser Gottesdienst wurde im Rahmen der bundesweiten Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche am 10. Februar 2012 in der Kirche St. Martha in Nürnberg gehalten. Die Predigt über Eph 2, 17-22 finden Sie auf Seite 39ff dieses Heftes.

Musik

Votum

Wir feiern diesen Gottesdienst im Namen Gottes, des Schöpfers, der uns ins Leben ruft, im Namen Jesu, der uns Gemeinschaft zumutet, und im Namen der heiligen Geistkraft, die uns über Grenzen hinweg trägt.
Amen.

Begrüßung

Lied: Sonne der Gerechtigkeit (EG 262)

Kyrie

dazwischen gesungen: ukrainisches Kyrie Eleison

Barmherziger Gott,
manchmal ist der Weg des Lebens steinig. Manchmal
wünschten wir, wir wären schon angekommen in deiner
Welt, wo nichts die Menschen voneinander trennt.
Manchmal, da ist uns die Gemeinschaft zu anstrengend,
da würden wir uns lieber verkriechen und es uns gemütlich
machen.

Manchmal, da rufen wir: Kyrie eleison.

Gnädiger Gott,
hilflos stehen wir vor dem Hass, der sich unter Menschen
breit machen kann. Hass auf alles, was irgendwie anders
ist. Auf andere Sprachen und Kulturen, andere Religionen.
Wir möchten doch gerne helfen, uns einsetzen für ein
gelingendes Miteinander und wissen doch keinen Rat.
Dann rufen wir: Kyrie eleison.

Barmherziger Gott,
das Leben ist kompliziert. Es fällt uns nicht immer leicht
zu wissen, wer wir sind, woher wir kommen, wohin wir
gehen, wofür es sich zu leben lohnt. Einfache Erklärungen
sind verlockend. Wir wollen aber unseren Fragen mehr
zutrauen als den Lautsprechern, die auf alles eine Antwort
wissen.

Darum rufen wir: Kyrie eleison.

Der allmächtige Gott erbarme sich unser, er nehme aus
unserem Herzen hinweg alle Gleichgültigkeit, Ungerechtig-
keit und Unmenschlichkeit und lasse uns mit zuversicht-
lichem Herzen dieses Abendgebet begehen. Amen.

Gebet

Gott,
du bist uns Grund und Halt.
Bei dir sind wir willkommen, wer immer wir auch sind.
Auch wenn wir manchmal mut- und kraftlos sind,
bei dir können wir erfahren:
Es gibt ein Leben vor dem Tod.
Schritte voll Mut und Zuversicht zu einem gelingenden
Miteinander.
Und so bitten wir dich: Sei nun bei uns in diesem Gottes-
dienst mit deinem guten Wort, damit uns Ohren und
Herzen aufgehen.
Amen.

Lesung: Eph 2,17-22

Vers 19 nach Möglichkeit in verschiedenen Sprachen
vortragen lassen.

Lied: Strahlen brechen viele (EG 268)

Predigt zum Motto »Herzlich willkommen – wer immer
Du bist.« (s. S. 39ff).

Lied: Gott ruft uns Menschen zu: Fangt an zu leben.

1. Gott ruft uns Men-schen zu: Fangt an zu le-ben. Die Zeit ist reif, die Stun-de, sie ist da, neu zu ge-stal-ten, was so nicht wei-ter-gehn kann. Das kann kei-ner al-lein. Ich geh euch vor-an. Ich sag dir: komm, tritt in den Kreis und bleib nicht ab-seits stehn, du bist uns wich-tig, Mensch, le-be-le-be! Komm!

2. Keiner soll glauben, das ist leicht zu machen. Es gibt auch eine Macht, die bringt den Tod, ja, die bringt Einsamkeit, Schmerz, macht traurig und krank. Und gegen diese Macht kämpfen wir an. Ich sag dir, komm, tritt in den Kreis ...

3. Die Macht, die Leben bringt durch deine Gnade, die lädt uns ein, dein neues Volk zu sein, lädt ein, die Liebe zu teilen, zusammenzustehn und Hand in Hand dem Licht entgegenzugehn. Ich sag dir, komm, tritt in den Kreis ...

Gott ruft uns Menschen zu. Text: Ernesto de Barsos Cardoso, Paulo Roberto, Dea Affini; Musik: Tercio & Darlene Junker, Edes Soares; Übersetzung: Fritz Baltruweit; Text- und Musikrechte: bei den Autoren; Rechte für die Übersetzung: tvd-Verlag Düsseldorf

Fürbitten

Gerechter Gott,
du willst, dass die Menschen friedlich und fair miteinander leben. Wir bitten dich für alle, die diskriminiert werden aufgrund ihrer Herkunft oder Sprache, ihres Geschlechts oder sexuellen Orientierung, ihrer religiösen oder kulturellen Prägung. Hilf uns, dafür einzutreten, dass jeder Mensch in unserer Gesellschaft den Platz findet, den er oder sie sich wünscht.

Wir rufen zu dir: »Gott, erhöre uns.«

Sanfter Gott,
du schenkst uns die Fähigkeit, einander anzunehmen. Wir bitten dich für alle, die rausfallen aus dem Gemeinwesen, weil sie alt oder krank sind, arm oder ungebildet, fremd oder fremd gemacht. Hilf ihnen, die nötige Kraft zu finden, dass sie ihr Recht auf Teilhabe immer wieder einfordern und zeigen: wir gehören auch dazu. Wir rufen zu dir: »Gott, erhöre uns.«



Archimandrit Ziliaskopoulos, Pfarrer Krabbe, Bundespräsident der KAB Stein, Pfrin Costabel, Msgr. Arzo und OKR Leißer (v. l. n. r.) beim Gottesdienst in St. Martha.

Foto: Bianca Brohmer

Heiliger Gott,
 du hast uns in Jesus Christus gezeigt, was es bedeutet,
 wenn »dein Wille geschehe«. Wir bitten dich für alle, die
 statt Zusammenhalt Hass predigen, für die Integration nur
 ein Fremdwort ist und Gewalt gegen andere zum Alltag
 gehört. Hilf ihnen mit positiven Gegenerfahrungen ihre
 kruden Ansichten zu hinterfragen und sei bei den Opfern
 der Gewalt, um sie aufzufangen und in deiner Kraft zu
 bergen.
 Wir rufen zu dir: »Gott, erhöre uns.«

Lebendiger Gott,
 du kennst unsere Abgründe und Schwächen und hast uns
 doch angenommen. Wir bitten dich für uns, wenn uns
 mal wieder der Mut sinken will angesichts von Dummheit
 und Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung in
 unserem Land. Wenn wir lieber den Kopf in den Sand
 stecken möchten statt beherzt einzustehen für eine offene
 und bunte Gesellschaft. Hilf uns dann mit frischem Mut
 und neuer Kraft, dein Wort zu beherzigen, das uns alle zu
 deinen Hausgenossen macht.
 Wir rufen zu dir: »Gott, erhöre uns.«

Vater Unser

Lied: Komm, Herr, segne uns (EG 170)

■ Kontakt:
 OKR Thorsten Leißer
 Kirchenamt der EKD
 Herrenhäuser Str. 12
 30419 Hannover
 Thorsten.leisser@ekd.de
 www.ekd.de

Schlussgebet

Öffne uns, Gott, die Augen, dass wir sehen, was die
 Menschen um uns herum am dringendsten brauchen.
 Setze unsere Beine in Bewegung, dass wir zu den Einsamen
 gehen können.

Tue unseren Mund auf, damit wir andere ansprechen und
 ermutigen und denen eine Stimme verleihen, die stumm
 gemacht werden und aufgegeben haben.
 Rühre unser Herz an, dass wir Wärme ausstrahlen für
 Menschen, die nicht weiter wissen.
 Lehre uns die Großzügigkeit, Menschen willkommen
 zu heißen.

Wecke in uns die Verpflichtung zur Fürsorge für die Aus-
 gegrenzten, die Stärkung brauchen.
 Indem wir unsere Angst und unsere Liebe, unsere Kraft
 und unseren Wohlstand teilen, nehmen wir Anteil an deiner
 göttlichen Gegenwart inmitten unserer oft kalten und
 lieblosen Welt. Amen.

Segen

Gott segne uns und behüte uns.
 Gott schütze unser Leben und bewahre unsere Hoffnung.
 Gott, lass dein Angesicht leuchten über uns,
 dass wir leuchten können für andere.
 Gott, erhebe dein Angesicht auf uns und halte uns fest
 im Glauben, dass das Leben lebendiger ist als der Tod.

(Hanne Köhler, in: Heidi Rosenstock/Hanna Köhler (Hgs) Du Gott,
 Freundin der Menschen. Neue Texte und Lieder für Andacht und Gottes-
 dienst, Stuttgart 1991, S. 140.)

Musik

GOTT SIEHT DIE PERSON NICHT AN

ASSOZIATIONEN ZUM MOTTO DER INTERKULTURELLEN WOCHEN 2012

Prof. Dr. Wolfgang Reinbold

1. DAS MOTTO

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.« Das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche ist kühn, und es reizt zum Widerspruch. Soll das etwa besagen, dass Deutschland jeden und jede aufzunehmen hat, der und die gern hier leben möchte? »Das kann ja wohl nicht gemeint sein!«, sagt eine Mehrheit der Deutschen. Herzlich willkommen ist der rechtstreu Zuwanderer, der Deutsch lernt und seinen Lebensunterhalt selbst verdient. Alle anderen sind es nicht.

Auch auf Seiten der Migranten löst das Motto gemischte Gefühle aus. Manche lächeln bitter, wenn sie es hören, so sehr widerspricht es ihren Erfahrungen. Sie haben sich keineswegs herzlich willkommen gefühlt, in Deutschland nicht und noch weniger an den Außengrenzen der Europäischen Union, wo Jahr für Jahr Hunderte sterben.

Das Motto weiß um diese Erwidern, und es stellt sich ihnen kühn und auch ein wenig trotzig entgegen. »Herzlich willkommen! – wer immer Du bist.« Ist das nicht ein schönes Leitwort für die neue, bunte deutsche Gesellschaft? Ja und Nein. Ja, denn es drückt eine Haltung aus, ohne die wir im 21. Jahrhundert kaum zurecht kommen werden. Nein, denn für sich genommen ist es nicht mehrheitsfähig und folglich nicht in der Lage, die multikulturelle Gesellschaft zusammenzuhalten.

Mehrheitsfähig wird das Motto in dem Moment, wo wir es auf die Grundlagen unserer Rechtsordnung beziehen. Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes sagt: »Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.« Das Motto formuliert die Haltung, die es braucht, um dieses Grundrecht im täglichen Miteinander Wirklichkeit werden zu lassen.

»Herzlich willkommen! – wer immer Du bist.«: In Deutschland kommt es nicht an auf das Geschlecht oder die Herkunft oder die Hautfarbe oder die Religion. Sondern es kommt darauf an, sich alltäglich für die Werte der Verfassung einzusetzen. »Unser Staat ist angewiesen darauf, dass die Idee der Menschenwürde, die Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Toleranz gelebt werden. Demokratie braucht Bürger, die sich einmischen, die Verantwortung übernehmen, die Engagement zeigen«, schreibt Bundestagspräsident Norbert Lammert im Geleitwort zur aktuellen Ausgabe des Grundgesetzes. »Das Grundgesetz gibt uns die Freiheit, uns für die humane Gesellschaft, wie wir sie wollen, einzusetzen« – wer immer wir sind.

2. GOTT SIEHT DIE PERSON NICHT AN

Eine der Wurzeln des dritten Artikels ist der biblische Grundsatz, dass Gott »die Person nicht ansieht«, wie Martin Luther die in der Bibel häufig vorkommende Wendung übersetzt hat. Für Gottesdienste, Andachten oder Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche bieten sich folgende Bibeltexte in besonderer Weise an:

Apg 10,34–35

In Cäsarea trifft Petrus den römischen Hauptmann Kornelius. Er erklärt ihm, dass es ihm, dem Juden, eigentlich verboten sei, mit ihm, dem Römer, Umgang zu haben. Doch Gott habe ihm in einer Vision zu verstehen gegeben, dass er »keinen Menschen meiden oder unrein nennen soll« (10,28). Als Kornelius berichtet, wie es ihm ergangen ist, erkennt Petrus, was ihn die Begegnung mit dem fremden Soldaten lehren soll: »Petrus aber tat seinen Mund auf und sprach: Nun erfahre ich in Wahrheit, dass Gott die Person nicht ansieht; sondern in jedem Volk, wer ihn fürchtet und recht tut, der ist ihm angenehm.« (V. 34 - 35).



Foto: Jens Schulze

Prof. Dr. Wolfgang Reinbold

Der vom Verfasser der Apostelgeschichte sorgfältig komponierte Text formuliert kraftvoll eine der Ur-Erfahrungen des im Entstehen begriffenen Christentums. Die Beziehung des Gottes Israels zu den Menschen endet nicht an den Grenzen des Volkes Israel. In Christus ruft Gott Menschen aus allen Völkern und trägt ihnen auf, ihn zu fürchten und nach seinem Wort zu handeln. Dieser Ruf gilt auch dem römischen Hauptmann, der sich im Anschluss sogleich taufen lässt (V. 48).

Die Taufe eines Nichtjuden erscheint uns heute selbstverständlich. Zur Zeit der Entstehung des Neuen Testaments ist sie alles andere als das. Viele bestehen auf der Bedeutung der Herkunft und stellen Bedingungen. Strittig ist insbesondere die Frage, wie sich die Neubürger des »Volkes Gottes« zu verhalten haben. Was genau heißt Gott »fürchten und recht tun« für sie?

Heute steht eine ganz ähnlich gelagerte Frage zur Debatte: Was genau heißt »Deutsch-Sein«? Welche Rolle spielen die Herkunft und die Kultur? Gibt es Sonderbedingungen für Neubürger, für Deutsche mit »Migrationshintergrund«? Heißt Deutschsein »Abend-

land, Heimatabend und Sauerkraut«, wie es Heribert Prantl vor einiger Zeit einmal formuliert hat? Falls nein: Wie könnte eine neue Definition des typisch Deutschen aussehen?

5. Mose 10,17–19

»Der Herr, euer Gott, ist der Gott aller Götter ..., der die Person nicht ansieht und kein Geschenk nimmt und schafft Recht den Waisen und Witwen und hat die Fremdlinge lieb, dass er ihnen Speise und Kleider gibt. Darum sollt ihr auch die Fremdlinge lieben; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland.«

5. Mose 10 kombiniert die Rede vom Nichtansehen der Person mit drei hoch aktuellen Themen. Der Gott Israels steht gegen Korruption, für gleiches Recht für alle und für die tatkräftige Unterstützung der Fremden. Begründet wird das Gebot der Fremdenliebe mit dem Hinweis auf die Erfahrung der Angesprochenen: Sie waren einst selbst Fremde und wissen, wie sich das anfühlt. So ist es auch heute. Wer sich als evangelischer Ostpreuße nach dem Krieg im katholischen Eichsfeld wiederfand oder als katholischer Oberschlesier im protestantischen Niedersachsen, der hat eine Ahnung davon, wie es den Fremden heute ergeht und wie sehr sie ein »Herzlich willkommen!« benötigen.

3. DIE PROPRIEN DES SONNTAGS

Der vorgeschlagene Termin für die Eröffnung der Interkulturellen Woche ist Sonntag, der 23. September 2012. Zwei der im Kirchenjahr für diesen Sonntag vorgesehenen Texte lassen sich zwanglos auf das Motto beziehen:

Evangelischer 16. Sonntag nach Trinitatis:

Epistel des Sonntags ist 2Tim 1,7-10: »Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.«

Wer sich für das Zusammenleben in der multikulturellen Gesellschaft engagiert, wird nicht selten als naiver »Gutmensch« verunglimpft. Wer sich öffentlich äußert, muss damit rechnen, Hass-E-Mails oder böse Briefe zu bekommen, die manchmal auch Drohungen



© Richard von Lenzano/pixelto.de

enthalten. Wer prominent ist und sich öffentlich äußert, kann davon ausgehen, dass er oder sie ins Visier rechtspopulistischer Internetseiten geraten wird und dass sein oder ihr Name demnächst im Register von »Nürnberg 2.0« oder auf der Schwarzen Liste von »politically incorrect« auftauchen wird. All das macht Angst, und das soll es auch.

Eine Predigt über 2.Tim 1 könnte diese Angst und ihre Hintergründe zum Thema machen. Sie könnte ins Zentrum rücken, worauf es im Miteinander ankommt: auf Kraft, Liebe und Besonnenheit. Kraft, gegen die Untätigkeit und gegen das selbstmitleidige »Wie ist doch alles so furchtbar« und »Es hat ja doch keinen Sinn«. Liebe, für ein Miteinander in Achtung und Respekt, ohne Rassismus, Antisemitismus und Fremdenverachtung. Besonnenheit, gegen radikale Lösungen, für realistische Konzepte, die Schritte in die richtige Richtung gehen.

Römisch-katholischer 25. Sonntag im Jahreskreis:

Evangelium des Sonntags ist Mt 20, 1-16, das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg. Der Gutsbesitzer vereinbart mit den Arbeitern einen Tageslohn von einem Denar, gleichgültig ob er sie zur ersten, dritten, sechsten, neunten oder elften Stunde angestellt hat. Daraufhin murren die, die den ganzen Tag gearbeitet haben: »Diese letzten haben nur eine Stunde gearbeitet, und du hast sie uns gleichgestellt; wir aber haben den ganzen Tag über die Last der Arbeit und die Hitze ertragen« (V. 12).

Das Murren der frühen Arbeiter hat Manches gemein mit dem Murren, das die Meinungsumfragen unserer Tage zeigen. Einige sind von Anfang an dabei, Andere kommen später hinzu.

Gleich wann sie hinzu gekommen sind, gelten für sie die selben Rechte: Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit; Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit; Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich; Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

So steht es in den ersten vier Artikeln des Grundgesetzes. Doch die Stimmung ist nicht immer danach. Sollen Muslime das Recht haben, Moscheen zu bauen? Nach einer Umfrage der Universität Münster aus dem Jahr 2010 befürworten das 28,4 Prozent der Westdeutschen und gerade einmal 19,5 Prozent der Ostdeutschen. Eine Predigt über Mt 20 könnte diesem »Murren« unserer Tage einmal nachgehen. Warum reklamieren wir das Recht auf ungestörte Religionsausübung für uns, wollen es Anderen aber vorenthalten? Gilt nicht gleiches Recht für alle? Sind wir womöglich »neidisch, weil« unsere Verfassung »(zu anderen) gütig« ist (Mt 20,15, Einheitsübersetzung)?

■ Prof. Dr. Wolfgang Reinbold ist Beauftragter für Kirche und Islam im Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers.

■ Kontakt:
Prof. Dr. Wolfgang Reinbold
Beauftragter für Kirche und Islam
Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
Haus kirchlicher Dienste
Archivstr. 3
30169 Hannover
reinbold@kirchliche-dienste.de
www.kirchliche-dienste.de/islam

EIN KAMPF WIE DAVID GEGEN GOLIATH

PREDIGT ZUR RÜCKKEHR DER FAMILIE NGUYEN

Pastor Andreas Ruh

Tuong und Sang Nguyen gelten in ihrem niedersächsischen Heimatort Hoya als vorbildlich integriert. Nach 19 Jahren in Deutschland werden sie im November 2011 mit ihren Kindern Esther und André von der Polizei aus dem Schlaf gerissen und nach Vietnam abgeschoben. Die 20-jährige Tochter, die ein Aufenthaltsrecht besitzt, bleibt allein zurück. Im Umfeld der Nguyens ist die Empörung groß: Neben der christlichen Heimatgemeinde der Nguyens und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen setzen sich Kirchen, Verbände, Politiker aller Parteien und zahlreiche andere für eine Rückkehr der Familie ein. Der Fall macht überregional Schlagzeilen, innerhalb weniger Tage wächst der öffentliche Druck so stark, dass der niedersächsische Innenminister Schönemann sich schließlich gezwungen sieht, den Weg für eine Rückkehr der Familie frei zu machen. Drei Monate nach der Abschiebung kann Tochter Ngoc Lan ihre Eltern und Geschwister am Flughafen in die Arme schließen.

»Ein Wunder« meint dazu Andreas Ruh, Pfarrer in der Martin-Luther-Kirche zu Hoya, und stellt gleichzeitig fest, dass das der Familie Nguyen am Ende doch noch gewährte Aufenthaltsrecht eigentlich vielen Flüchtlingsfamilien zugestanden werden müsste. Wir dokumentieren die bewegende und nachdrückliche Predigt von Andreas Ruh im Dankgottesdienst nach der Rückkehr der Familie Nguyen am 9. Februar 2012 in leicht gekürzter Fassung.

Liebe Familie Nguyen, liebe Schwestern und Brüder, Ratgeber, Meinungsmacher und Mitstreiter.

Diese Abschiebung war der Tropfen, der ein Fass zum Überlaufen brachte. Das Maß war voll.

Für Euch, liebe Familie Nguyen, und für uns, die Unterstützer in der Stadt Hoya schon lange, aber auch für die Kirchen, für Teile der Politik, für die Medien, für eine breite Öffentlichkeit.



Foto: Mediengruppe Kreiszeitung / Annika Bänder

Nun sind wir erleichtert nach einer sechs Jahre dauernden Achterbahnfahrt, dem Auf und Ab zwischen Hoffen und Bangen gemeinsam mit Euch, dem Fordern, dem Bitten, dem Verhandeln um ein Bleiberecht, einer Heimat, einem Asyl der Menschlichkeit. Oft seid Ihr, liebe Familie Nguyen, auf diesem langen Weg zurückgeworfen worden, hingefallen, immer wieder aufgestanden und habt nach vorn geschaut. Ein Kampf wie David gegen Goliath. Und Ihr wisst es und ich weiß es: Gott selbst hat Euch die Kraft dazu gegeben und er gab uns, den Begleitern, den Trotz, den Zorn und den Mut. Wir sind gefallen, aber nicht liegen geblieben. Die Anspannung, die Angst, vor allem aber die Verletzung von Würde und Menschenrecht sind uns heute noch gegenwärtig. Und die Tränen, die bei der Begrüßung auf dem Flughafen in Hannover flossen, waren Tränen der Freude aber auch der Erschöpfung und verdrängter Wut, über das, was diese Familie in den letzten Monaten und Jahren mitmachen musste. Nur ein Wunder konnte uns zuletzt noch helfen. Und es ist geschehen. »Wunder« ist ein großes Wort. Ich wechsele dieses Wort in kleine, weltliche Begriffe und dann meint es: das Unvorhergesehene, das, was kaum zu glauben ist, was es bislang nicht gegeben hat, das Über-

raschende. Eine abgeschobene Familie wird aus Vietnam zurückgeholt, das hat es in Niedersachsen so noch nicht gegeben. Ein Wunder, vielleicht deshalb, weil Menschlichkeit so selten über Macht siegt. Doch so erlösend dieses Wunder auch für die Familie war und für uns. Ich möchte eigentlich gerne auf solche Wunder verzichten: Ich möchte, dass ein humanes Bleiberecht nicht ein Wunder ist, sondern das Normale ist, das unter Menschen Übliche, das einem demokratischen und reichen Land wie unserem Angemessene.

Wie kann das sein, dass eine Flüchtlingsfamilie hier jahrelang lebt, sich integriert, Kinder zur Welt bringt, arbeitet, Steuern zahlt, einen deutschen Freundeskreis hat, unbescholten ist, und dann komplett entwurzelt wird?

Wer einen Menschen rettet, der rettet die ganze Menschheit, so lautet ein weiser Satz. Umgekehrt gilt aber auch: Wer einen Menschen unmenschlich behandelt, der berührt die ganze Menschheit, weil hier Lebensrecht und Menschenwürde angetastet werden. Die Menschen sind berührt von eurem Schicksal, weil sie merken: Hier wird eine Familie brutal aus ihrem Lebensmittelpunkt gerissen, ihre Menschenwürde wird berührt durch die Vernichtung

der Lebensgrundlagen, die sich Familie Nguyen hier in Hoya geschaffen hat. Und deshalb schließen sich Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauung zusammen und wehren sich mit Euch. Eine Allianz für euer Bleiberecht quer durch alles, was uns sonst trennt. Weil Ihr uns hier in Hoya wichtig seid und wir wollen, dass Ihr bleibt. Und wenn wir mit Euch gehofft haben, dann immer auch für uns selbst. Wenn wir mit Euch geweint haben, dann immer auch um uns selbst, weil wir uns geschämt haben für unser Land.

In den letzten Wochen kam mir immer wieder eine kleine, selten gepredigte Episode aus dem Neuen Testament in den Sinn. Die lese ich Ihnen vor, sie steht bei Lukas, am Anfang des 18. Kapitels:

Jesus erzählte eine Geschichte, um klar zu machen, wie nötig es ist, dass seine Jünger stets beten und nicht aufgeben sollen: »In einer Stadt lebte ein Richter. Der hatte weder Ehrfurcht vor Gott noch Achtung vor den Menschen. Es lebte aber in der gleichen Stadt eine Witwe. Die kam wieder und wieder zum Richter und forderte ihn auf: »Verschaffe mir Recht gegen meinen Widersacher!« Aber eine lange Zeit wollte er nicht. Dann aber sagte er zu sich selbst: Wenn ich auch Gott nicht fürchte und ein Mensch mich nicht kümmert, ich werde ihr Recht verschaffen, weil diese Witwe mir auf die Nerven geht. Sonst kommt sie noch zu guter Letzt und gibt mir eine Ohrfeige. Da sprach der Herr: Hört zu, was selbst der gewissenlose Richter da sagt! Sollte Gott etwa nicht den Menschen, die ihm wichtig sind, zum Recht verhelfen, wenn sie Tag und Nacht zu ihm rufen?

In dieser kleinen Geschichte treffen sich zwei Menschen, die weit voneinander entfernt sind. Die nichts miteinander zu tun haben. Eine Witwe und ein Richter, der nicht weiß, was Recht ist. Ein Mächtiger, der Recht verweigert, der von Gott und seinen Mitmenschen nichts wissen will, gewissenlos und wertlos, das heißt: »ohne Werte«. Der Schrei nach Gerechtigkeit, das ist der Kern dieser Geschichte.

Das war unsere Lage und das ist die Lage so vieler Flüchtlingsfamilien. Wenn Rechte verweigert werden, so zuerst den Wehrlosen. Ausgeliefert dem

Arm des Gesetzes, doch von Gerechtigkeit keine Spur. Rechtsverweigerung durch staatliche Macht. Das kennen wir: Ein Härtefallersuchen ist nicht möglich, denn der Abschiebetermin steht schon fest. Das ist so absurd, wie zu sagen: Begnadigung ausgeschlossen, denn die Hinrichtung ist schon vorbereitet.

Gegen solche Rechtsverweigerung kämpft die Witwe in der Geschichte Jesu. Dagegen haben wir angekämpft. Neben der Witwe und dem Richter steht in dieser Geschichte Jesu noch ein Dritter: »Verschaffe mir Recht gegen meinen Widersacher!« fordert die Witwe vom Richter. Wer ist dieser Widersacher? Wir wissen es nicht. Er bleibt im Hintergrund. Anonym ist er und mächtig, nicht zu fassen. Er zieht die Fäden. Der Richter spielt ihm in die Hände. Und erst recht, die von ihm abhängig sind, die Behörden, die Polizei, Menschen, die sich immer entscheiden müssen zwischen dem Gewissen, das klopft und ihrem Job, dem Auskommen für ihre Familien.

Übrigens und nur in Klammern: Die Gewissensnöte von Mitarbeitern der Ausländerbehörden und der an der Abschiebung beteiligten Polizisten sind ein eigenes Thema, über das auch geredet werden muss. Was mutet man denen zu?

Das Ende der Geschichte, die Jesus uns erzählt ist jedenfalls durchsichtig für das Ende Eurer Geschichte, Familie Nguyen. Der Richter, die Obrigkeit, gibt nach aus Angst. So denkt sich der Richter in Jesu Geschichte: »Ich werde ihr Recht verschaffen, weil diese Witwe mir auf die Nerven geht. Sonst kommt sie noch zu guter Letzt und gibt mir eine Ohrfeige.« Jesus meint sicher eine handfeste Demütigung, aber Ohrfeigen können auch anders aussehen. Eine Ohrfeige durch die Medien, eine Ohrfeige durch die Wähler. Der Richter jedenfalls gibt nach, doch was sind seine Motive? Unsere, Eure Geschichte wird hier erzählt. Letztendlich ist es die Angst vor der Demütigung, nicht das Gewissen, das der Witwe zum Recht verhilft. Nicht Einsehen, nicht Mitleid, einfach nur Kalkül. War es einfach nur das? Die Frage bleibt offen.

Ich weiß aber eines: Gott ist anders, er fragt nach uns wie Jesus es sagt: »Sollte

Gott etwa nicht den Menschen, die ihm wichtig sind, zum Recht verhelfen, wenn sie Tag und Nacht zu ihm rufen?« Mit der Frage nach der Gerechtigkeit ist also auch Gott auf dem Plan. Nicht nur wir fragen, Gott selbst fragt: Wo bleiben die Grundrechte für Flüchtlinge?

Diese Diskussion muss geführt werden. Ich bin zuversichtlich, sie wird geführt werden, denn Eure Abschiebung war der Schneeball, der eine Lawine ausgelöst hat. Die Unterstützung, die Ihr und wir erfahren haben aus Politik, Kirche und Medien, beruht auf einem breiten Konsens der Werte unserer Gemeinschaft: Gerechtigkeit, Freiheit, Gemeinsinn, Nächstenliebe, Ehrfurcht vor dem Leben. Sie sind das Licht, das der Ausübung staatlicher Gewalt vorangeht und nicht die Schleppe, die sie hinter sich herzieht. Und in den Worten des Glaubens kann ich es noch schärfer sagen:

Wenn wir als Christen solchen Abschiebungen, wie hier in Hoya geschehen, nicht widerstehen, dann liefern wir Christus selbst aus. Für alle, denen solche religiösen Aussagen fremd sind, noch ein eigener Grund zum Widerstand. Die Väter unseres Grundgesetzes haben nach dem Fanal des Dritten Reiches gut überlegt, als sie den ersten Satz der Verfassung geschrieben haben. Sie haben geschrieben: Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie haben nicht geschrieben: Die Würde des deutschen Menschen ist unantastbar. Nein! Die Würde jedes Menschen! Noch ist ein humanes Bleiberecht für Flüchtlinge nicht so sicher wie das »Amen« in der Kirche. Aber wir arbeiten daran. Amen.

■ Pastor Andreas Ruh ist Pastor der Ev.-luth. Kirchengemeinde Hoya.

■ Kontakt: Pfarrbüro
Von-Staffhorst-Straße 7
27318 Hoya
Andreas.Ruh@evlka.de

DER GOTT DER ANDEREN

Dr. Ursula Schoen

Frankfurt-Rödelheim in der Weihnachtszeit: In der Cyriakuskirche, der Kirche auf der Insel, gab es eine Krippenausstellung. Von Taschenformaten bis zu lebensgroßen Figuren, von Papier und Pappe bis zu wertvollen tropischen Hölzern reichte die Bandbreite der dort ausgestellten Kunstwerke. Am meisten überraschte eine Krippe aus Grönland, bei der die heilige Familie in echten Fellen gekleidet war. Die Geburt Jesu ist nicht nur eine stimmungsvolle deutsche Weihnachtsfeier, dies zeigte die Ausstellung, sie wirkt in alle Kontinente und Kulturen hinein und in ihnen weiter. Und so standen in der Cyriakuskirche ein schwarzes Kind in der Krippe neben dem uns vertrauten »holden Knaben« von zarter Blässe und seiner Mutter Maria, der schönen Frau im blauen edel fallenden Mantel.

Jede einzelne dieser Darstellungen vermittelte auf ihre Weise die Botschaft: Unser Gott ist kein ferner Gott! Die Eingangsworte aus dem Johannesevangelium »Und das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns ...« (Joh 1,14) haben sich bewahrheitet. In Jesus Christus hat Gott in dieser Welt menschliche Gestalt angenommen und ist uns nahe gekommen. Er teilt unseren je eigenen Alltag, den der Armen und Schutzlosen – wie an einer aus wenigen Holzstücken roh gebastelten Krippe zum Ausdruck kam – und den Alltag von denen, die tüchtig und tätig sind, wie die provenzalische Dorfgemeinschaft mit unterschiedlichen Berufsgruppen zeigte.

Die Frage, was christlicher Glaube eigentlich ist, und wodurch er ausgedrückt werden kann, lässt sich von den politischen und sozialen Realitäten eines Landes, von den kulturellen Traditionen, die Menschen verbinden, oft nur schwer lösen. Die Kirchen der »Weißen« in Südafrika etwa waren auf Grund der Apartheid lange Zeit von denen der »Schwarzen« streng getrennt. – Ohne das andächtig gesungene Lied



Dr. Ursula Schoen

Foto: Ilona Surrey

»Oh, du fröhliche ...« fehlt Deutschen etwas im Weihnachtsgottesdienst. Ohne Singen, Lachen und Klatschen ist für viele afrikanische Christen ein Gottesdienst wiederum kein überzeugendes Gotteslob.

In der Geschichte der christlichen Mission wurde die Vermittlung des Glaubens mit der Vermittlung westlicher Zivilisation gleichgesetzt. So führten Missionare in den neu gegründeten Gemeinden in Namibia Kleidung europäischen Stils ein, andere verboten die Trommeln im Gottesdienst. Die sogenannten »Missionskirchen«, die jungen Kirchen aus Afrika oder Asien, waren selten auf internationalen ökumenischen Konferenzen vertreten, ihre Pfarrer wurden in Europa ausgebildet und die Gemeinden von Europa aus durch die Missionswerke geleitet. Erst in der Folge des Zweiten Weltkriegs setzte sich langsam die Einsicht durch, dass der christliche Glaube viele Gravitationszentren in der Welt hat, von Basisgemeinden in Südamerika über die Insel Ajona, auf der schottische Mönche leben.

Vielen kennen noch die Zeit, in der der einzige Unterschied zwischen den christlichen Gemeinden in Frankfurt in der Frage des Bekenntnisses lag: römisch-katholisch oder evangelisch? Heute entdecken wir die Vielfalt der christlichen Glaubens- und Lebensformen wieder. Nicht allein die Sprache und Herkunft sind anders. Auch zentrale theologische Fragen, wie die Rolle des Gebetes, die Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder die Frage nach der Existenz des Bösen in der Welt werden sehr unterschiedlich bewertet. Dies löst Ängste vor dem »Fremden« und Ungewohnten in vielen aus. Christlicher Glaube entlässt uns jedoch nicht daraus, die eigenen Lebens- und Glaubensformen zu hinterfragen und ein faires und achtungsvolles Miteinander von Christinnen und Christen in dieser Stadt zu gestalten. So sind wir alle herausgefordert, nach Wegen der Begegnung und des Dialoges zu suchen. Denn Gott ist nicht nur »unser Gott«, sondern immer auch der »Gott der anderen«.

Aus: www.evangelischesfrankfurt.de

■ Dr. Ursula Schoen ist Dekanin im Dekanat Frankfurt-Mitte/Ost.

■ Kontakt: Dekanin Pfarrer Dr. Ursula Schoen us@ev-dekanat-ffm.de

INTERRELIGIÖSES ZUSAMMENLEBEN – HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN AUS KIRCHLICHER SICHT

Werner Höbsch

Die multikulturelle Gesellschaft in Deutschland ist auch eine multireligiöse Gesellschaft. Nicht mehr nur in den Ballungszentren und großen Städten leben heute Menschen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Beheimatung Tür an Tür. Die Förderung eines guten Zusammenlebens und der Begegnung von Menschen unterschiedlicher Religionen ist für die christlichen Kirchen daher ein wichtiger Auftrag. Aber wie kann ein respektvolles Miteinander und eine wertschätzende interreligiöse Begegnung gelingen?

DIE EIGENE HALTUNG

Die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen eines guten interreligiösen Miteinanders ist eine Haltung, die von Respekt und Interesse am Anderen geprägt ist. Wer die Veränderung der Gesellschaft zu einer multikulturellen und multireligiösen ablehnt oder als Bedrohung empfindet, wird den Anderen auch nur als »Problemfall« oder bedrohlich wahrnehmen. Die aus kirchlicher Sicht geforderte Haltung eines Interesses am Anderen ist nicht strategisch begründet. Vielmehr will man wirklich wissen, wie es dem Anderen geht, was und wie er denkt und fühlt, was seine Freuden und Hoffnungen, seine Ängste und Sorgen sind.

Wie ist meine Haltung gegenüber der religiösen Vielfalt? Fühle ich mich verunsichert oder gar bedroht? Ist meine Haltung von einem wirklichen Interesse geprägt?

WAHRNEHMEN DER VIELFALT

Das Interesse am Anderen bezieht sich auch auf seine konkrete Lebenssituation und die Frage, mit wem man im Stadtviertel zusammenlebt. Wie zeigt

sich die multikulturelle und multireligiöse Situation im eigenen Lebensumfeld, in der Stadt oder im Dorf? Vor jeder Aktion steht die Erkundung der vielfältigen Weisen kulturellen und religiösen Lebens vor Ort.

Welche Religionen und religiösen Gemeinschaften sind in unserer Stadt / an unserem Wohnort anzutreffen?

INFORMIEREN

Das Wissen um die Religionen in ihren tragenden Überzeugungen, ihren religiösen Vorzügen in Festen und Feiern sowie ihrer Alltagspraxis ist zum Verstehen des Anderen hilfreich. Der Erwerb von Wissen kann durch geeignete Veröffentlichungen, durch Vorträge oder Seminare und durch Begegnung erfolgen.

Was weiß ich von der Religion und dem Glauben des Anderen?

BEGEGNUNGEN SUCHEN UND FÖRDERN

Erkundung der religiösen Vielfalt sollte sich nicht allein auf das Studium des Stadtplanes beschränken, sondern Wege der Begegnung suchen. Kontaktaufnahme mit Moschee- und Synagogengemeinden dienen der Klärung von Erwartungen sowie der Absprache von Begegnungen. Ziel sollte es sein, Wege zu ebnen und Menschen zu ermutigen, die sich alleine vielleicht keine Begegnungen im interreligiösen Kontext zutrauen.

Welche religiöse Gemeinschaft in meiner Nachbarschaft kenne ich nicht? Wem möchte ich gerne begegnen? Was sind erste Schritte zur Begegnung?

ORTE DER BEGEGNUNG IM ALLTAG

Begegnungen finden oft schon im Alltag statt. Für ein Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft sind solche Begegnungen im Stadtviertel, im Kontext von Kindergärten und Schulen wichtig. Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft wird es sein, Kindergärten und Schulen gezielt als Orte interkulturellen und interreligiösen Lernens zu gestalten. In Kooperation mit Erzieherinnen und Erziehern, mit Lehrerinnen und Lehrern können sie zu Lernorten – nicht nur für Kinder und Jugendliche – gestaltet werden.

An welchen Orten im Alltag begegnen mir Menschen anderer religiöser Beheimatung? Können diese Orte auch zu Orten der Begegnung und des (Kennen-) Lernens werden?

SICH GEGENSEITIG BESUCHEN

Begegnung sollte nicht nur einseitig stattfinden. Oft besuchen Gruppen aus Kirchengemeinden Moscheen am eigenen Wohnort, seltener kommt es zu Gegenbesuchen. Zu einem gelungenen Zusammenleben gehören auch Einladungen in die »eigene Welt«. Darin erweist sich Gastfreundschaft. Solche Besuche sollte man im Vorfeld absprechen und die Modalitäten klären, etwa bezüglich der Bewirtung mit Speisen und Getränken.

Wie können wir uns als Gemeinschaft oder als Einzelne Anderen gegenüber als gastfreundlich erweisen? Wohin können wir einladen? Wie überbringen wir die Einladung und wie bereiten wir uns vor?

GEMEINSAM ESSEN

Das gemeinsame Essen ist ein erfahrbarer Ausdruck guten Zusammenseins. Hier lernt sich die Tischgemeinschaft in einer anderen Weise als bei Besuchen von Gebetsstätten oder Seminaren kennen. Muslime laden Partner oft zum abendlichen Fastenbrechen gegen Ende des Ramadans ein. Eine gute Möglichkeit der Begegnung ist auch ein gemeinsames Essen außerhalb des Ramadans. Dies beginnt bereits mit der gemeinsamen Planung des Ablaufs, eventuell auch des Einkaufs und der Zubereitung. Zu wissen, was dem Anderen schmeckt, aber auch einmal Ungewohntes zu probieren, erweitert den Horizont.

Mit wem könnte ein gemeinsames Essen geplant werden? Wie sehen die Vorbereitungen aus? Wer sollte einbezogen, wer eingeladen werden?

AUFMERKSAMKEIT SCHENKEN

Ein Ausdruck der Aufmerksamkeit ist das Grüßen auf der Straße. Es zeigt, ich nehme Dich wahr und wünsche dir einen guten Tag. Jemanden einen guten Tag wünschen bedeutet, ihn willkommen zu heißen. Grüße werden aber auch zu persönlichen Festen, wie auch zu religiösen Festen ausgetauscht. Grüße an Juden zu ihrem Neujahrsfest, an Muslime zum Ramadan oder Opferfest

und an Christen zu Weihnachten und Ostern sind Zeichen der wohlwollenden Aufmerksamkeit.

Aufmerksamkeit kann allerdings tiefer gehen, wenn sie auch den Freuden und Sorgen des Anderen gilt. Aufmerksamkeit ist keine Technik, sondern eine Haltung.

Begegne ich und begegnet unsere Gemeinschaft den Menschen auch im interreligiösen Bereich mit Aufmerksamkeit? Worin zeigt sich diese?

KOMPETENZ ERWERBEN

In der Gestaltung des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens können unterschiedliche Kompetenzen erworben werden. Dies ist besonders für Verantwortliche in Einrichtungen von Bedeutung, die tagtäglich das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung und unterschiedlicher religiöser Beheimatung gestalten müssen wie zum Beispiel in Kindergärten, Schulen und Jugendzentren. Es ist hilfreich, Fortbildungen zu besuchen oder zu planen, die im interreligiösen Bereich Haltungs-, Wissens- und Handlungskompetenz vermitteln. Aber auch für ehrenamtlich Tätige in Organisationen, Verbänden und Gemeinden kann eine Schulung der interreligiösen und interkulturellen Kompetenz sehr förderlich sein.

Welche Kompetenzen besitze ich bereits? Was möchte ich lernen? Was ist zur Gestaltung des interreligiösen Zusammenlebens vor Ort dienlich?

BEI FEHLSCHLÄGEN NEU BEGINNEN

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Biographie und religiös-weltanschaulicher Verwurzelung wird nicht immer konfliktfrei gelingen. Konflikte und Rückschläge gehören zu den Erfahrungen des Zusammenlebens. Konflikte sind nicht unbedingt negativ, sondern enthalten – im guten Umgang – ein kreatives Lernpotential. Diffamierung, Verleumdung und Hetze dagegen sind Wege zur Polarisierung und zu Gewalt, nicht zur Lösung von Problemen.

Wer in der Gestaltung von Begegnungen und Dialogen scheitert, sollte nach einer Phase der – auch selbstkritischen – Reflexion neu beginnen. Die Tugenden der Beharrlichkeit und der Geduld gehören zum Dialog.

Erleben wir im interreligiösen Zusammenleben und bei Begegnungen Konflikte? Wie gehe ich / gehen wir damit um? Was ermutigt uns in der Gestaltung des Zusammenlebens und der Begegnung?



Foto: Andreas Jütten

Christlich-muslimische Begegnung in der Citykirche Mönchengladbach: »Der Tisch des Dialogs«

■ Werner Höbsch ist Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Werner Höbsch
Erzbistum Köln
Leiter des Referates Dialog und Verkündigung im Erzbistum Köln
An Groß St. Martin 10
50667 Köln
werner.hoebusch@erzbistum-koeln.de

»ICH BIN AUCH EINE MUSLIMA«

Gunhild Seyfert

Ein türkisches Mädchen bekommt eine Panikattacke, als sie mit ihrer Klasse den Dom besichtigt. »Was läuft da falsch?«, fragen sich vier Frauen – und ändern die Welt in Osnabrück.

Es ist ein seltsam faszinierendes und ungewohntes Bild: Eine junge Frau, die ihr Haar und ihren Körper ganz mit schwarzem Tuch bedeckt, steht lächelnd vor einem goldenen christlichen Altar. Im weiten Kirchenraum öffnet sie einladend die Arme. Mit ihrer aufrechten Haltung und ihrer ruhigen Stimme zeigt Dua Zeitun (32), dass sie keine Scheu hat, als Muslima in einer christlichen Kirche zu stehen. Sie ist eine der Frauen, die bei einer christlich-muslimischen Führung Kindern aus Grundschulen in Osnabrück den Dom und eine Moschee zeigen.

Die christlich-muslimischen Dom-Führungen sind ein bislang einzigartiges Projekt. Sie sind der mittlerweile solide fundierte schöpferische Einfall einiger engagierter Frauen im Bistum Osnabrück und die Antwort auf eine Situation, in der zunächst Angst und Abgrenzung herrschten.

Seit Jahren war es ein erklärtes Ziel des Bistums, das religiöse und kulturelle Erbe des spätromanischen St.-Petrus-Doms an Schulklassen zu vermitteln. Aber es gab immer mehr Probleme. Denn in den Grundschulen sind mittlerweile oft ein Drittel der Kinder Muslime. Deren Eltern waren oft misstrauisch, manche verboten ihren Kindern sogar, den Dom zu betreten. Diese Eltern fürchteten um ihre kulturelle Identität. Die Kinder ängstigte und verwirrte dieser Loyalitätskonflikt zwischen Elternhaus und Schule. In der Adventszeit 2008 schließlich brach ein zehnjähriges türkisches Mädchen mitten im Dom in gellendes Schreien aus und beruhigte sich von seiner Panikattacke erst wieder, als es draußen war. Es musste etwas geschehen.

»Wir wussten nicht, was wir tun sollten«, sagt Jessica Löscher, die damals als Studentin der Kunstgeschichte und Pädagogik durch den Dom führte und

die Panikattacke miterlebt hatte. Da gab ihr Jutta Gladen, eine Historikerin des Bistums, die Anregung, zu dieser Frage die Abschlussarbeit ihres Studiums zu schreiben. Nach dem Studium vieler Integrationskonzepte erfand Jessica Löscher die christlich-muslimische Dom-Führung. Löschers praktischer Schlüssel, den Jutta Gladen und die Dialogbeauftragte des Bistums, Regina Wildgruber, konzeptionell auch genau so wollen: Kinder entdecken ihre eigene und die andere Religion, indem sie erleben, was sie miteinander verbindet. Unterschiede werden benannt, aber nicht überbetont. Im Kern wichtig: Das Verbindende ist lebendig und wird verkörpert. Christen und Muslime führen gemeinsam durch ihre Gotteshäuser. Damit zerstreuen sie Berührungängste auf beiden Seiten und öffnen Türen für wirkliche Begegnung.

KEINE SPUR VON ANGST.

Der Wind fegt über den weiten Domhof, in Jeans und mit wehendem langen Haar steht Jessica Löscher (28), mittlerweile Museumspädagogin, zusammen mit der in Schwarz gehüllten Dua Zeitun vor dem Dom. Sie empfangen achtzehn Zweitklässler einer Osnabrücker Grundschule und ihre Lehrerin. Da geht eine dunkelhaarige Siebenjährige auf Dua Zeitun zu. »Ich bin auch Muslima!«, sagt das Mädchen und blickt vertrauensvoll zu ihr auf. Mit einem Lächeln gehen sie Seite an Seite in den Dom, das Mädchen hat keine Spur von Angst. Denn eine erwachsene Frau ihrer eigenen Kultur nimmt sie an der Hand, öffnet ihr die Tür zum fremden Gotteshaus und ebnet ihr den Weg zur Begegnung mit der anderen Religion. »Ich wirke durch Präsenz, bevor ich auch nur ein Wort sage«, sagt Dua Zeitun.

In einer Nische des Doms mit dem alten Taufbecken stehen die Kinder dicht gedrängt. Vier von ihnen sind muslimisch, die anderen vierzehn sind evangelisch, katholisch oder konfessionslos. Ohne Unterschied berühren ihre kleinen Hände das mächtige bronzene Becken und betatschen die drei Löwenfüße, auf denen es steht. Wasser, so er-



Foto: Angela von Brill

Gunhild Seyfert

läutert Jessica Löscher, gebe es im Dom bei der Taufe und am Eingang als Weihwasser. »Wasser gibt es auch in einer Moschee«, ergänzt dazu Dua Zeitun, es werde ähnlich verwendet wie Weihwasser in der Kirche. »Weiß jemand, wo man sich damit berührt?« Da schnellt der kleine Zeigefinger der forschen Azra Adanir hoch: »Hände, Mund, Nase, Gesicht, Arme bis Ellbogen, über die Haare streichen, zuletzt die Füße.« Die Siebenjährige ist stolz, über ihren Glauben sprechen zu können. Dua Zeitun bestätigt sie: »Ja, das ist eine rituelle Waschung, mit der man sich seelisch aufs Gebet vorbereitet.«

Während der gesamten Dom-Führung spielen sich Jessica Löscher und Dua Zeitun gegenseitig die Bälle zu. Die beiden verstehen sich gut und sind wie Freundinnen – das merken die Kinder. Sie dürfen alles fragen, manches berühren und entdecken. Da gibt es vieles, was sie verbindet: Der goldene Altar ist hier genauso nach Osten ausgerichtet wie die Gebetsnische in der Moschee. Die Kanzel im Dom ist mit Schnitzereien reich verziert, eine Kanzel gibt es auch in der Moschee.

SCHOKOWAFFELN FÜR ALLE.

Ortswechsel. In der Nähe des Hauptbahnhofs, direkt am hektischen innerstädtischen Autoring gelegen, ist in einem schlichten grauen Mietshaus die Ibrahim Al-Khalil Moschee untergebracht. Dua Zeitun ist hier Seelsorge-

rin, Sozialarbeiterin und engagiert sich besonders für Mädchen und Frauen. Ihr Vater, der gebürtige Syrer Abdul-Jalil Zeitun, ist der Imam der Gemeinde. Kontakt mit Menschen verschiedener Kulturen und religiöser Prägungen ist für die beiden ein Heimspiel. Denn zu dieser Gemeinde gehören Menschen aus achtzig Nationen – aus den arabischen Ländern genauso wie aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion, Deutsche ebenso wie Asiaten. Die gemeinsame Sprache in der Moschee ist Deutsch.

Der Imam begrüßt die Kinder herzlich, alle ziehen brav ihre Schuhe aus – und ab geht's in den Gebetsraum. Leger setzen sich Jessica Löscher und alle Kinder nach ihrem Fußmarsch auf den weichen Teppich vor der Gebetsnische, einige Schüler legen sich ganz entspannt auf den Bauch. »Was ist eine Moschee?«, fragen Vater und Tochter Zeitun. »Eine Kirche!«, tönt es von den Kindern zurück. Nein, da schütteln die beiden den Kopf, damit sind sie nicht einverstanden. »Ein Gotteshaus!«, schlägt ein Kind vor. »Ja, ein Gotteshaus!« Sie nicken und bekräftigen: »Eine Kirche ist ein Gotteshaus, eine Moschee ist ein Gotteshaus, eine Synagoge ist ein Gotteshaus.«

Die Kinder dürfen sich zusammen in die Gebetsnische drücken; einige wagen sogar, ins Mikrofon zu tönen. Da-

neben steht wohlwollend der Imam und lacht. Als deutlich wird, dass die Kinder für »die fünf Säulen des Islams« an diesem ungewöhnlichen Schulmorgen nicht mehr aufnahmefähig sind, wird das Programm einfach abgekürzt. Alle stürmen eine Treppe höher. Auf einem großen Tisch stehen für sie Saft und Schokowaffeln.

NUR DIE MENSCHEN ZÄHLEN.

In den Schulen wird die außergewöhnliche Führung sorgfältig vor- und nachbereitet. In der Unterrichtseinheit »Was glaubst du denn?« fragen sich die Kinder zunächst getrennt im christlichen und muslimischen Religionsunterricht, was sie bereits wissen und was sie noch wissen wollen über die Gläubigen der anderen Religion. Danach besuchen die muslimischen Kinder den christlichen Religionsunterricht. Jedes Mal zeigt sich dabei, dass die Minderheit sehr viel mehr weiß über den Glauben der Mehrheit und die Kinder aus christlichem Elternhaus vergleichsweise wenig wissen über den Islam.

Nach den Führungen äußern sich die christlichen Kinder über die Moschee sehr erstaunt. Sie hatten sie sich so ganz anders vorgestellt, viel prächtiger und mächtiger, ähnlich wie im Fernsehen oder im Urlaub. Tief beeindruckt sind sie vor allem von den Menschen: Sie

fühlten sich bei ihnen in der Moschee willkommen.

»Man ist mit einem Lächeln, man ist seelisch dabei«, so erlebt Dua Zeitun die christlich-muslimischen Führungen. Die Kinder erleben eine achtsame, von gegenseitigem Respekt geprägte lebendige Begegnung von Menschen verschiedenen Glaubens. »Wir agieren als Vorbild«, ist sich Jessica Löscher bewusst. Jedes Mal erlebt sie, dass bei diesen – vom Bistum finanzierten – Führungen belastende Ängste abgebaut werden und stattdessen bei den Kindern Freude und Wissbegierde aufkommen. Die Kinder sehen und hören es, sie berühren und schmecken es – der Dom und die Moschee sind in ihrer Stadt. Christen und Muslime gehören für sie einfach dazu.

Aus: Publik-Forum, kritisch – christlich – unabhängig, Oberursel, Ausgabe 7/2011

■ Gunhild Seyfert ist Journalistin und Autorin

■ Kontakt:
Gunhild Seyfert
Mercatorstr. 45, 49080 Osnabrück
gunhild.seyfert@t-online.de
www.gunhildseyfert.de

PROJEKT: ENGEL DER KULTUREN – DIE ABRAHAM-SÄULE WÄCHST!



■ Weitere Informationen und Kontakt:
www.engel-der-kulturen.de und

Engel der Kulturen ist ein Kunstprojekt der bildenden Künstler Gregor Merten und Carmen Dietrich. Es übersetzt den von verschiedenen Gruppen der Gesellschaft und Religionsgemeinschaften geführten Dialog in ein klares Bild und regt zum gemeinschaftlichen Handeln an. Das im Mittelpunkt stehende Zeichen, in dessen Innerem sich unbeabsichtigt die Gestalt eines Engels zeigt, wird in Form verschiedener, die interkulturelle Begegnung fördernder Kunstaktionen in die Öffentlichkeit gebracht.

Eine dieser Aktionen ist die feste Verlegung des Zeichens als Bodenintarsie in einer Stadt. Unmittelbar danach wird gemeinsam mit Anwesenden die Intarsie für den nächsten Verlegeort hergestellt. Auf diese Weise werden alle teilnehmenden Städte symbolisch verbunden.

Aus den dabei ebenfalls entstehenden inneren Formen wird durch Stapeln eine Abraham-Säu-

le gebildet, die eines Tages in Jerusalem zur Aufstellung kommen soll. Bereits viele Städte in Deutschland, im Kulturhauptstadtjahr 2010 auch im osteuropäischen Raum bis Istanbul, haben sich an dieser Aktion beteiligt und so anschaulich gemacht, dass gemeinschaftliches Handeln erwünscht und möglich ist. Auf diese Weise formt sich eine soziale Skulptur, die den Wunsch vieler nach Zusammenleben in Gleichberechtigung und friedlicher Verbundenheit zum Ausdruck bringt und fremdenfeindlichen, antisemitischen und islamophoben Tendenzen entgegensteht.

Die Künstler wollen mit den Aktionen rund um den Engel der Kulturen besonders auch junge Leute ansprechen, um anhand dieses klaren Bildes den Themenkreis »Multikulturelles, multireligiöses Zusammenleben in gegenseitiger Toleranz, Achtung und Bereicherung« zu erarbeiten.

GARTEN DER RELIGIONEN IN KÖLN

Anne Phlak

Im Jahr 2011 wurde der ehemalige Klostersgarten im Innenhof des Gebäudes der Stolzestraße 1a, in dem sich seit den 1990er Jahren die Zentrale von IN VIA Köln befindet, zum deutschlandweit ersten Garten der Religionen umgebaut.

Auf einer Fläche von 1.750 qm regen verschiedene kultur- und religionsübergreifende Symbole dazu an, über die eigene Herkunft und den eigenen Glauben nachzudenken. Unabhängig von Kultur und Religion findet hier jeder Mensch Anknüpfungspunkte ans eigene Leben, über die er sich mit Anderen austauschen kann.

Die fünf Plätze der Weltreligionen – des Judentums, des Christentums und des Islams, des Hinduismus und des Buddhismus – laden dazu ein, Fremdes kennenzulernen und auf sich wirken zu lassen, um schließlich auf dem Platz des Dialogs miteinander ins Gespräch zu kommen. Wege verbinden die einzelnen Plätze.

Mit dem Garten der Religionen möchte IN VIA Köln den Dialog zwischen den Menschen unterschiedlicher Religionen fördern und umsetzen, um das alltägliche Zusammenleben im Sinne gegenseitigen und nachhaltigen Res-



Foto: Hartmuth Schütt

Garten der Religionen

pekts zu verbessern. Aus seinem christlichen Selbstverständnis heraus möchte der Verband dazu beitragen, Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung konkret zu gestalten.

Jede und jeder ist herzlich eingeladen, alleine oder gemeinsam mit Anderen, den Garten der Religionen zu entdecken, sich durch ihn inspirieren zu lassen und Wege zum Anderen zu entdecken und einzuschlagen.

■ Kontakt:
Anne Phlak
IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit Köln e.V.
Stabstelle Interreligiöser Dialog
Stolzestraße 1a, 50674 Köln
Anne.phlak@invia-koeln.de

■ Weitere Informationen:
www.garten-der-religionen-koeln.de

OURY JALLOH: BÜRGERINITIATIVE FÜR RECHTSSTAATLICHKEIT

Svenja May

Die »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.« setzt sich für die Aufklärung des Feuertodes eines Asylsuchenden in einer Dessauer Polizeizelle ein und konfrontiert durch ihre Aktionen die Öffentlichkeit mit der in Polizei und Justiz häufig fehlenden Sensibilität für Rassismus, der sich gegen schwarze Menschen richtet. Ihr Engagement und ihre unermüdliche Forderung nach einem

rechtsstaatlichen Prozess und lückenloser Aufklärung im Fall Oury Jalloh macht sie zu einem Vorreiter in Sachen Zivilcourage und Bürgerengagement.

Im Falle des tragischen Todes von Oury Jalloh, der in einer Dessauer Polizeizelle vor sieben Jahren bei lebendigem Leib verbrannte, tritt die »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh« seit Beginn der Ermittlungen mit Nachdruck für ei-

nen rechtsstaatlichen Prozess ein. Von Anfang an war sie eine treibende Kraft für die Aufklärung der Geschehnisse.

Denn nach wie vor sind die genauen Umstände des Todesfalls ungeklärt. Die Zeugen schweigen oder verstricken sich in Widersprüchen und die Richter erwecken seit Prozessbeginn den Eindruck, als hätten sie nur bedingtes Interesse, die Todesumstände zu klären.



Demonstration anlässlich des siebten Todestages Jallohs am 7.1.2012 in Dessau

Ohne den beharrlichen Einsatz der Bürgerinitiative wäre das Verfahren vermutlich frühzeitig eingestellt worden.

Unmittelbar nach dem schnellen Urteil der Staatsanwaltschaft, dass es keine Zweifel an einem Selbstmord Jallohs gäbe, setzten sich ca. 45 Freunde und Bekannte des Opfers zusammen und beschlossen, diesen Fall nicht so stehen zu lassen. Aus der Zusammenkunft ist die »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh« entstanden. Durch Mahnwachen und Demonstrationen lenkten die Aktivisten in den folgenden Jahren die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Fall. Die meisten der ursprünglichen Mitglieder hatten, genau wie der Tote selbst, in Deutschland Asyl beantragt. Sie sind inzwischen fast ausnahmslos abgeschoben worden. Die Initiative besteht nach wie vor und ist inzwischen auf über 300 Aktive bundesweit angewachsen, wie Mouctar Bah, einer der Initiatoren der Protestbewegung, berichtet. Mitstreiter sind heute Menschen unterschiedlichster Herkunft und mit ganz unterschiedlichem Aufenthaltsstatus, die dezentral in lokalen Gruppen organisiert sind.

Mouctar Bah und seine Mitstreiter fordern eine lückenlose Aufklärung der mysteriösen Umstände, unter denen Oury Jalloh in Polizeigewahrsam ums Leben kam. Indem sie durch Infoveranstaltungen, Demonstrationen und durch eine kritische Prozessbegleitung die Öffentlichkeit auf diesen Fall aufmerksam machen, erhöhen sie gleichzeitig den Druck auf die Behörden, eine korrekte Aufarbeitung zu ermöglichen. Die »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh« arbeitet eng mit verschiedenen antifaschistischen und antirassistischen Gruppen, sowie mit der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland zusammen. Neben der Öffentlichkeitsmobilisierung ist es den Menschenrechtsaktivisten gelungen, maßgeblich auf den Prozessverlauf Einfluss zu nehmen. Sie sammelten unter anderem Geld für eine zweite Obduktion, die neue Erkenntnisse ans Licht brachte, und suchten die Familie des Verstorbenen in Guinea auf, damit diese als Nebenkläger auftreten konnte. Die ehrenamtlich organisierte Initiative finanziert ihre Aktionen hauptsächlich durch bundesweite Solidaritätsveranstaltungen und Privatspenden. Für sein ausdauerndes Engagement in diesem Fall wurde Initiator Bah 2009 stellvertretend für die Initiative von der Internationalen Liga für Menschenrechte mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille geehrt.

Trotz der großen Unterstützung, die die Initiative erfuhr, gab es vor allem in der Heimat der Initiatoren, Dessau, immer wieder Anfeindungen, die in engem Zusammenhang mit ihrem Engagement im Fall Oury Jalloh stehen. Mehrfach wurde Mouctar Bah von Neonazis zusammengeschlagen. Sein Telefonladen, der anfänglich als Treffpunkt der Aktivisten diente, wurde mit Hakenkreuzen beschmiert. Wenige Dessauer Bürger unterstützen die Aktionen der Initiative oder setzen sich gegen den vorherrschenden Rassismus zur Wehr, erzählt Bah. Auch von Seiten der Polizei fühlen sich die Aktivisten immer wieder Schikanen ausgesetzt. So wurde beispielsweise Bahs Anzeige gegen seine Angreifer fallen gelassen, während er selber sich vor Gericht wegen Körperverletzung verantworten musste, weil er sich gegen die Neonazis gewehrt hatte. Trotz aller Widrigkeiten lässt sich die Initiative nicht entmutigen und will weitermachen, bis ihre Forderungen erhört werden: Aufklärung, Entschädigung und Gerechtigkeit im Fall Oury Jalloh.

■ Kontakt:

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.
 initiative-ouryjalloh@so36.net
 New Yorck im Bethanien – Südfügel –
 Mariannenplatz 2A
 10997 Berlin-Kreuzberg

DAS PATENSCHAFTSMODELL IN OFFENBACH (PMO)

Pfarrerin Anja Harzke

»Das Patenschaftsmodell in Offenbach ist etwas ganz Besonderes. Es hilft Jugendlichen sehr konkret und effektiv«, so Fanni Mülöt, Rektorin der Geschwister-Scholl-Schule bei der Verleihung des Integrationspreises der Stadt Offenbach im Juni 2011. Sie betonte, wie wichtig es für die Schülerinnen und Schüler ist, einen ganz persönlichen Wegbegleiter zu haben, der an sie glaubt. Die Pröpstin von Rhein-Main, Gabriele Scherle hob in ihrer Laudatio den Vorbildcharakter des Projektes, von dem sowohl die Jugendlichen wie auch die Paten profitieren, hervor.

Das PMO wurde 2004 von Anja Harzke, Pfarrerin für Gesellschaftliche Verantwortung im Ev. Dekanat Offenbach und von Jörg Meyer vom Jugendamt der Stadt Offenbach auf Anregung des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung gegründet. Die einfache Idee: ehrenamtliche Patinnen und Paten sollen jugendlichen Hauptschülern bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz helfen. Denn in Gesprächen mit den Schulleitern der Offenbacher Hauptschulen stellte sich heraus, dass an man-

chen Schulen kein einziger Schulabgänger einen Ausbildungsplatz fand. Besonders die Probleme mit der deutschen Sprache waren häufig hinderlich.

Zu Beginn engagierten sich drei Paten. Mittlerweile begleiten 40 Patinnen und Paten jährlich ca. 40 Schüler und Schülerinnen in den achten und neunten Klassen an drei Hauptschulen.

Im Jahr 2011 konnten 70,2 Prozent der PMO Absolventen eine Ausbildung beginnen oder schafften den Schritt in eine weiterführende schulische Qualifizierung. Die Bürgerstiftung Offenbach und die Deutsche Bank verliehen neun Schülern, die einen Realschulabschluss anstreben, im Herbst 2011 dafür Stipendien. Neben einer monatlichen finanziellen Zuwendung erhielten die Jugendlichen auch einen Laptop.

Patinnen und Paten können eine Fallsupervision, Fachvorträge oder eine Fortbildung in Interkultureller Kompetenz in Anspruch nehmen. Ein Patenstammtisch dient dem gemeinsamen Austausch. Jugendliche erhalten zwei Mal pro Woche kostenlos Nachhilfe.

Auch Hockey- und Kletterworkshops sowie Theater-, Hip-Hop- und Percussionworkshops werden gerne angenommen.

Eine große Hilfe für das Patenschaftsprojekt ist das personelle und finanzielle Engagement von namhaften Wirtschaftsunternehmen.

Darüber hinaus werden Mittel über Fundraising, aus Stiftungen und Spenden eingeworben.

Das langjährige Engagement für Schülerinnen und Schüler, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, wurde auch vom Hessischen Sozialministerium honoriert. Im Dezember erhielt das Offenbacher Patenschaftsmodell die Landesauszeichnung »Soziales Bürgerengagement 2011«.



Foto: PMO

■ Kontakt:

Jörg Meyer
Jugendberatung / Projekte Jugendamt
Stadt Offenbach
KJK Sandgasse
Joerg.meyer@jugendamt-of.de

Anja Harzke
Pfrin für Gesellschaftliche Verantwortung
Evangelisches Dekanat Offenbach
Ludo-Mayer-Str. 1
63065 Offenbach
anjaharzke@gmx.de

www.patenschaftsmodell-of.de

AUF DEN SPUREN VON VERFOLGUNG, WIDERSTAND UND EINWANDERUNG RUND UM DIE ORANIENSTRASSE

DEUTSCH-TÜRKISCHE KREUZBERGERINNEN FÜHREN DURCH IHREN KIEZ

Jutta Weduwen

»Meine Mutter hatte eine Wohnung im elften Stock. Wenn wir von den Fenstern vorne zu den Fenstern nach hinten liefen, konnten wir an Silvester die Feuerwerke der ganzen Stadt beobachten.« Seit achtzehn Jahren lebt die 35-jährige Cahide Muvafik selbst mit ihrem Mann und ihren beiden Töchtern im Zentrum Kreuzberg, einem Hochhauskomplex am Kottbusser Tor. Die Gegend wurde vom Senat als Quartier mit besonderem Entwicklungsbedarf eingestuft. Aber Cahide Muvafik lebt gerne hier: »Die Nachbarschaft und der Zusammenhalt sind großartig. Irgendwann habe ich begonnen, meine Kinder an Ramadan mit Süßigkeiten zu den Nachbarn zu schicken. Heute bekommen wir im Gegenzug von der deutschen Nachbarin etwas zu Ostern«.

Cahide Muvafik lebt in der zweiten Generation in Berlin, ihre Eltern kamen Ende der sechziger Jahre im Rahmen des Anwerbeabkommens aus der Türkei. Sie hat verschiedene Ausbildungen und Qualifizierungen im sozialen und administrativen Bereich abgeschlossen und holt momentan ihren Mittleren Schulabschluss nach.

Vor zwei Jahren ließ sich Cahide Muvafik vom Diakonischen Werk in Kreuzberg zur Stadtteilmutter ausbilden. Sie berät Familien mit türkischem Hintergrund in Erziehungs- und Bildungsfragen. Im Rahmen dieser Ausbildung nahm sie an einem Seminar zur nationalsozialistischen Geschichte von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste teil. In dieser Seminarreihe wurde schnell deutlich, dass die teilnehmenden Stadtteilmütter mit ihren Migrationsbiografien selber sehr viel zu erzählen und weiterzugeben haben. So entstand bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste die Idee, mit sechs deutsch-türkischen Kreuzbergerinnen eine Führung durch ihre Nachbarschaft zu entwickeln. Dabei sollte es zum einen darum gehen, dass die Frauen sich his-

torische Daten aneignen, die für die Vermittlung der Geschichte Kreuzbergs interessant sind. Zum anderen sollten aber Geschichten der Frauen selbst hervor geholt werden, die sie mit ihrem Stadtteil verbinden.

Die Entwicklung der Führungen ist nun abgeschlossen, sie werden in Kooperation mit dem Kreuzbergmuseum angeboten. Neben Cahide Muvafik sind Yasemin Bülbül, Yildiz Aydin, Kübra Karatafl, Meral Baldede und Tu ba fiahan mit dabei. Sie berichten von den Anfängen der Migration in Kreuzberg, von migrantischer Selbstbestimmung, von der jüdischen Familie Arndt, die in einem Fabrikversteck überlebte, von der ersten Leiser-Schuhfiliale, die zur Nazizeit arisiert wurde, von besetzten Häusern in der Adalbertstraße und vom Bau der neuen Moschee am Görlicher Bahnhof.

Die individuellen Bezüge der Führungen sind so vielfältig wie die Biografien der Frauen. Die 19-jährige Abiturientin Kübra Karatafl erzählt vom Club SO36, den sie mit ihren Freunden häufig besucht, während Yasemin Bülbül

vor dem Nussgeschäft Smyrna verweilt, und berichtet, dass ihre Klassenkameraden sich früher über sie lustig gemacht hätten, wenn sie nach einer Türkeireise Sonnenblumenkerne gegessen hätte. Die Klassenkameraden kannten das nur als Vogelfutter. Yildiz Aydin hingegen erinnert sich, dass ihr Vater am 1. Mai 1987 aufgeregt nach Hause kam. Nach seinem Besuch der Moschee in der Wiener Straße hatte er gesehen, wie der Bolle-Supermarkt bei der 1. Mai-Demonstration geplündert wurde. Der Supermarkt brannte nieder. An seiner Stelle steht heute die neu erbaute große Umar Ibn Al-Khattab-Moschee.

Cahide Muvafik erzählt beim Zentrum Kreuzberg, ihrem Wohnort, von den 36-Boys, einer Gang, der in den achtziger und neunziger Jahren überwiegend türkischstämmige Jungen vom Kottbusser Tor angehörten. Die Gang wurde inzwischen aufgelöst, einige von ihnen machten später Straßensozialarbeit, einige andere entwickelten eine angesagte Design-Marke für Kleidung, die den 36-Boys-Schriftzug trägt.



Cahide Muvafik führt durch den Kiez

Foto: Kamila Zimmermann

Der 36-Boys-Laden, der sich zwischen den Eingängen der sanierungsbedürftigen Hochhäuser befindet, steht auch für den Wandel dieses Viertels. Was als Rebellion gegen Perspektivlosigkeit und Diskriminierung begann, endete für einige mit einem Modeladen, der über die Grenzen Kreuzbergs bekannt ist. Der Wandel bezieht sich nicht nur darauf, dass Kreuzberg für Studenten, Designer, Galeristen und junge Familien zunehmend attraktiv wird, sondern dass auch die Migranten in der zweiten und dritten Generation ihr Stadtviertel verändern. Shermin Langhoff, die Intendantin des Kreuzberger Theaters Ballhaus Naunynstraße, führte 2009 in

einem taz-Interview den Begriff postmigrantisch ein: »Es scheint mir einleuchtend, dass wir die Geschichten der zweiten und dritten Generation anders bezeichnen. Die stehen im Kontext der Migration, werden aber von denen erzählt, die selber gar nicht mehr gewandert sind. Eben postmigrantisch«.

Yildiz Aydin sagt, dass sich ihren drei Kindern heute in Kreuzberg bessere Möglichkeiten innerhalb und außerhalb der Schulen böten als ihnen selbst: »Wir hatten die Höfe, die Straße und viele Nachbarn, die uns alles verbieten wollten«.

■ Jutta Weduwen ist Referentin im Projektbereich Interkulturalität bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
weduwen@asf-ev.de

■ Weitere Infos zu den Führungen:
www.asf-ev.de
Suchbegriff: Kreuzbergführungen

■ Buchungen über das Kreuzbergmuseum:
info@kreuzbergmuseum.de
Tel.: 030 / 50 58 52 33

ANSPRECHPARTNER FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT: BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ – GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) unterstützt das zivilgesellschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für ein demokratisches und tolerantes Deutschland einsetzen. Es ist zentraler Ansprechpartner und Impulsgeber auf staatlicher Ebene.



Gegründet wurde das BfDT am 23. Mai 2000, dem Tag des Grundgesetzes, von den Bundesministerien des Innern und der Justiz. Die Motivation dazu bestand darin, zivilgesellschaftlich aktiven Initiativen von Vereinen und Verbänden sowie Einzelpersonen einen staatlichen Ansprechpartner und Unterstützer an die Seite zu stellen. Das BfDT sammelt, koordiniert und vernetzt zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen. Dabei arbeitet es stets dezentral mit großen und kleinen Kooperationspartnern zusammen. Des Weiteren besteht seine Aufgabe darin, zivilgesellschaftliches Engagement bekannt zu machen und die Vernetzung untereinander zu fördern. Dies erreicht es durch Publikationen und öffentliche Veranstaltungen wie Preisverleihungen und Tagungen.

Mit der Veröffentlichung erfolgreicher Projekte verfolgt es den Best-Practice-Gedanken: Was einmal Erfolg hatte, kann auch ein weiteres Mal Erfolg haben, und das vielleicht auch an anderen Orten. Gute Projekte und Initiativen sollen zum Nachmachen und Abgucken animieren. Es liegt im Interesse

des BfDT, dass innovative Ideen und Erfahrungen weitergegeben werden und sich somit ihre positive Wirkung vergrößern kann.

Ebenso entscheidend für die erfolgreiche Arbeit ist, dass das Bündnis versucht, Menschen verschiedener Herkunft, aus verschiedenen Fachbereichen mit unterschiedlichen Sichtweisen und Erfahrungen zusammenzubringen. Diese Bündelung von Wissen und Ideen ermöglicht es, eine große Bandbreite an Veranstaltungen, Begegnungen und Lösungen anzubieten. Dieses Konzept spiegelt sich auch bei der Zusammensetzung des BfDT-Beirats wider. Dieser setzt sich momentan aus 19 Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft sowie aus Mitgliedern aller Bundestagsfraktionen und der Gründungsministerien zusammen. Er ist für das Festlegen der inhaltlichen Schwerpunkte des Bündnisses zuständig und tritt mindestens viermal im Jahr zusammen. Zu Beginn des Jahres 2011 wurde die Geschäftsstelle des BfDT organisatorisch an die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) angebunden.

Der Hauptsitz des BfDT ist in Berlin. Hier finden Planung und Koordination der täglichen Arbeit statt. Dabei sind die Themen in sechs Bereiche aufgeteilt: Demokratie, Toleranz, Extremismus, Gewaltprävention, Antisemitismus und Integration. In diesen können alle, die sich aktiv für die Zivilgesellschaft einsetzen, mit Unterstützung rechnen.

Informationen und Kontaktmöglichkeiten sind auf unserer Homepage zu finden: www.buendnis-toleranz.de

Im Folgenden werden fünf Projekte vorgestellt, die sich durch ihren Einsatz und ihren Erfolg besonders für Demokratie und Toleranz auszeichnen. Sie wurden im Rahmen des vom BfDT ins Leben gerufenen Wettbewerbs »Aktiv für Demokratie und Toleranz« ausgezeichnet. Dieser Wettbewerb wird seit dem Jahr 2001 jährlich durchgeführt. Er ehrt zivilgesellschaftliche Projekte aus ganz Deutschland und verschafft diesen bei öffentlichen Preisverleihungen eine breite Resonanz. Die hier vorgestellten Projekte sollen Mut und Lust zum Nachahmen machen.

DÜRENER INITIATIVE »FUSSBALLVEREINE GEGEN RECHTS«



■ Im Jahre 2002 gründete Jo Ecker nach Übergriffen von Rechtsradikalen auf die von ihm trainierte Junioren-Mannschaft die Initiative »Fussballvereine gegen RECHTS«. Die Initiative hat es sich zur Aufgabe gemacht, gerade im Amateurfußball mit gezielten Aktionen auf die wachsende Gefahr von Rechts im Fußball aufmerksam zu machen. Aktionen wie »4 Schrauben für Zivilcourage«, bei der die Initiative jedem interessierten Verein ein kostenloses, wetterfestes Schild mit der Aufschrift »Kein Platz für Rassismus und Gewalt« zur Anbringung an ihrem Clubgelände zur Verfügung stellt oder die Aktion »Mannschaftsfoto gegen RECHTS«, bei der vor Spielen beide Mannschaften sich hinter das Transparent »gegen Rechtsextremismus und Gewalt« stellen und vor allen Zuschauern zum Ausdruck bringen, dass Rassismus keine Chance bei allen Spielern hat, werden zur Zeit von vielen Vereinen genutzt. Bei Junioren- und Seniorenturnieren ist die Initiative vor Ort und geht ins Gespräch mit Spielern, Trainern und Zuschauern. Neueste Aktion ist die Auszeichnung »Integration durch Tore« bei der die Initiative zweimal im Jahr eine Person oder ein Verein aus Düren, die oder der sich durch besondere Verdienste gegen Rechtsextremismus oder für Integration eingesetzt hat, würdigt. 2008 wurde die Initiative mit dem »Julius-Hirsch-Preis« des DFB ausgezeichnet und war schon zweimal Preisträger des »Bündnisses für Demokratie und Toleranz«.

■ Weitere Informationen unter: www.fussballvereine-gegen-rechts.de und auf facebook.

REFUGIO MÜNCHEN, PROJEKT »WELCOME«



■ Das Projekt »Welcome« von REFUGIO mobilisiert und koordiniert bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge in München. Es handelt sich dabei um Personen, die bei REFUGIO in Beratung und Therapie auf Grund ihrer schwierigen Lebenssituation sind.

Seit 2008 haben sich weit über hundert Mentorinnen und Mentoren für »Welcome« engagiert. Einige von ihnen haben selbst einen Migrationshintergrund, andere sammelten Erfahrungen durch eigene Auslandsaufenthalte. Alle haben Interesse an einem Engagement für Menschen aus unterschiedlichen Kulturen.

Hinter dem »Welcome«-Projekt steht der Gedanke, dass Flüchtlingsfamilien in der besonders schwierigen Zeit nach der Ankunft im Exil durch Einheimische bei der Integration unterstützt werden. Die Begleitung betrifft Situationen im Alltag, Besuche beim Arzt, Behördengänge oder die erste Orientierung in München und Umgebung. Zudem werden schulische Förderung und gemeinsame Freizeitmöglichkeiten angeboten.

Wichtig dabei ist das gegenseitige Lernen. In einer gleichberechtigten Partnerschaft geben die Mentorinnen und Mentoren ihr Wissen und ihre Erfahrungen über das Leben in Deutschland weiter. Im Gegenzug erfahren sie selbst viel über fremde Kulturen und sehen möglicherweise ihr eigenes Land mit anderen Augen.

■ Weitere Informationen unter: www.refugio-muenchen.de/include-html/welcome.htm

BILDUNGSSTÄTTE FÜR JÜDISCHE GESCHICHTE UND KULTUR SACHSEN E.V. / HATIKVA E.V., PROJEKT »AUSGANGSPUNKT«



■ Mit dem Projekt »Ausgangspunkt« unterstützt HATIKVA die Integration von jüdischen Migrantinnen und Migranten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Dabei spielen das Sichtbarwerden der Biografien und die Möglichkeiten zum Einbringen der eigenen spezifischen Fähigkeiten eine entscheidende Rolle. Der Verein sieht seine Aufgabe nicht in erster Linie in einem Beratungsangebot, sondern im Schaffen praktischer Ansatzpunkte für das eigene Wirken der Migrantinnen und Migranten in die Mehrheitsgesellschaft hinein. Meist arbeitet HATIKVA mit den Partnerorganisationen zusammen, besonders mit der Jüdischen Gemeinde zu Dresden und mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden. Viele Veranstaltungen dienen dazu, die Biografien der jüdischen Migrantinnen und Migranten in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, im Moment u.a. durch das Interviewprojekt »Pegischa – Obschtschenie – Begegnung«. Mit Hilfe der staatlichen und kommunalen Fördermöglichkeiten konnten in einzelnen Fällen auch Arbeitsplätze, speziell für ältere Migrantinnen, geschaffen werden. So vervollkommneten bereits

mehrfach Frauen mit guten Deutschkenntnissen ihre Sprechfertigkeiten in unserer Bibliothek, da die Bibliotheksarbeit den Wortschatz sehr schnell erweitert, die Verbindung zwischen gesprochener und geschriebener Sprache fördert und im Kundenkontakt Hemmungen abbauen hilft.

■ Weitere Informationen unter: www.hatikva.de

DIAMANT – SOZIALER INTEGRATIONSVEREIN FÜR ZUWANDERER DES LANDKREISES BARNIM E. V., PROJEKT »KULTUR – INTEGRATION – SOZIAL. ANTIDISKRIMINIERUNGS-BERATUNGSZENTRUM«

■ Seit 2001 betreut der Verein »Diamant« Menschen verschiedener Religionen und Kulturen. Einen besonderen Schwerpunkt stellt die Unterstützung von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern aus Russland dar. Der Verein gibt den Zugewanderten Orientierungshilfen in der deutschen Gesellschaft und versucht gleichzeitig die oft noch von autoritären Strukturen ihrer Herkunftsländer geprägten Zugewanderten für ein von Demokratie und Toleranz geprägtes Zusammenleben zu gewinnen. Ein Kinder- und Jugendclub, eine Mädchen-Selbsthilfegruppe, Kreativworkshops, Kunstunterricht, sowie weitere Projekte zur sozialen Integration unterstützen das Ankommen.



Das Projekt »Kultur – Integration – Sozial. Antidiskriminierungs-Beratungszentrum« bietet Migrantinnen und Migranten nicht nur eine psychologische Betreuung, sondern sie erhalten auch Unterstützung in Fragen des deutschen Migrationsrechts und bei Fällen von Diskriminierung. Die Beratungsangebote richten sich auch an spezielle Gruppen wie Frauen oder Menschen mit Behinderungen und deren Familien. Ergänzend wirken integrationsbegleitende Maßnahmen wie Deutschkurse, kulturelle, soziale Bildungs- und Freizeitangebote, z. B. »Deutschland – mein neues Haus«, Seminare und Begegnungsveranstaltungen. Der Verein begleitet die Migrantinnen und Migranten auch zum Arzt, zum Krankenhaus und zu Ämtern und unterstützt Projekte gegen Antisemitismus, Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit.

■ Weitere Informationen unter:
www.migranten-in-brandenburg.de/de/wir-ueber-uns/mitglieder-mir/122.html

VEREIN MITEINANDER LEBEN E.V., PROJEKT »OPEN MIND – MÖLLNER JUGENDBILDUNGSPROJEKT«

■ Der Verein Miteinander Leben e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, das Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern in der Region zu verbessern, Aufklärungsarbeit gegenüber rechtsextremistischen Auswüchsen in unserer Gesellschaft zu betreiben und vor allem jungen Menschen mit verschiedenen Bildungsangeboten für eine demokratische Lebenseinstellung zu gewinnen.



Schlüssel zu dieser Arbeit ist das Jugendbildungsprojekt OPEN MIND, das der Miteinander Leben e.V. zusammen mit einem großen Unterstützerkreis aus Politik, Kirchen und Verbänden im Jahre 2002 ins Leben gerufen hat, um junge Menschen für die vielfältigen Facetten von Ausgrenzung und Rassismus zu sensibilisieren und ein Verständnis für den demokratischen Umgang mit Minderheiten zu fördern. Zentraler Gedanke des Projektes ist es ursprünglich gewesen, Kinder und Jugendliche mit einem tragischen Geschehen der jüngsten deutschen Geschichte, dem Brandhaus in der Möllner Mühlenstraße, konkret in Berührung zu bringen, um daraus im Rahmen eines projektorientierten Unterrichts Denk- und Handlungsanstöße in Bezug auf das eigene Empfinden und Verhalten gegenüber den gesellschaftlichen Randgruppen zu geben.

Verschiedene Jugendbildungsprojekte entstanden, so jenes »Kinder mit dem gelben Stern«, bei dem das Gespräch mit jüdischen Zeitzeugen, die jüdische Kultur und die Ereignisse der Shoa im Mittelpunkt stehen. »Mölln nach Mölln« befasst sich mit den Möllner Brandanschlägen und den Erscheinungsformen modernen Rechtsextremismus. Das jüngste Projektangebot in dem Rahmen von OPEN MIND ist das »Mobile Demokratietheater. Mit den Methoden des darstellenden Spiels will das Projekt Demokratie erfahr- und erlebbar machen und aufzeigen, was die Demokratie für den eigenen Alltag bedeutet.

■ Weitere Informationen unter: www.verein-miteinander-leben.de

Aktionen und Materialien

FILM: TRANSNATIONALMANNSCHAFT



■ Weitere Informationen unter:
www.transnationalmannschaft.de

Ein Dokumentarfilm über ein multiethnisches Stadtviertel während der Fußballweltmeisterschaft.

Sieben Protagonisten erzählen über Ihr Erleben der Fußballweltmeisterschaft 2010. Ihre Herkunft: so vielfältig wie die der Nationalelf. Ihr Zuhause: Die Mannheimer Stadtviertel Jungbusch und Filsbach.

TRANSNATIONALMANNSCHAFT umreißt die Identität eines multiethnischen Stadtviertels in einer

deutschen Großstadt und überlässt den Beteiligten dabei selbst die Deutungshoheit. Gesellschaftlich relevanten Fragen wie »Kann man zwei Heimaten haben?« oder »Was bedeutet es eigentlich deutsch zu sein?« versucht der Film über den direkten Umweg »Nationalelf« und »Fußball WM« näher zu kommen.

11 Spieler des deutschen WM-Kaders in Südafrika hätten auch für andere Nationen spielen können. Sie alle sind Deutsche. Und doch verortet das analytische Konzept des Transnationalismus ihre Identität in zwei Nationen.

TRANSNATIONALMANNSCHAFT ist ein Heimatfilm, der den heutigen Realitäten in deutschen Großstädten gerecht wird und Fußball feiert. Der Film ist auch als DVD erhältlich und bietet auf der Website didaktische Materialien für den Unterricht.

FILM: KADDISCH FÜR EINEN FREUND



■ Mehr Infos:
www.farbfilm-verleih.de

Aufgewachsen in einem palästinensischen Flüchtlingslager hat der vierzehnjährige Ali Messalam von klein auf gelernt, »die Juden« zu hassen. Nach der gemeinsamen Flucht mit seiner Familie aus dem Libanon gelangt er schließlich nach Berlin Kreuzberg. Hier sucht Ali Anschluss bei den arabischen Jugendlichen im Kiez. Doch dafür muss er erst beweisen, was er drauf hat. Er soll als Mutprobe in die Wohnung seines jüdisch-russischen Nachbarn Alexander einbrechen. Die Jugendlichen folgen Ali und verwüsten im Exzess die Wohnung des alten Mannes. Doch nur Ali wird von dem vorzeitig zurückkehrenden Alexander erkannt und bei der Polizei angezeigt. Um einer Verurteilung und der damit verbundenen Abschiebung zu entgehen, bleibt ihm nur eine einzige Chance: Ali muss sich dem verhassten Feind annähern und ihn um Unterstützung bitten ...

Authentisch und mit viel Sympathie für seine Figuren erzählt Leo Khasin in seinem Regiedebüt »Kaddisch für einen Freund« die Geschichte einer intensiven Freundschaft zwischen zwei ungleichen Helden im Berlin von heute. Gegen alle Gesellschaftskonventionen lernen zwei Migranten, ein junger Palästinenser und ein alter russischer Jude, zwei Angehörige unterschiedlicher Generationen, Kulturen und Religionen, am Ende dieser Tragikomödie »die Kunst der Versöhnung«.

FILM: LE HAVRE



■ Weitere Informationen:
www.lehavre.pandorafilm.de

Marcel Marx, früher Autor und wohlbekannter Bohemien, hat sich vor längerer Zeit in sein frei gewähltes Exil, die Hafenstadt Le Havre, zurückgezogen. Hier geht er inzwischen der ehrenwerten, aber nicht sonderlich einträglichen Tätigkeit eines Schuhputzers nach. Der Traum vom literarischen Durchbruch ist längst begraben und trotzdem führt er ein zufriedenes Leben mit seiner Frau Arletty. Doch plötzlich erkrankt Arletty schwer, gleichzeitig kreuzt das Schicksal seinen Weg in Gestalt des minderjährigen Flüchtlings Idrissa aus Afrika.

Und so ist Marcel gezwungen sich erneut gegen die menschliche Gleichgültigkeit zu erheben. Seine einzigen Waffen sind sein unerschütterlicher Optimismus und die ungebrochene Solidarität der Mitbewohner seines Quartiers. Mit ihrer Hilfe tritt er gegen den blindwütigen Machtapparat des Staates an, der die Schlinge um den Flüchtlingsjungen immer enger zieht. Es wird Zeit für Marcel, seine Schuhe zu polieren und die Zähne zu zeigen ...

Regie: Aki Kaurismäki

FILM: FERNES LAND

Für manche Menschen existiert der Pakistaner Haroon gar nicht. Dabei spürt er die Härte des Lebens, welches er seit drei Jahren in Deutschland führt, jede Sekunde an Leib und Seele. Als Illegaler ist er ständig unterwegs und möchte doch eigentlich nur seinen Traum vom eigenen Friseursalon verwirklichen. Doch dazu braucht er einen Pass ...

Mark scheint im Leben angekommen. Bei seinem Arbeitgeber, einer Versicherungsgesellschaft, steht er kurz vor der Beförderung. Privat interessiert er sich für Japan und ist leidenschaftlicher Koch. Seine Freundin Nina bewundert ihn gerade für diese außergewöhnlichen Hobbies. Doch dann lehnt sie seinen Heiratsantrag ab und Marks bürgerliche Fassade bröckelt...

Auf den ersten Blick scheinen sich die beiden Protagonisten in nichts zu ähneln. Ihre Leben sind völlig unterschiedlich. Erst ein folgenreicher Verkehrsunfall kettet sie für eine Nacht schicksalhaft aneinander. Immer in Bewegung, begleitet Mark Haroon in eine ihm bis dahin unbekannte und faszinierende Welt. Während dieser Odyssee durch die Straßen einer winterlichen Stadt lernen sie sich kennen und schätzen. Was sie als Komplizen begannen, mündet schnell in Freundschaft. Beide realisieren, dass sie die Suche nach sich selbst, nach einer eigenen Identität verbindet. Können sie diesem Ziel ein Stück näher kommen?



Regie: Kanwal Sethi

■ Weitere Informationen:
www.fernesland.de

DVD: FREMDE HAUT

Politisches Drama, bewegende Liebesgeschichte und ungeschminkte deutsche Wirklichkeit.

Fariba (Jasmin Tabatabai) ist jung, schön, intelligent und sie liebt Frauen. Dafür droht ihr in ihrem Heimatland Iran die Todesstrafe. Sie flieht nach Deutschland. Nach Ablehnung ihres Asylgesuches im Rahmen des Flughafenverfahrens in Frankfurt droht ihr die Abschiebung. Der Selbstmord eines iranischen Mitinsassen (Navid Akhavan) eröffnet ihr einen Ausweg aus der verzweifelten Situation: Fariba nimmt seine Identität an und erhält als Siamak Mustafai zunächst eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung in der schwäbischen Provinz zur Anstrengung seines eigentlichen Asylverfahrens. Sie spricht wie ein Mann, gibt sich wie ein Mann. Um einen falschen Pass bezahlen zu können, arbeitet sie illegal in einer Sauerkrautfabrik und lernt Anne (Anneke Kim Sarnau) kennen, eine junge Kollegin. Ihr offenbart sie ihr Geheimnis und das Glück scheint zum Greifen nah ... ein berührender Film, der viele Aspekte des Asylverfahrens in Deutschland und des Lebens am Rande der Illegalität veranschaulicht.

Regie: Angelina Maccarone
Der Film ist als DVD im Handel erschienen.
ASIN: B000HXD53Y

■ Weitere Informationen: www.ventura-film.de/fh/inhalt.htm



HÖRBUCH:
SINTI UND ROMA –
EINTAUCHEN IN KULTUR UND ALLTAG
EINES UNBEKANNTEN VOLKES



Sinti und Roma haben die europäische Kultur entscheidend mitgeprägt. Etwa 100000 Sinti und Roma leben in Deutschland, mehr als zehn Millionen in ganz Europa. Aber ihre Geschichte und ihre Traditionen sind nur wenig bekannt, denn sie wurden lange nur mündlich überliefert. Die Journalistin und Autorin Anja Tuckermann eröffnet mit Informationen, eindrucksvollen Zitaten und vielfältiger Musik in ihrem Hörbuch einen unmittelbaren Zugang zum Leben, dem Alltag und den Traditionen

dieses Volkes. Etappen ihrer Geschichte werden zum Leben erweckt mit poetischen, erzählerischen und musikalischen Beiträgen. Die Sprecher Rolf Becker und Anne Moll laden zu einer faszinierenden Hörreise zu den Ursprüngen des Volkes in Indien über seine Wege nach Europa und Südamerika bis zum gegenwärtigen Leben und Schaffen ein. Das Begleitheft enthält zusätzliche Informationen über die Geschichte und die ausführenden Künstler.

Das Hörbuch ist für den Deutschen Hörbuchpreis 2012 nominiert.
 Sinti und Roma hören; Hörbuch von Anja Tuckermann, Silberfuchs-Verlag

■ Weitere Informationen: www.silberfuchs-verlag.de/laenderhoeren/sintiundromahoeren

CD: SEVENATION

Eine Compact Disk für die Integration

Seit 2009 ist die Band »sevenation« in Köln musikalisch unterwegs. Die sieben Gründungs-Bandmitglieder kamen aus Bulgarien, Kasachstan, Iran, Marokko, Kurdistan und Deutschland. Gesungen wird aber heute noch in deutsch, kurdisch, kongolesisch, bulgarisch, persisch, mongolisch, marokkanisch, französisch und englisch. Im Rahmen eines Gruppenangebots des Jugendmigrationsdiensts Köln entstand die Idee zu dieser Band. Insgesamt 13 Lieder befinden sich auf der CD und berichten von der Integration in Deutschland und der Liebe der jungen Menschen.



Die CD kann ab einer Spende von 10 Euro beim Kölner Jugendmigrationsdienst erworben werden.

■ Kontakt: Katholische Jugendwerke Köln e.V. (KJW Köln)
 Jugendmigrationsdienst Köln
 Helmholtzplatz 11
 50825 Köln
 Tel.: 0221 / 933 29 29
 eMail: ruth.bechen@kjw-koeln.de
www.jmd-koeln.de und www.kjw-koeln.de

BUCHTIPP:

»HEILE WELTEN — RECHTER ALLTAG IN DEUTSCHLAND«

Astrid Geisler und Christoph Schultheis haben anderthalb Jahren recherchiert und geschrieben — nicht um Alarm zu schlagen, sondern um neue Einblicke zu bieten in das rechte Alltagsleben in Deutschland.

Rechtsradikale erkennt man längst nicht mehr nur an Springerstiefeln und kahlrasierten Schädeln. Die Rechte hat ein neues Gesicht: Sie sitzen im Elternbeirat, kaufen Gemüse aus der Region und nennen ihren Sohn Siegfried. Astrid Geisler und Christoph Schultheis haben in einer Subkultur in Deutschlands Gesellschaft recherchiert, die sich nach außen bürgerlich gibt, aber im Innern für Nationalismus und Antisemitismus kämpft. Sie gewinnt Anhänger, die sich von der Politik im Stich gelassen fühlen: in der Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut, in ihren Ressentiments, die sie gegen Ausländer hegen. Hier lauert eine versteckte Gefahr.



Im Buch heißt es: Die Grenzüberschreitungen sind allgegenwärtig, (...) viele werden kaum noch ernst genommen, stören kaum noch jemanden. Gerade dort aber, wo sich die Demokratiefeinde am unauffälligsten geben, dort, wo sie vermeintlich kaum der Rede wert sind, sind sie zugleich am effektivsten. Und die Geschichten, die erzählt werden, sind keine Ausnahme- oder Einzelfälle; manche sind mit Drucklegung des Buchs noch lange nicht zu Ende erzählt. Leider.

Auf gut 220 Seiten finden sich Reportagen und Momentaufnahmen, die beispielhaft zeigen sollen, wie vielfältig und unauffällig sich hierzulande extrem rechte Ansichten und Einflussnahmen etabliert haben: in Klein- und Großstädten, in Ost- und Westdeutschland, in der Nachbarschaft, den Medien, im Internet.

■ Astrid Geisler / Christoph Schultheis
 Heile Welten
 Rechter Alltag in Deutschland
 Carl Hanser Verlag München
 ISBN 978-3-446-23578-6

AUSSTELLUNG:

GEFÜHLE | BLICKE | FOTOGRAFIEN FLÜCHTLINGSFRAUEN FOTOGRAFIEREN



Frauen auf der Flucht, entweder allein oder mit Kind oder Familie, kommen nach Deutschland, um hier Schutz zu suchen. In der ersten Zeit ihres Aufenthaltes sind sie zusammen mit anderen Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Aufgrund der Rechtslage ist der Aktionsradius der Frauen stark eingeschränkt, sie dürfen, während sie in der Erstaufnahmeeinrichtung leben, den zugewiesenen Aufenthaltsbereich nicht verlassen, sie erhalten die sehr eingeschränkten staatlichen Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und dürfen an Integrationsangeboten nicht teilnehmen.

Auf Initiative des Autonomen Frauenhauses Neumünster und in Kooperation mit dem Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein hat die Flüchtlingsberatung des Diakonischen Werkes Altholstein eine Gruppe mit interessierten Flüchtlingsfrauen gebildet, um deren speziellen Blick auf das aufnehmende Land zu zeigen. Mit Einwegkameras haben diese Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern ihre Gefühle, Eindrücke, Ängste und Sehnsüchte durch Fotografien ausgedrückt und kurze Texte dazu geschrieben.

An dem Projekt haben sich Frauen aus der Türkei, Afghanistan, Aserbaidschan, Iran und dem Irak beteiligt.

Die Bilder geben ganz persönliche Eindrücke und Gedanken wieder. Um die Anonymität zu wahren, wurde bewusst darauf verzichtet, den einzelnen Bildern die Namen der Fotografinnen zuzuordnen oder deren Schicksal aufzuzeigen.

■ Die Ausstellung kann ausgeliehen werden.

Kontakt: Rike Mueller, Diakonisches Werk Altholstein GmbH
Flüchtlingsberatung / Migrationsberatung
Am Alten Kirchhof 2
24534 Neumuenster
Tel.: 04321 / 25 27 10 22
rike.mueller@diakonie-altholstein.de
www.diakonie-altholstein.de

MATERIALHEFT DES PROJEKTES

»WEISST DU, WER ICH BIN?« FÜR DIE INTERRELIGIÖSE ERZIEHUNG IN KINDERTAGESSTÄTTEN

Wie Mädchen und Jungen aus unterschiedlichen Religionen im Kindergarten der eigenen und auch der unbekannteren Glaubenspraxis begegnen, dazu will das neue Materialheft des Projektes »Weißt Du, wer ich bin?« anregen.

Mit dem Titel »Interreligiöse Erziehung und Bildung in Kindertagesstätten« bietet die Broschüre Praxisbeispiele, aber auch Basisinformationen und Reflexionen für die religiöse Erziehung im Elementarbereich. Erzieherinnen und Erzieher profitieren ebenso wie Eltern von den erprobten Beispielen zu den Themen »Räume gestalten« und »Glauben leben«. Mit Rezepten, Spielen, Bastelanleitungen und Malvorlagen lassen sich Beispiele zum religiösen Brauchtum aus den Religionen leicht umsetzen. Exemplarisch wird gezeigt, wie Kinder in den verschiedenen Religionen dem Tod begegnen und wie Trauer sich gestalten kann.

Grundsätzliche Überlegungen zu den Bildungs- und Erziehungszielen aus jüdischer, christlicher und islamischer Perspektive vervollständigen das Materialheft.



Das Materialheft »Interreligiöse Erziehung und Bildung in Kindertagesstätten« umfasst 144 Seiten und kostet fünf Euro (zzgl. Versand).

Für die Weiterarbeit vor Ort sind noch zwei weitere Arbeitshilfen für jeweils drei Euro erhältlich: Basisheft und Projektarbeit für Jugend und Schule.

■ Die Materialhefte können bestellt werden bei der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland, Ludolfusstraße 2-4 in 60487 Frankfurt, Tel. 069 / 247027-0, E-Mail info@ack-oec.de.

Das Projekt »Weißt Du, wer ich bin?« wurde getragen vom Zentralrat der Juden, von der ACK, vom Zentralrat der Muslime und von der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB). Es wurde gefördert vom Bundesministerium des Innern und mit Mitteln aus dem Europäischen Integrationsfond (EIF) kofinanziert.

COMEDY:

MIGRANTENPOP – HIER TAGT DIE PARALLELWELT

geistreiche Comedy mit Fräulein Nina und Murat Kayi

Zwei, die von ihren Migrationshintergründen singen und erzählen, 1.000 und eine Frage stellen und keine beantworten. Biographisch inspiriert beleuchten sie das Thema Migration und Integration der 2.-3. Folgegeneration und spielen vergnüglich wie schlaue mit Identitäten.

Sie: Deutsche, wegen der südländischen Oma als Viertelitalienerin tituliert. Irgendwie schon, doch eher abtrünnig katholisch, trotzdem altbacken mit entscheidenden Abweichungen und Brüchen. Es gab Zeiten, in denen sie glaubte, man käme wegen vorehelichem Sex in die Hölle. Mittlerweile auf St. Pauli lebend, denkt sie gern an ihr Leben im pittoresken Persebeck, wo sie unter unzähligen Italienern aufgewachsen ist, von denen, außer sie und Oma keiner italienisch, sondern nur Ruhrpott spricht.

Er: einziger evangelischer Türke weit und breit, unterrichtet Deutsche in Asisch und liest Christen wie Moslems gleichermaßen die Leviten. Dabei ist er Westfale durch und durch und war selbst seinem ehemaligen Chef – immerhin Sauerländer – viel zu Deutsch. Trotz allem bleibt die Nase wie sie ist, und so berichtet Kayi aus dem Grenzland zwischen zwei Kulturen, wo Westfalen und Anatolen einander erschreckend ähneln.



Sie singen »die Migranten sind frei« und das Fräulein gibt hier, wie in der gesamten Show über den Ton an. Dabei gilt sie nicht mal als Deutsche mit Migrationshintergrund, obwohl die italienische Oma täglich anruft und fragt, wo das alles mit ihr und der Kunst hinführen soll; vor allem so ohne Auto! Kayi jedoch fühlt sich vollständig integriert, da er bei der Aushändigung seines Personalausweises vom Beamten freundlich augenzwinkernd mit: »Ha, noch ein Türke weniger!« willkommen geheißen wurde.

■ www.migrantenpop.de, Michael Weinmann: Tel.: 0163 / 740 94 32



■ Weitere Infos: www.eukitea.de

Kontakt:
Theater EUKITEA
Lindenstr. 18 b, 86420 Diedorf
Tel.: 08238 / 96 47 43 0
info@eukitea.de

Projektbüro Berlin
Marienstr. 21, 10117 Berlin
Tel. 030 / 8471 2780
berlin@eukitea.de

THEATER: CULTURE CLASH

Ein interaktives Theaterstück zu den Themen Integration, Migration und Identität

»Culture Clash« ist die Geschichte einer Stadt, in der zwei Gruppen leben: die »Roten« und die »Blauen«. Diese beiden Gruppen haben nichts miteinander zu tun. Zwischen ihren beiden Vierteln verläuft eine Grenze, die nicht überschritten werden darf. Auf beiden Seiten herrschen gegenseitiges Misstrauen, Hass, Neid und Gewalt. Doch eines Tages begegnen sich an der rot-blauen Grenze zwei junge Menschen: Max und Rana. Die beiden verlieben sich ineinander. Ihre Liebe aber ist heimlich und gegen alle Regeln von »Rot« und »Blau«. Haben Max und Rana eine Chance?

»Culture Clash« ist die moderne Version von Shakespeares »Romeo und Julia«. EUKITEA hat das Stück gemeinsam mit Jugendlichen an der Röntgen-Oberschule im Berliner Stadtteil Neukölln entwickelt. Dabei ist ein Stück entstanden, das hautnah dran ist an den Lebensrealitäten junger Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen, ihren Ängsten und Vorurteilen, aber auch ihren Sehnsüchten nach Anerkennung, Verständigung und friedvoller Lebensgestaltung. »Culture Clash« ist eine packende Story in einer außergewöhnlichen Spielanordnung, bei der die Zuschauer mitten drin sind im Kampf zwischen »Rot« und »Blau«. Den Ausgang der Geschichte bestimmen sie bei jeder Vorstellung selbst mit ...

Das Stück ist bundesweit buchbar und besonders gut für die Arbeit an Schulen und mit Jugendlichen ab 13 Jahren geeignet.

BESTELLUNGEN

Ihre Bestellungen richten Sie bitte schriftlich an:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 23 06 50

oder im Internet unter:

www.interkulturellewoche.de

Hiermit bestelle ich:

Materialumschlag

..... Expl. des **Materialumschlags**
»Interkulturelle Woche 2012«

Inhalt:

- 1 Materialheft »Herzlich willkommen – wer immer Du bist.«
64 Seiten, DIN A4
- 1 Plakat DIN A3
Motiv »Passtscho«
- 1 Materialheft zum Tag des Flüchtlings
»Flucht ist kein Verbrechen!«
48 Seiten, DIN A4
- 1 Plakat DIN A3 zum
Tag des Flüchtlings
»Flucht ist kein Verbrechen!«

Staffelpreise:

bis 9 Exemplare 4,60 Euro
ab 10 Exemplare 3,60 Euro
ab 50 Exemplare 2,90 Euro

Kostenbeiträge für die neuen Bundesländer:

bis 9 Exemplare 3,60 Euro
ab 10 Exemplare 3,30 Euro
ab 50 Exemplare 2,70 Euro

Plakate

»Herzlich willkommen – wer immer Du bist.«

Motiv »Passtscho«

- Expl. des **Plakates DIN A3**
- Expl. des **Plakates DIN A2**
- Expl. des **Plakates DIN A1**

Motiv »Auge«

- Expl. des **Plakates DIN A3**
- Expl. des **Plakates DIN A2**

Kostenbeitrag für **Plakate DIN A3:**

bis 9 Exemplare 0,40 Euro
ab 10 Exemplare 0,30 Euro,
ab 100 Exemplare 0,20 Euro

Kostenbeitrag für **Plakate DIN A2:**

bis 9 Exemplare 0,80 Euro
ab 10 Exemplare 0,50 Euro
ab 100 Exemplare 0,40 Euro

Kostenbeitrag für **Plakate DIN A1:**

bis 9 Exemplare 1,50 Euro
ab 10 Exemplaren 1,00 Euro
ab 100 Exemplaren 0,80 Euro

Postkarten

(vierfarbig)

- Expl. **»Passtscho«**
- Expl. **»Auge«**
- Expl. **»Gesichter«**
- Expl. **»Blume«**

Kostenbeitrag:

bis 49 Exemplare 0,25 Euro,
ab 50 Exemplare 0,20 Euro

Alle Preise zuzüglich Versandkosten

Bitte beachten Sie, dass Sie die Rechnung erst ca. drei Wochen nach der Lieferung der bestellten Materialien mit getrennter Post erhalten.

Ich bitte um Lieferung an (bitte kein Postfach angeben):

- Privatadresse Adresse der Institution

.....
Name, Vorname

.....
Institution


.....
Abteilung

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

.....
E-Mail


Datum, Unterschrift

Bitte geben Sie, falls Sie tagsüber nicht erreichbar sind, unbedingt eine Ersatzadresse an, bei der tagsüber Pakete abgegeben werden können:

.....
Name, Vorname

.....
Institution

.....
Abteilung

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

HERAUSGEBER:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

Vorstand

Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover
Stellv. Vorsitzender: Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau EKHN, Frankfurt/M.
Stellv. Vorsitzender: Archimandrit Athenagoras Ziliaskopoulos, Griechisch-Orthodoxe Metropolie, Frankfurt/M.

Weitere Mitglieder

Msgr. José Antonio Arzo, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
Ahmad Aweimer, Dialog- und Kirchenbeauftragter des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Köln
Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim
Dr. Gyberg Beschnidt, Diakonische Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen, Berlin
Johannes Brandstätter, Diakonisches Werk der EKD, Berlin
Gabriella Costabel, Evangelische Landeskirche in Württemberg, Stuttgart
Dr. Karamba Diaby, Referent im Bereich der Integrationsbeauftragten der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Katrin Gerdsmeyer, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
Elisabeth Götz, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Werner Höbsch, Referat Dialog und Verkündigung, Erzbistum Köln
OKR Thorsten Leißer, Kirchenamt der EKD, Hannover
Dr. Ulrich Raiser, Senatsverwaltung für Bildung und Wissenschaft, Berlin
Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Bruni Scheibe, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Bielefeld
Stefan Schohe, Nationaldirektor für Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
Canan Topçu, Journalistin, Hanau
Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

Geschäftsführung: Günter Burkhardt, Frankfurt/M.

Redaktion: Günter Burkhardt, Friederike Ekol

Titelbild: Agentur Morgenstern & Kaes, Stuttgart

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: VARIO Medienproduktions GmbH

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck (bitte mit Quellenangabe), auch auszugsweise, gerne gestattet.
Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Meinung der Verfasser.

Als Termin für die Interkulturelle Woche 2012 wird der 23. September – 29. September 2012 empfohlen.

Freitag, der 28. September 2012 ist der Tag des Flüchtlings.

WAS · WANN · WO?

Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

■ Veranstaltungen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche auf der Homepage:

www.interkulturellewoche.de.

Dadurch wird die Breite des Engagements in der Interkulturellen Woche sichtbar. Bitte senden Sie uns Ihre Veranstaltungshinweise im Sommer per Post und per E-Mail zu.

■ Newsletter

Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren, Materialien und gute Beispiele vorstellen. Gerne senden wir Ihnen den Newsletter kostenlos per E-Mail zu. Sie können ihn in der entsprechenden Rubrik auf der Website www.interkulturellewoche.de abonnieren.

■ Good-Practice-Recherche

In der Interkulturellen Woche gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2013 vorstellen. Bitte senden Sie uns Berichte über gute Projekte und Fotos von Veranstaltungen zu.

■ Bundesweite Auftaktveranstaltung 2012

In Potsdam wird am Freitag, den 21. September 2012 um 17 Uhr in der Propsteikirche St. Peter und Paul der ökumenische Auftaktgottesdienst stattfinden.

Vormittags ist aus Anlass des Auftaktes eine Schülerkonferenz, anschließend von 14 - 17.00 Uhr ein Straßenfest in Vorbereitung.

■ Terminhinweis

22. und 23. Februar 2013: Bundesweite Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2013 in Berlin. Das Programm wird Anfang Dezember auf der Homepage www.interkulturellewoche.de abrufbar sein.